



universität  
wien

# Diplomarbeit

Titel der Diplomarbeit

## **Rechtspopulismus in Westeuropa anhand der Beispiele Frankreich, Belgien, Dänemark und Österreich im Vergleich**

Verfasser:

Kurt Otto Gerstmayr

Angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag.phil.)

Wien, 2012

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A300

Studienrichtung lt. Studienblatt: Diplomstudium Politikwissenschaft

Betreuer: Ao. Univ.Prof. DDr. Schütz-Müller

## Inhalt

Vorwort: .....	5
1. Einleitung: .....	6
2. Forschungsfragen: .....	8
2.1 Hypothesen:.....	9
.Begriffserklärung: .....	10
3.1 Populismus: .....	10
3.2 Populistische Politik:.....	13
3.3 Rechtspopulisten: .....	15
3.4 Rechtsextremismus und Rechtsradikalismus: .....	16
4.Parteien:.....	18
4. Der Vlaams Belang: .....	19
4.1 Historische Entwicklung .....	19
4.1.1 Historischer Ursprung des flämisch-wallonischen Konflikts.....	19
4.1.2 Die Entwicklung Belgiens im Bezug auf die Weltkriege.....	21
4.1.3 Die Gründe für die Einführung der Sprachgrenze.....	24
4.1.4 Die flämische Bewegung.....	26
4.2 Vlaams Blok von 1979-2004.....	28
4.3 Der Vlaams Belang seit 2004.....	30
4.4 Einfluss des Vlaams Belang auf das Thema Integration in Belgien .....	32
4.4.1 Organisation des belgischen Staates .....	32
4.4.2 Die politische Einflussnahme .....	33
5. Der Front National: .....	35
5.1 Rechtsextreme in Frankreich bis zur Gründung der Front National 1972:.....	35
5.2 Der Front National ab 1973:.....	38
5.3 Das politische Programm des Front National: .....	42
5.4 Methoden zur Stimmenmaximierung:.....	44

5.5. Marine Le Pen: .....	46
5.5.1 Das mediale Vorgehen der „neuen“ Marine Le Pen in Frankreich: .....	48
5.5.2 Ausblick auf die Präsidentschaftswahlen 2012: .....	50
5.6 Resümee: .....	52
6. Die Dänische Volkspartei (Dansk Folkeparti DF): .....	53
6.1 Populismus in Dänemark bis zur Gründung der Dänischen Volkspartei .....	53
6.2 Die Dänische Volkspartei ab 1994: .....	55
6.3 Das Programm der Dänischen Volkspartei: .....	58
6.4 Das Aufbrechen der Parteibindung in Dänemark: .....	62
6.5 Die Annäherung der etablierten Parteien an die Position der DF und deren Auswirkung: .....	65
6.6 Der Einfluss der DF auf die Regierung Dänemarks ab 2001: .....	67
6.7 Resümee und Aussicht auf die Politik Dänemarks: .....	70
7. Die FPÖ in Österreich: .....	72
7.1 Geschichte der FPÖ: .....	72
7.1.1 Der VdU: .....	72
7.1.2 Die Gründung der FPÖ: .....	73
7.2 Die FPÖ ab 1986 unter Jörg Haider: .....	75
7.2.1 Ausrichtungen der FPÖ am Anfang der 1990er: .....	77
7.3 Vom Deutschnationalismus zum Österreich-Patriotismus: .....	79
7.4 Die Identitätspolitik in der Koalition Schüssel I: .....	83
7.5 Strukturelle Gründe für den Erfolg der FPÖ: .....	86
7.6 Die Neupositionierung der FPÖ unter HC Strache: .....	89
7.6.1 Selbstinszenierung und Persönlichkeitskult: .....	89
7.6.2 Der Aufbau eines Freund- Feind-Schemas: .....	91
7.6.3 Islamophobie als zentraler Wahlkampfpunkt: .....	91
7.7 Resümee: .....	93
8. Hypothesen: .....	95

9. Persönlicher Schlusskommentar: .....	98
10. Literaturverzeichnis:.....	102

## **Vorwort:**

Denkt man heute an Rechtspopulisten in Europa so tauchen bei jeder Nationalität verschiedene Parteien auf, die einem einfallen. Ob nun in den alten Staaten Europas wie Frankreich, Belgien, England, Die Niederlande oder Italien sowie den jüngeren Mitgliedern der EU wie Österreich, Dänemark oder eben den Mitglieder seit dem neuen Jahrtausend, wo es beinahe in jedem Staat eine rechtspopulistische oder rechtsextreme Partei gibt, die im politischen Spektrum des jeweiligen Landes eine Rolle spielt oder am Weg dorthin ist. In der folgenden Arbeit werden 4 Länder und 4 Parteien erforscht. Ausgesucht habe ich mir diese 4 Länder aus dem Grund weil ich sie alle besucht habe, oder eine spezielle Beziehung zu ihnen habe. Als glühender Europäer ist Belgien natürlich ein wichtiges Land für mich, das ich schon des Öfteren Privat, als auch universitär oder aus politischen Recherchezwecken besuchte. In Frankreich war ich ein Jahr auf Erasmus und verfolgte natürlich die politische Szene sehr genau. Das als großes europäisches Immigrationsland hat es mir nicht nur wegen der Sprache und des Multikulturalismus angetan, auch die Art und Weise, wie Kulturen miteinander umgehen ist zum Teil bewundernswert und andererseits kann es auch sehr erschreckend sein. Dies ist für mich der Grund die französische Rechte zu erforschen. Die dänische Politik hat sich im letzten Jahrzehnt international bekannt gemacht, der Höhepunkt, der Karikaturenstreit, wird auch hier behandelt werden. Als Österreicher ist mir dabei natürlich nicht erspart geblieben, die wohl erfolgreichste aller rechtspopulistischen Parteien Europas in den letzten 30 Jahren, die FPÖ zu untersuchen. Alle 4 behandelten Parteien haben im Gegensatz zu den vielen anderen rechten Parteien in ihrem Land in den letzten Dekaden politischen Wandel herbeigeführt und klare Auswirkungen auf die Politik ihrer Länder gehabt. Aus diesem Grund werde ich in der vorliegenden Diplomarbeit versuchen, einen Überblick zu geben, über die Politik der rechten Parteien in den genannten Ländern.

Abschließend möchte ich mich sowohl bei meinem Professor, meinen Studienkollegen meiner Freundin und meinem Bruder bedanken, die mich besonders in den letzten Monaten unterstützten und motivierten, sodass diese Arbeit ein hoffentlich für die Leser lehrreiches Ende gefunden hat. Schlussendlich möchte ich mich noch ganz besonders bei meinen Eltern bedanken, die es mir ermöglichten zu Studieren und in den Studienjahren und meinen Auslandsaufenthalten die Möglichkeit gaben weit über den Tellerrand zu blicken.

## **1. Einleitung:**

In der folgenden Arbeit sollen die nationalen Probleme mit den populistischen Rechtsparteien in Westeuropa abgehandelt werden, in der folgenden Arbeit wird hierbei auf 4 verschiedene Staaten, nämlich Frankreich, Belgien, Dänemark und Österreich eingegangen werden.

Auch wenn die Rechte in den einzelnen Ländern aufgrund unterschiedlicher geschichtlicher sowie struktureller Vergangenheit der einzelnen EU-Mitgliedsländer nicht direkt gleichzusetzen ist, soll hier versucht werden die Front national in Frankreich, den belgischen Vlaams Belang (früher Vlaams Block), die Dänische Volkspartei (DF) sowie schlussendlich die erfolgreichste aller, die FPÖ in Österreich zu durchleuchten.

Die Gemeinsamkeiten wie Nationalismus, Anti-Amerikanismus, Anti-EU und Ausländerfeindlichkeit mit Populismus als Politikstil haben zu Ende des letzten Jahrhunderts bei allen Parteien zu schnellen Wahlerfolgen geführt. Nach kurzen Durchhängern zu Beginn des 21. Jahrhunderts und der falschen Erleichterung vieler Politiker der anderen Parteien muss man der politischen Rechten jedoch zugestehen, sich mittlerweile in allen der behandelten Ländern, zu einem nicht zu unterschätzenden Faktor in der Entscheidungsfindung geworden zu sein.

Ob die einzelnen Parteien wie die FPÖ bzw. das BZÖ zwischen 2000-2006 oder die Dänische Volkspartei zwischen 2000 und 2011 in der Regierung saßen bzw. sie unterstützen und Regierungsmitglieder stellten oder die Front national in Frankreich bzw. der Vlaams Belang in Belgien durch Druck aufgrund ihrer Wahlerfolge die Politik indirekt zu einem Rechtsruck bewegten soll hier aufgearbeitet und durchleuchtet werden.

Auch möchte ich die Gründe des Erfolges in den einzelnen Staaten erarbeiten und vergleichen.

Der Einfluss der Medien ist hierbei genauso ein entscheidender Faktor, der jedoch bei den jeweiligen Beispielen mitbehandelt wird und nicht gesondert gesehen werden darf.

Am Ende dieser Arbeit sollen nicht nur die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der einzelnen Erfolgsgeschichten erarbeitet worden sein, sondern ein globaler Überblick versucht sein, der das Verständnis der rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien der behandelten Länder leichter verstehen lässt.

Die folgende Arbeit ist weder eine Wahlstromanalyse noch versucht sie Vollständigkeit in allen Punkten der einzelnen Parteien zu erlangen. Dafür ist das Format einer Diplomarbeit nicht annähernd ausreichend, ich bin mir nicht einmal sicher, ob eine Dissertation diese Menge an Informationen bei 4 Parteien aus 4 Ländern schaffen kann.

Der nachfolgende Überblick soll jedoch ein klares Bild schaffen, wie sich die europäische Rechte definiert, was ihre Ziele sind und wie sich versucht, diese in Wahlerfolge und politische Mitgestaltung umzumünzen.

Die oft haarsträubenden Zitate einzelner Politiker und insbesondere die letzten Seiten zur FPÖ sollten Europäer zu denken geben, wie wir unsere Zukunft erleben wollen, oder ob wie vor dem ersten und dem zweiten Weltkrieg wieder (Deutsch-)Nationalisten es schaffen, Europa in einen Krieg zu führen. Die nachfolgende Arbeit soll dabei einigen die Augen öffnen. Mir persönlich, der nie ein großer Freund des Populismus und des Rechtspopulismus im Besonderen war haben die Recherchen manche schlaflose Nacht beschert.

Auf die nachfolgenden Forschungsfragen wird in den Texten direkt eingegangen und sind entsprechend der Zusammenstellung in den einzelnen Kapiteln miteingearbeitet.

Als Methode wurde die herkömmliche Literaturrecherche angewandt, wobei ich einen Großteil der Bücher nun mein eigen nennen darf, die sie in der Literaturliste finden. Da ich Bücher als Arbeits- und nicht als Lesematerial ansehe und meine Bücher auch dementsprechend aussehen war es mir unter anderen auch aus kollegialen Gründen nicht möglich, dies dem Bibliotheksbestand anzutun. Außerdem gab es einige Bücher nicht mehr oder noch nicht. Grafiken und Wahlergebnisse wurden meist via Internetrecherche gefunden, wobei die jeweiligen Homepages natürlich im Literaturverzeichnis zu finden sind.

## 2. Forschungsfragen:

- ❖ Woraus entwickelten sich die vier zu behandelnden Parteien, Front National, Vlaams Belang, Dänische Volkspartei und die Freiheitliche Partei Österreichs?
  
- ❖ Was ist das Wählerpotential dieser Parteien, mit welchen Parteien stehen sie direkt in Konkurrenz um die Wählergunst und wie versuchen sie sich medienpolitisch zu präsentieren bzw. sich von den anderen Parteien abzugrenzen?
  
- ❖ Woher kommen die Mandatare und Funktionäre der Parteien? Wie unterscheiden sie sich davon und ist aus dem gesellschaftlichen Hintergrund aus dem sie entstammen schon eine Positionierung in das rechte politische Milieu herauszulesen?
  
- ❖ Mit welchen Aussagen positionieren sich die einzelnen Parteien am rechten Rand ihres nationalen Parteispektrums? Wie funktioniert ihre Politik? Welchen Einfluss haben sie auf die nationale Politik? Sind sie deswegen international dermaßen geächtet?

## 2.1 Hypothesen:

- ❖ Wenn das Wählerpotential klar bei der schlecht gebildeten Arbeiterschicht liegt, die kein Interesse an Politik hat, und sich von den jeweiligen Arbeiterparteien nicht repräsentiert fühlen, dann wechseln sie in den ausgewählten Ländern nicht weiter nach links, sondern nach rechts.
- ❖ Wenn Alle Rechten Parteien der von mir behandelten Länder sich aus den übriggebliebenen Politikern des Nazi-Regimes des zweiten Weltkrieges entwickelten dann mussten sie eigene Rekrutierungs- und Jugendakademien starten um langfristig partizipieren können und um das nationalistische Gedankengut weiterzuentwickeln um langfristig zum germanischen Volk zurückzukehren.
- ❖ Wenn Die Mandatare entweder aus dem Rechten oder dem Arbeitermilieu gekommen sind, dann sind sie entweder von der Entnazifizierung betroffen gewesen, oder haben ein Problem damit gehabt, dass das „Deutsche Reich“ untergegangen ist und somit ihre Familie etwas dabei verloren hat.

## **.Begriffserklärung:**

### **3.1 Populismus:**

Populismus ist kein rein rechtes Phänomen in Demokratien sondern wird auch von der extremen Linken durchaus als Politikstil verwendet, um Stimmen zu ergattern bzw. die Politik im eigenen Staat durch „Agenda setting“ oder „Blackmail potential“ in ihre Richtung zu lenken.

„Agenda setting“ kann man so verstehen, dass die Themen der Wahrnehmung, der Formulierung und der Definition eines Problems von den politischen Akteuren, insbesondere der Politiker und Medien, der Bevölkerung als wichtig verkauft bzw. einen gewissen Spin geben, um die allgemeine Meinung oder Diskussion in eine gewisse Richtung zu lenken. (z.B. Arbeitslosigkeit -> Ausländerproblematik statt Arbeitslosigkeit -> Wirtschaftsstandort)(vgl. Jann 1995 S.552ff.).

„*Blackmail potential*“ (=Störpotential) bezeichnet den Einfluss eines politischen Akteurs, Opposition oder Medien u.a., die zwar nicht in der Regierung, aber dennoch entsprechend einflussreich sind, um mit ihrer medial wirksam verbreiteten Veto-Einstellung die öffentliche Meinung zu beeinflussen und somit die Entscheidungsfindung der Regierenden indirekt, jedoch manchmal durchaus erfolgreich, zu beeinflussen (vgl. Sartori 2005 S. 108f.).

Da es in der Literatur unzählige Definitionsansätze zu diesem Thema gibt stehen sich natürlich einige der Ansätze diametral gegenüber. Die Frage ob Populismus ein Stilmittel der Politik ist, oder auch mit dem Inhalt zu tun hat wird in verschiedensten Publikationen unterschiedlich gewichtet.

Außerdem besteht bei der Definition von Populismus immer die Gefahr, von politikwissenschaftlichen zur Realpolitik zu schweifen. Populismus selbst wird von den einzelnen politischen Akteuren dazu verwendet, dem politischen Gegenüber Unsachlichkeit vorzuwerfen. (vgl Geden 2006 S. 19f.)

Selbst in der Politikwissenschaft finden sich äußerst schwammige Definitionen, da sich die Meinungen teilen, ob es sich dabei nun um eine Art der „Ideologie ohne Weltanschauung“ (Hartleb 2006 S.108), oder ob es nur die Art der politischen Kommunikation handelt.

Uwe Jun sieht dies dermaßen:

*„ Populismus erscheint in diesem Kontext nicht als programmatische Bewegung oder Organisation, wie er etwa in rechts- oder linkspopulistischen Parteien seinen Ausdruck findet, sondern als Instrument der Stil des Regierens, das sich in einzelnen Versatzstücken, Strategien oder Vermittlungstechnik wieder findet und im Regierungsalltag zu Anwendung kommt.“(Jun 2006. S. 233)*

Die Definition von Jun nimmt hierbei keinen Bezug auf den Inhalt sondern rein auf den Stil des Populismus, er eröffnet dementsprechend die Grenze zwischen dem Stil und dem Inhalt.

Dies wirft allerdings die Frage auf, ob Populismus als Instrument der Inhaltsvermittlung zu sehen ist(Holtmann; Krappidel; Rehse 2006. S. 32), oder ob der Inhalt stärker in die Definition einwirken muss.

An den Beispielen der zu behandelnden Parteien sieht man allerdings, dass es beinahe unmöglich scheint, hier eine klare Trennlinie zu ziehen. Wenn man Populismus als reines Kommunikationsinstrument sieht, kommt man allerdings nicht an den Inhalten, die zu übermitteln sind vorbei. Eine enge Verbindung beider Elemente ist daher nicht zu verhindern.

Die eloquenteste Ansprache mit plakativen, oft hetzerischen Elementen ist ohne Inhalt kaum zu vermitteln, dass dabei oft Simplifizierungen für komplexeste Themen verwendet werden, ist von den politischen Kontrahenten zwar oft belächelt, wird aber als grundlegendes Element des erfolgreichen Populismus kaum zu verneinen sein.

Der Inhalt und der Stil des Populismus scheinen somit beinahe untrennbar, Florian Hartleb kommt dabei zu jenem Schluss:

*„Populismus konstituiert sich durch Negativabgrenzung vom jeweils typischen, politischen und gesellschaftlichen Establishment. Zunächst ist Populismus Methode und Stil. Populismus als Protest gegen „die da oben“, gegen die Herrschenden, verbindet und vermengt sich aber als eine Art „Anti-Ismus“ mit konkreten Inhalten: Antikapitalismus, Anti amerikanismus, Antiglobalisierung, oder Antifaschismus. Populismus, der eine a priori festsitzendes Korsett des „Volkswillens“ vorgaukelt, heißt nicht Pragmatik des Augenblicks, inhaltliche Gleichgültig- und Beliebigkeit“(Hartleb 2006. S. 108).*

Hartleb erörtert den Populismus in 4 Sphären, die im Populismus unabdingbar scheinen.:

Eine technische Sphäre, die den Kommunikationsstil mit demagogischen Mitteln und expressiver Rhetorik beinhaltet (vgl. Holtmann; Krappidel; Rehse 2006. S. 32).

Eine inhaltliche Sphäre mit den ausgeprägten „Anti-Ismen“, die auf die anscheinend offensichtliche Dichtomie zwischen dem Volk und den politischen Akteuren zurückgreift. Das Volk wird hierbei laut Geden als „schweigende Mehrheit“ definiert, das den herrschenden politischen Akteuren bzw. Eliten diametral gegenübersteht und keinen Einfluss auf die Politik nehmen kann. (vgl. Geden 2005. S.20)

Eine personelle Sphäre, die auf einen charismatischen Führer zurückgreift, um es „denen da oben zu zeigen“, der Führer verkörpert in sich den „Volkswillen“ der anstatt der demokratischen Gesellschaft, die gesellschaftliche Willensbildung vertritt. „*Das Volk spricht nur mit einer Stimme*“ (vgl. Bischoff; Müller 2004 S.35/36)

Eine mediale Sphäre, die Massenmedien bewusst instrumentalisiert, um die Bevölkerung gezielt für sich zu gewinnen.

*„Dass sich das Phänomen auch in der allgemeinen Publizistik großer Aufmerksamkeit erfreuen würde, war ohnehin zu erwarten, kamen und kommen die schillernden Anführer der populistischen Parteien in ihrer Fähigkeit zur Selbstdarstellung doch den journalistischen Sensations- und Neuigkeitsbedürfnissen hervorragend entgegen“ (Decker 2006 S.10)*

Hierbei ist auch anzumerken, dass die Journalisten ihre Verpflichtungen als Kontrollorgan und Vermittler zwischen der Politik und der Bevölkerung Großteils anders definieren als noch in den 70er Jahren, denn ohne diese veränderte Medienlandschaft wäre es den Populisten kaum möglich gewesen, derartige politische Erfolge zu erzielen. Es scheint als hätte sich insbesondere seit den 1990ern die Aussage „bad news is good news“ derart in den europäischen Journalismus eingebettet, dass sie ihre Rolle gegenüber der Politik oftmals nicht

mehr als Kontrollorgan ansehen, sondern die Politik als Mittel zur Auflagensteigerung. Diese Problematik ist für den Aufstieg insbesondere zweier rechtspopulistischer Parteien und deren charismatischen Führern zu beobachten, sowohl in Österreich, bei der FPÖ unter Jörg Haider bzw. H.C. Strache und der *Kronen Zeitung* sowie in Dänemark bei der Dänischen

Volkspartei (DF) unter Pia Kjærsgaard und dem *Eksdra-Bladet* sowie dem rechtskonservative *Jyllands-Posten*.

Anzumerken ist hierbei noch das moderne Demokratien, mit medialer Dauerberichterstattung, parteipolitischer Personenfixierung, plakativen Slogans und Verkürzung komplizierter Sachthemen auf kurze Schlagwörter bzw. Slogans, selbst nicht-populistische Parteien kaum ohne populistischer Stilmittel im Wettkampf um Wähler funktionieren können. (vgl. Priester 2008 S.19f)

Dennoch, populistische Parteien wären ohne die Protesthaltung der Wähler gegen vorherrschende demokratische Strukturen und Regeln schlichtweg nicht in diesem Ausmaß vorstellbar.

### **3.2 Populistische Politik:**

Populisten formulieren ihr oppositionelle Haltung gegenüber den politischen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Eliten sehr aggressiv und stellen sie als Gegenpol zum „kleinen Mann“ und „einfachen Volk“.

So versuchen sie das „einfache Volk“ rhetorisch gegen angeblichen (und zum Teil auch realen) Strudel aus Korruption, Freunderlwirtschaft, Korruption und Ignoranz gegenüber der Bevölkerung zu mobilisieren und diese als sozial homogen zu propagieren und hinter sich zu vereinen. Diese offensichtliche Spaltung wollen sich als neues (meist soziales aber gleichzeitig bürgerliches!) Gegenstück zur vorherrschenden Elite darstellen. (vgl. Mudde 2007 S.23)

Dies funktioniert dort am Besten, wo eine große Politikverdrossenheit, eine Entfremdung zwischen Staat und Gesellschaft, fehlendes Vertrauen in die Institutionen(z.B. Justiz) und geringes Wissen über politische Abläufe im eigenen Land vorhanden sind.

Als Gegenstück propagieren Populisten meist direktdemokratische Entscheidungselemente (Volksabstimmung..), dem Hausverstand und plakativ zur Schau getragene Dämonisierungen von demokratischen Minderheiten und Feindbildern wie z.B. Ausländern, Banken oder der politisch „korrupten“ Eliten.

Natürlich sind alle oben genannten Grundlagen des Populismus nicht erfolgreich, wenn diese nicht zumindest teilweise existieren. Defizite der politischen Führungskräfte so wie der Handhabung der repräsentativen Demokratie ermöglichen erst den Raum für entsprechende Erfolge(vgl. Priester: 2006, S.21f).

Nicht zu vergessen sind noch persönlichen Faktoren, insbesondere der Angst des Statusverlustes und Arbeitslosigkeit, Überfremdung, Wertewandel sowie Kulturwandel spielen den Populisten dabei in die Karten.

Nicht nur mit einem moralischen Saubermann-Image sondern auch mit einem politischen Dualismus wird von eben jenen Politik gemacht.

„Gut gegen Böse“, „Einheimische gegen Ausländer“, „Volk gegen Eliten“ oder „Christentum gegen Islam“ werden in allen der später behandelten Parteien in mehr oder weniger gewichtig im Wahlkampf zum Stimmenfang verwendet.

Diese Simplifizierung findet sich nicht nur in Wahlplakaten und Sprüchen, sondern auch in der Rhetorik. Reden in Dialekt, und extreme Vereinfachung des Vokabulars sind genau so von Bedeutung wie Tabubrüche, Beleidigungen, sexuelle Anspielungen und ein klassisches Mann-Frau Rollenbild.

Somit wird versucht den „kleinen Mann“ in einem anti-aufklärerischen, konservativen und rückständigen Weltbild Sicherheit zu geben(vgl. Degen 2006. S. 22).

Zentral für diese Politikvermittlung ist die Schaffung einer differenztheoretischen Identität, die in allen Ebenen(inhaltlich, formal, organisatorisch) eine Trennungslinie zu ziehen versucht. Der Dualismus ist hier wieder in den Vordergrund gestellt:

„Anti-Parteien-Partei“ „soziale Bewegung“ „Sprachrohr des kleinen Mannes“ „ehrliche Haut“ „harter Arbeiter“ „Anti-System-Partei“

Gegen

„Freunderlwirtschaft“ „Korruptionssumpf“ „ignorante Politik“ „Kapitalisten“ ...

### 3.3 Rechtspopulisten:

Bei Rechtspopulisten im Besonderen findet man zusätzliche Punkte:

Wohlfahrtschauvinismus, die Ausländerfeindlichkeit, Nationalismus, Ethnozentrismus, anti-liberale und Anti-EU Haltung.

Dazu nützen sie aktuell die Unsicherheit der Bevölkerung in der Wirtschaftskrise mit dem Gefühl der Verteilungs- und Repräsentationskrise welche laut Hartleb (vgl. Hartleb 2006 S.116 ff.)in folgenden Kriterien zusammenfasst:

- Anti-Immigrations-Partei
- Anti-Globalisierungs-Partei
- Law-and-Order-Partei
- Anti-EU-Partei
- Partei des Antiamerikanismus
- Partei der sozialen Gratifikation

Bei dem Versuch ein Gesamtbild zu erschaffen, lässt sich Rechtspopulismus als Diskursstrategie bezeichnen, die sich aufgrund des angeblichen Volkswillens, eine antielitäre, simplifizierende, sozial und moralisch vereinheitlichende Rhetorik als Instrument zur emotionalen Politik erschafft, um damit rechtskonservative bis hin zu rechtsextremen Inhalten zu vermitteln um sie als totalen Gegensatz zu aktuellen Machtverhältnissen darzustellen.

Dabei dienen eben jene Missstände als Nährboden für Rechtspopulismus:

- Vertrauensverlust in die Politiker
- Repräsentationskrise(politische Institutionen werden angezweifelt)
- Verteilungskrise(Angst vor dem sozialen Abstieg)
- Gestiegene Komplexität (Globalisierung, Technologisierung, ethnische Vielfalt, prekäre Arbeitsverhältnisse, usw.)

Durch den unter dem Deckmantel der Identitätspolitik verfolgten Nationalismus können sie sich jedoch auch in verschiedensten Politikfeldern engagieren, um nicht allzu schnell als single-issue Partei aus dem Politspektrum zu verschwinden.

Im Gegensatz zu den später behandelten verschwinden rechtspopulistische Parteien oft kurz nach Überraschungserfolgen, weil sie entweder den charismatische Führer verlieren und es selten schaffen, sich danach erneut entsprechend aufzustellen oder weil sie in Regierungsverantwortung kommen und damit als Teil der korrupten Elite gesehen werden und ihre Anti-Position nicht mehr fruchtet, hierbei kommt ihnen die konstruktive Realpolitik in den Weg.

Punkten könnten sie dann jedoch besonders in den Bereichen der Arbeitsmarkt-, Migrations-, Kultur- und Sozialpolitik.

### **3.4 Rechtsextremismus und Rechtsradikalismus:**

Laut Minkenberg definiert sich dieser dermaßen:

Rechtsradikalismus ist eine politische Ideologie, die im Kern aus einem Mythos in Form eines politischen und romantischen Ultranationalismus besteht und die sich daher tendenziell gegen die liberale Demokratie und deren zugrunde liegenden Werte von Freiheit und Gleichheit sowie die Kategorien von Individualismus und Universalismus richtet. Die Mobilisierung der Öffentlichkeit durch die, dieser Ideologie verhafteten Bewegung der radikalen Rechten, ist ein Resultat intensiver Modernisierungsschübe westlicher Industriegesellschaften.“

(Vgl. Minkenberg 1998, S.255)

Verschiedene Autoren wie Butterwege (2002) oder Herbert Schiedel (2007) sowie Grumke(2002) versuchen dies in Punkte zu fassen, die ausführlichste Aufzählung vom DÖW Mitarbeiter Schiedel mit kleinen Zugaben der anderen beiden soll hier aufgezeigt werden:

- Antiegalitarismus und Biologismus
- Antiliberalismus und Antipluralismus
- Antiindividualismus: Denken in Völkern oder „Volkskörpern“
- Glaube an den Zerfall der Gesellschaft und die negativen Auswirkungen der Dekadenz
- (kultureller) Rassismus/Kulturrelativismus und „Ethnopluralismus“
- Antisemitismus
- (deutscher oder völkischer und integraler) Nationalismus

- Kultureller Antiamerikanismus/ Antiimperialismus
  - Autoritarismus
  - Nationalisierende Geschichtsbetrachtung bis hin zum Geschichtsrevisionismus
  - Gewaltakzeptanz und Gewaltbereitschaft
  - Ambiguität – Intoleranz
  - Personalisierendes Denken, Verschwörungstheorien, „Sündenbock“ Mechanismen
  - Manichäisches Weltbild, Freund-Feind-Schema, dichtomisches Denken
- (Vgl. Schiedel 2007 bzw. Mitnik 2009 S.14)

## 4. Parteien:

Es gibt im europäischen Kontext verschiedenste Definitionen über Parteien und ihre Wirkung. Außerdem den Grund für ihre Gründungen. Sie werden jedoch von den meisten als Zusammenschluss von unterschiedlichen Personen zur politischen Umsetzung ihrer Ideen beschrieben. Nachdem die nachfolgende Arbeit sich durchgehend mit jeweils einer rechtspopulistischen bzw. rechtsextremen Partei aus einem EU-Land beschäftigt, sollte diese Definition jedoch keineswegs fehlen. Dazu möchte ich drei Zitate präsentieren, die ich für die folgende Ausarbeitung für durchaus relevant halte:

*Als wesentliche Träger des repräsentativ-parlamentarischen Demokratiemodells stellen Parteien „das demokratiethoretisch wichtigste Verbindungsglied zwischen Bürgern und den Organen staatlicher Willensbildung dar. Sie erfüllen eine Reihe zentraler Funktionen, die für den Prozess demokratischer Regierung unerlässlich sind“.* (Zitat: Poguntke 2002 S.253)

Die gerade genannte Definition muss jedoch gerade in dem Parteispektrum in den geforscht wird noch konkretisiert werden, da natürlich mancher nicht das Zusammenleben im Staat als zentrale Perspektive ansieht, sondern die Ausübung der Staatsmacht anstrebt:

*„Parteien sollen heißen auf (formal) freier Werbung beruhende Vergesellschaftungen mit dem Zweck, ihren Leitern innerhalb eines Verbandes Macht und ihren aktiven Teilnehmern dadurch (ideelle oder materielle) Chancen (der Durchsetzung von sachlichen Zielen oder der Erlangung von persönlichen Vorteilen oder beides) zuzurechnen“* (Zitat Wiesendahl 2006, S.6)

Um hier ein Gegenbeispiel zu geben soll auch genannt werden, welche Motivation es haben kann, sich in Parteien zu organisieren:

*„auf Dauer angelegte, freiwillige Organisationen, die politische Partizipation für Wähler und Mitglieder bieten, diese in politischen Einfluss transformieren, indem sie politisches Personal selektieren, was wiederum zur politischen Integration und zur Sozialisation beiträgt und zur Selbstregulation führen kann, um damit die gesamte Legitimation des politischen Systems zu befördern“* (Zitat Alemann 2003 S.11).

Zusammengefasst und in dieser Form auch sehr kurz gehalten, sind Parteien ein Zusammenschluss von Interessensgemeinschaften, um ihre politischen Ziele durchzusetzen. Natürlich sind Parteien auch vom Wahlrecht abhängig und vom Staat in dem sie operieren.

## 4. Der Vlaams Belang:



### 4.1 Historische Entwicklung

#### 4.1.1 Historischer Ursprung des flämisch-wallonischen Konflikts

Die Ursprünge des Konfliktes reichen auf die Gründung des Staates Belgien 1830 zurück und wurden durch verschiedene Faktoren verschärft. Der neu gegründete konstitutionell-monarchische Staat Belgien war sah sich als französisch-sprechender Staat trotz einer Mehrheit flämisch-sprechender Einwohner. Da sich das Flämisch in viele Dialekte aufteilte und somit keine eindeutig definierbare Sprache schien, war Französisch die Sprache der Elite Flanderns. Dies war der Anfang der flämischen Bewegung, die sich zuerst nicht auf den Konflikt mit Wallonien richtete sondern gegen die eigene frankophone Elite.

Durch die belgische Verfassung vom 7.2.1831, die damals die modernste als auch liberalste Europas war, wurde der freie Sprachgebrauch garantiert. Das Zwei-Kammern-Parlament war das Kontrollorgan des einen Prozents wahlberechtigter frankophoner bürgerlichen Elite gegenüber dem zentralistischen Einheitsstaat. Auch galten sowohl die Religionsfreiheit, die Versammlungsfreiheit und die Pressefreiheit nicht für die Massen an Arbeitern, da sie entweder für sie verboten oder finanziell außerhalb der Möglichkeiten waren.

Denn obwohl die Sprachenfreiheit verfassungsrechtlich niedergeschrieben war, war ohne französisch ein sowohl wirtschaftliches, als auch kulturelles Leben in Belgien undenkbar und auch von den Herrschern nicht gewünscht. Der heute unterentwickelte Süden Belgiens war damals im Gegensatz zum agrarischen Norden aufgrund von Kohle und Stahl industrialisiert und dementsprechend fortschrittlicher. Hinzu kam die Akzeptanz des Französischen durch einen Großteil der flämischen Elite, dies begründete sich am Anfang des jungen Staates

Belgien einerseits daraus, dass Französisch als Instrument der Abgrenzung gegenüber den ehemaligen Herrschern in den Niederlanden gesehen wurde. Andererseits verschob das Fehlen einer flämischen Schrift- und Einheitssprache die Gewichtung der Sprachen zusätzlich stark in Richtung Französisch wie darüber hinaus das Gesetz zur Sprachfreiheit, das versuchte Französisch in der flämischen Unterschicht zu etablieren. (Treude 1996, S.26-28)

Nicht nur flämische Intellektuelle sondern auch die in Belgien tief verwurzelte katholische Kirche, die Französisch als Transportmittel revolutionären, antiklerikalen Gedankenguts sah bekämpften diese Entwicklung und verstärkte den Konflikt zwischen der flämischen und der frankophonen Bevölkerung.

Der Anfang der flämischen Bewegung war somit zuerst ein kultureller, erst ein halbes Jahrhundert später, gegen 1880 begann diese Problematik direkt in die Politik einzufließen, dies war erst durch die Entstehung einer flämischen Mittelschicht denkbar, die durch fehlende Französischkenntnisse vom Staatsdienst ausgeschlossen war. Denn Flämisch wurde seit der Staatsgründung von den französisch-sprechenden Eliten als sozial minderwertige, elitär unbrauchbare Sprache angesehen. (Dolderer 1989, S.9-11)

Im weiteren Verlauf der Geschichte nahm also Französisch aufgrund der oben genannten Tatsachen den Status der national-belgischen Sprache an. Besonders hervorzuheben ist hierbei die Region um die Hauptstadt Brüssel. Waren es bei der Staatsgründung 1830 nur 25% der Bevölkerung, die Französisch sprach, stieg der prozentuelle Anteil aufgrund des Zuzuges der frankophonen Beamten in die Hauptstadt massiv an. So sprechen heute zirka 90% in der Region Französisch als Muttersprache. Der Kulturnationalismus, der nach der Staatsgründung zur Schaffung einer belgischen Identität gefördert wurde hatte seinen Fokus auf auch die französische Sprache.(Hecking 2003, S.32)

#### 4.1.2 Die Entwicklung Belgiens im Bezug auf die Weltkriege

Der Ausbruch des ersten Weltkrieges und der Einfluss des Stellungskrieges auf den Konflikt sollte nicht außer Acht gelassen werden. Die Flamen stellten 60 Prozent der belgischen Soldaten, die Wallonen jedoch den Großteil der Offiziere wodurch aufgrund des Sprachunterschiedes viele Befehle falsch gedeutet wurden. 70 Prozent der Gefallenen waren Flamen. Allem Anschein nach wurden die flämischen Soldaten aufgrund der Herkunft und Sprache an der Front diskriminiert, nicht nur, dass ihre Sprache und Bücher dort verboten wurden, auch eigene Feste waren nicht erlaubt. (Vgl. Mudde 2000, S.81-85)

Aufgrund dieser Unterdrückung gründeten die flämischen Soldaten 1916 eine Frontpartei welche die Anerkennung der eigenen Sprache in Militär und Administration forderte. Da König Albert jedoch ein ausgesprochener Gegner der flämischen Bewegung war, ließ er die Mitglieder der Partei nicht nur degradieren und bestrafen, sondern auch vor das Kriegsgericht stellen. Dies sorgte für eine Fanatisierung der Anhänger. Die deutsche Führung erkannte dies und unterstützte den Separatismus der flämischen Teile Belgiens. Auch wenn damals nur wenige Teile der Flamen die Separation Flanderns aufgrund eigener geopolitischer Ziele unterstützten, so war es doch das erste Mal, dass dies ausgesprochen wurde. Zu Kriegsende wurde die Neutralität de facto abgeschafft, da nicht nur die Deutschen ein Gebiet als Reparationszahlungen an Belgien abgeben musste, sondern auch das Wirtschaftsbündnis BENELUX mit den Niederlanden und Luxemburg sowie ein Militärbündnis mit Frankreich durch Belgien geschlossen wurden. (Vgl. Dolderer 1989 S. 36-37).

Aus diesem Grund zerfiel nach dem Krieg das flämische Lager in zwei Teile, eines befürwortete den Verbleib im belgischen das andere die Gründung eines eigenen Staates. Die Frontpartei setzte sich für die Gründung des eigenen Staates ein, die andere Bewegung forderte nun jedoch auch eigene Militäreinheiten, Stimmgleichheit bei Wahlen, sowie die Verwendung der eigenen Sprache in der Administration. In den folgenden Jahren wurden den Flamen viele geforderte Rechte zugesprochen bis 1932 flämisch-niederländisch als Universitätssprache anerkannt wurde. (Vgl. Hecking 2003 S. 38).

Durch die Wirtschaftskrise zu Beginn der 30er wurden auch in Belgien demokratiefeindliche Extremisten immer stärker. Der Vlaams Nationaal Verbond waren dabei eine Abspaltung der

Frontpartei. Diese mit den Standpunkten gegen Demokratie und Belgien war somit eine antiparlamentarische Partei. In den nächsten Jahren glich sich der Vlaams National Verbond stetig an deutsche und italienische Vorbilder an. Der Ethnozentrismus und paramilitärische Verbände wurden genauso angenommen wie der Antisemitismus. Außerdem wurde die Idee eines großniederländischen Staates wiedergeboren. Bei den Wahlen 1939 konnte die Partei 15 Prozent aller Flamen hinter sich vereinen.

Im zweiten Weltkrieg wurden die Flamen zwar als Kriegsgefangene nach dem Sieg Deutschlands weit besser behandelt, Belgien sollte dabei allerdings als Ganzes ins Deutsche Reich eingegliedert werden. Obwohl sowohl der Vlaams National Verbond als auch die wallonisch rechtsextreme Partei REX mit den Nazis kollaborierten stilisierten sich die Wallonen, die in Kriegsgefangenschaft schlechter behandelt wurden, als Opfer, auch dass der Staat Belgien und seine Regierung zur Landesverteidigung nicht nur die Grenzen schützte sondern noch vor dem Einmarsch Deutschlands politische Gefangene im flämischen Lager machte und sie in französische Lager deportierte, wo sie später von den Nazis befreit wurden, trug nicht zur Versöhnung der Volksgruppen bei.(Vgl. Vink, 1978, S. 69-72)

Das radikale Vorgehen der belgischen Regierung und Polizei nach dem zweiten Weltkrieg gegen alle, die nicht im Widerstand waren war rigoros. 600.000 Akten über Kollaborateure hauptsächlich Flamen, 57.000 Haftstrafen und 238 dokumentierte (Dunkelzahl!) Hinrichtungen, sowie drei Jahre überfüllter Gefängnisse waren das Resultat des Vorgehens.

Der Konflikt der Wallonen und der Flamen war hierbei wiederum in den Vordergrund getreten, denn wollten die flämischen Kollaborateure die Absetzung der Monarchie und die Zerschlagung Belgiens erreichen um sich den Germanischen Völkern anzuschließen, so wollten die Wallonen den Erhalt der Monarchie und die Schaffung Großburgunds.

Auch wenn von der Justiz versucht wurde, bei der Verfolgung der Kollaborateure ein Zeichen für ein gemeinsames Belgien zu setzen und somit nicht auf Ethnie Rücksicht zu nehmen, warfen sich die Volksgruppen eben dies vor. Von wallonischer Seite kam der Vorwurf der Verfolgung des Widerstands, von flämischer der Vorwurf, durch die Verfolgung die flämische Unabhängigkeitsbewegung unterdrücken zu wollen. (Serant 1966, S.105-122)

Nach dem Ende des zweiten Weltkrieges standen die Flamen kollektiv als Nazi-Kollaborateure da. Dies rief in Verbindung mit der Publikation der deutschen Kriegsverbrechen große Ressentiments der Wallonen gegenüber den Flamen hervor, denn im Vergleich zum ersten Weltkrieg waren nur wenige Flamen im Widerstand aktiv.

Französisch sprechende Wallonen forderten daher mehr Macht im Staat, was sich in der Ausbreitung des Französischen führte. Nicht nur in Brüssel, sondern auch in sechs angrenzenden flämischen Gebieten wurde Französisch forciert und als Zweitsprache eingeführt. Dies sorgte natürlich für Konflikte. Daraufhin wurde von den Wallonen der Föderalismus unterstützt, um Autonomie für den eigenen Landesteil zu erreichen. Außerdem zerstörten Wallonen aus Ärger über flämische Kollaboration einige deren Denkmäler und verfolgten die Kollaborateure mit äußerster Härte. 60.000 Flamen wurden der Kollaboration bezichtigt und einige Hundert hingerichtet.

Da die katholische Kirche große Bedeutung für die Flamen hatte, schlug die Stimmung der Wallonen auch gegen diese (Hecking 2003, S.41-42).

Das Jahr 1950 war im flämisch-wallonischen Konflikt ein entscheidendes, da die innere Stabilität gefährdet war wurde eine Volksabstimmung zum Verbleib des Königs abgehalten. Dieser sollte entweder bleiben oder für seinen Sohn Platz machen. Da dieser König Leopold sich mit den deutschen Besatzern arrangierte, aber die Volksabstimmung klar aufgrund der demographischen Mehrheit der Flamen gewann, reagierten die Wallonen mit bürgerkriegsähnlichen Demonstrationen.

Aufgrund der Massenunruhen im Süden des Landes, gab der König sein Amt an den Sohn weiter, wodurch sich die Flamen und Katholiken hintergangen fühlten. Immerhin wurde die Volksabstimmung, bei der Wahlpflicht galt, mit einer absoluten Mehrheit gewonnen.

Durch die gewaltsam erzwungene Abdankung des Königs, die Verfolgung der Kollaborateure, die Zerstörung flämischer Denkmäler sowie die Durchsetzung der französischen Sprache in der Umgebung Brüssels in den Jahren zuvor, verstärkten das Gefühl der Benachteiligung der Flamen.

Somit waren die Fronten zwischen beiden Volksgruppen verhärtet, einerseits wurde die Zusammenarbeit mit den Nazis vorgeworfen, andererseits die gewaltsam herbeigeführte Abdankung des Königs.

Also kam es zur Gründung der flämischen Volksunie im Jahre 1950, die für den Föderalismus und die Souveränität der eigenen Volksgruppe eintrat (Hecking 2003 S.42-43).

### 4.1.3 Die Gründe für die Einführung der Sprachgrenze

Die wirtschaftlichen Veränderungen Westeuropas mit Ende der 50er Jahre ließen auch Belgien nicht unberührt. Insbesondere veränderte sich die Wirtschaft Flanderns, so war es bis dahin eine eher agrarische Region, im Gegensatz zu Wallonien, das mit Kohle- und Stahlbergbau über Industrie verfügte.

Die Veränderung des Landes von einer Bauern und Industrienation hin zu einer Dienstleistungsgesellschaft war für die wirtschaftliche Lage Flanderns ein Segen. Zwischen 1960 und 1967 wurden zwei Drittel der ausländischen Wirtschaftsinvestitionen in Flandern getätigt, welche nicht nur tausende neuer Arbeitsplätze schufen, sondern auch zur Folge hatte, dass 1966 zum ersten Mal in der Geschichte Belgiens das Pro-Kopf-Einkommen Flanderns, das Walloniens überholte. Die Gründe für die Investitionen in Flandern waren dabei ökonomischer Natur. Die geringeren Löhne, die investitionsfreudigen Gemeinden, der weit geringere Organisationsgrad der Arbeiter in Gewerkschaften sowie die bessere Infrastruktur erklären dies. Der Wandel von Kohle zu Erdöl als Energiequelle stärkte außerdem die flämischen Häfen.

Als die wallonische Wirtschaft, die keine direkte Anbindung zum Meer hatte, aus diesen Gründen und der veralteten zwischenkriegszeitlichen Industrie zu schrumpfen begann organisierten sich die Arbeitnehmer und forderten in den Demonstrationen 1960 bis Ende 1961 eine Föderalisierung der belgischen Wirtschaft, um danach eigenständig die Wirtschaftskraft der Region wieder zu stärken.(Vgl. Hecking 2003, S.44)

Somit waren nicht mehr nur die Flandern sondern auch die Wallonen für einen föderalen Staat. Denn auch wenn Flandern nun wirtschaftlich aufblühten, fühlten sie sich durch die Ausbreitung des Französischen Richtung Norden kulturell gefährdet und forderten deshalb eine Sprachgrenze zwischen den Regionen.

Am 8. November 1962 kam es zu dieser Sprachregelung, die Belgien in vier Sprachgebiete aufteilte. In den flämischen Norden, sowie den wallonischen Süden, der deutschen Region im Osten sowie einer zweisprachigen Region Brüssel. Diese Unterteilung hatte zur Folge, dass sowohl die Unterrichtssprache, als auch die Administration föderalisiert wurden und somit die Grenzen innerhalb Belgiens feststanden. Doch der Versuch, damit die innenpolitische Stabilität zu erreichen scheiterte, da sowohl die Flamen mehr Autonomie wollten, als auch die Wallonen sich gegen den, aufgrund eigener demographischer Nachteile flämisch geführten Zentralstaat nicht mehr als Führungsorgan anerkennen wollten (Vgl. Hecking 2003, S.45)

Die folgenden vier Verfassungsreformen zementierten die Aufteilung des Landes in Regionen inklusive der letzten Verfassungsreform 1988 bei der Brüssel als neu geschaffene Region entstand, in der die Regionalgewalt paritätisch zwischen den Volksgruppen aufgeteilt wurde (Vgl. Hecking 2003 S.46-53).



#### 4.1.4 Die flämische Bewegung

Die erste flämische Bewegung entstand nach der Gründung Belgiens 1830. Diese setzte sich zuerst aus einem kleinen Teil der flämischen Elite zusammen, die die Eigenheiten der belgischen Geschichte in den Vordergrund stellte. Sie suchten ihre Wurzeln im Jahre 1302, als eine flämische Armee gegen eine französische einen Sieg errang, außerdem stellten sie die Existenz einer germanischen und romanischen Kultur in den Vordergrund um die Notwendigkeit der Erhaltung der flämischen Kultur und Sprache aufzuzeigen.

Im Laufe der Jahre erreichten sie damit in die Mittelschicht vorzudringen um Priester, Lehrer und Beamte einzugliedern um somit das Flämische dem Französischen gleichzustellen. (Hecking 2003, S. 33)

Einen ersten massiven Aufschwung erlebte die flämische Bewegung in den 1850er Jahren. Aufgrund der dominierenden Agrarwirtschaft in Flandern mussten immer mehr Einwohner in das von Kohle- und Stahlindustrie beherrschte Wallonien abwandern, wo sie unter widrigsten Umständen arbeiten mussten.

Als erste nennenswerte Errungenschaft der Flamen kann man die Änderung des Sprachgesetzes 1859 anführen, wobei sie im flämischen Landesteil sowohl in Verwaltungs-, Straf- und Bildungsangelegenheiten die Möglichkeit erhielten Flämisch als zweite offizielle Landessprache zu verwenden.

1862 entstand die Antwerpener Meeting Partei, die erste katholische pro-flämische Partei, die sich die Anerkennung des flämischen als zweite offizielle Staatssprache auf die Fahnen schrieb.

1888 wurde zum ersten Mal eine Ansprache in der belgischen Abgeordnetenkammer auf flämisch gehalten und 1895 kam es zum Beschluss, dass Staatsbedienstete im flämischen Teil auch flämisch beherrschen mussten.

Die damaligen Nationalisten arbeiteten mit den Christlich-Sozialen zusammen, dadurch erreichten sie einen großen Teil der Bevölkerung in allen Schichten. Die Mobilisierung der Massen war erst dadurch möglich. Der Separatismus und Nationalismus waren zu diesem Zeitpunkt allerdings weniger ein Thema als die Gleichstellung der sprachlichen Rechte und der eigenen Bevölkerung innerhalb des Staates.

All dies führte 1898 zur Anerkennung des Flämischen als zweite offizielle Landessprache, aber gegen Verstöße hinsichtlich der Nutzung gab es noch keine Bestimmungen. Dementsprechend wurden erst 1936 Simultanübersetzungen im Parlament ausgeführt und erst seit 1962 existiert das belgische Strafgesetzbuch auf Flämisch (Treude 1996, S.30).

Zur Einigung Belgiens half dies neben der Sprachengrenze allerdings nicht mehr, da die flämischen Politiker nicht nur eine eigene Nation im flämischen Teil proklamierten sondern auch einen flämischen Nationalfeiertag und eine eigene Hymne weiter behielten, dennoch war die Sprache nach wie vor das wichtigste Unterscheidungsmerkmal zur restlichen Bevölkerung Belgiens.

## 4.2 Vlaams Blok von 1979-2004

Die Bewegung der Flamen hatte seit der Gründung Belgiens einige Transformationen hinter sich, von der Antwerpener Meeting Partei, über die Frontpartei bis zum Vlaams National Verbond sind oben beschrieben. In den ersten Dekaden nach dem zweiten Weltkrieg wurden die nationalistischen und zum Teil durchaus rechtsextremen Teile der flämischen Bewegung in den Untergrund gedrängt und hatten keinen direkten Einfluss auf das politische Geschehen. Viele von ihnen schlossen sich der 1954 gegründeten Volksunie Partei an. Diese trat damals zwar nationalistisch und föderalistisch auf, der Rechte Rand der Partei hatte aber nach wie vor keinen erwähnenswerten Einfluss auf das politische Handeln der Partei.

Der spätere Gründer des Vlaams Blok, Karel Dillen, verließ aus diesem Grund 1970 die Partei.(Vgl. Swyngedouw 1998, S.60-61)

Als entscheidender Schritt zur Gründung des Vlaams Blok muss der Egmont Vertrag von 1977 und die Zustimmung der Volksunie dazu gesehen werden. Die damit einhergehende Neuorientierung der Partei Richtung Mitte sahen die flämischen Mitglieder der Partei als große Gefahr für die Benachteiligung der Flamen (vgl.Zinell 2007 S.270)

Daraufhin gründeten Karel Dillen und Lode Claes zwei unterschiedliche Rechte Parteien, die Vlaamse Nationale Partij sowie die Vlaamse Volkspartij. Diese vereinten sich unter Karel Dillen im Jahr darauf, 1979, unter dem Namen Vlaams Blok.

Somit war die Bündelung der flämischen Bewegung erstmals seit dem zweiten Weltkrieg vollzogen. Dafür würde ein bis heute für die Partei äußerst wichtiger Ort gewählt, Antwerpen, damals der Sammelort für rechtsextreme Gruppen und Organisationen in Belgien (Vgl.McHale 1983, S.193)

Der Vlaams Blok legte sich damals den Spearatismus als einziges Parteiprogramm zu, damit war bei Wahlen allerdings nicht viel zu erreichen. Um die Wählerschaft zu verbreitern musste suchte man im rechten Spektrum nach neuen Politikfeldern und so setzte man sich für die Rückführung von Immigranten in ihr Heimatland ein. Diese Strategie scheint bis heute erfolgreich.(Vgl. Hecking 2003 S. 136)

Die anfänglichen Probleme der Partei lagen mehr in der Organisationsstruktur als in der Erreichbarkeit der Wähler. So zentrierte sich der Wahlkampf zuerst auf Antwerpen und vernachlässigte die anderen 300 Wahlkreise, trat nur in einem Drittel aller an.

Das Parteipersonal veränderte sich Mitte der 80er Jahre, so verließen einige rechtsextreme Mitglieder die Partei und manch gemäßiger trat an dessen Stelle. Allerdings wurden die rechtsextremen Organisationen immer noch als Rekrutierungsposten für nachkommende Parteigrößen wie Gerolf Annemans, Filip Dewinter, Luc Vermeulen genutzt. Dabei sind „Voorpost“, „Were Di“, Katholiek Vlaams Hoogstudentenverbond(KHHK) und der „Nationalistisch Jong Studentenverbond“ zu nennen.

Mit diesem Zeitpunkt hat sich auch die Art des Wahlkampfes dramatisch verändert. Der Vlaams Blok begann sowohl von der niederländischen CP, als auch von der französischen Front National Propaganda und Wahlkampfelemente zu übernehmen. Mit diesem Schritt erfolgte die Wandlung zu einer breitentauglichen und „modernen“ rechtsextremen Partei.

Durch eben diesen Austausch Karel Dillens der Parteiführung hin zu jungen Vlaams Blok Mitgliedern und den Anti-Ausländerwahlkampf 1987, der einherging mit breiter medialer Aufmerksamkeit, gelang es den Stimmenanteil auf 3% zu verdoppeln. Der erste Sitz im Senat, ging für die eine rechtsextreme flämische Bewegung damit einher. Die Akzeptanz als politischen Gegner durch anderen Parteien und die damit errungene mediale Aufmerksamkeit waren das Resultat (Vgl. Mudde 2000, S 87-92).

Der Parteislogan „Eigen volk eerst“ sowie die Ressentiment gegen Multikulturalismus, Ausländer und die belgische Demokratie gehen einher mit der Idee des Nationalismus, Solidarismus und die Wahrung der ethischen Werte (Vgl. Lachauer 2005, S.11).

Durch diesen Umschwung vom Separatismus hin zu den europäischen Rechten erlaubte es der Partei in den 90er Jahren von Wahlerfolg zu Wahlerfolg zu gelangen.

So verdreifachte der VB 1991 seine drei Prozent auf 10,3% und schaffte bei den Europaparlamentswahlen zuvor den Einzug in dasselbe. Aus Angst über den Erfolg der Partei unterzeichneten alle anderen demokratischen Parteien Belgiens 1992 den „cordon sanitaire“ der alle Parteien dazu verpflichtete, nicht mit dem VB zusammen zu arbeiten.

Die Affäre des Kinderschänders Dutroux 1996 kam dem VB dementsprechend zu Gute. Der Vlaams Blok stellt sich seit dem dezidiert als Anti-Eliten-Partei dar und gab dem Justizministerium dezidiert die Schuld an den Vorkommnissen.

Auch die Konfrontation mit den neu gegründeten Anti-faschistischen Parteien, die gegen den Vlaams Blok vorgingen überstand die Partei (Vgl. Mudde 2000, S.87-92).

Die Ausrichtung der Partei als Anti-Establishment-Partei, bzw. Partei des „Kleinen Mannes“ half dabei mit, sich in den Köpfen entsprechend zu positionieren.

*„Sie hat es geschafft, in den Köpfen der Menschen einen künstlichen Gegensatz aufzubauen, zwischen ihnen, den einfachen Bürgern und den Politikern auf der anderen Seite“* (Hecking, Claus 2007)

Die Parolen des Vlaams Blok wie „Dit is ons land“ oder „eigen Volk eerst“ zeigen die mediale Fokussierung und plakative Ausdrucksweise mit der sie die Bevölkerung erreichen.

Die Etablierung charismatischer Anführer der Partei sowie die politische Inszenierung gehören dabei ebenso ins politische Spektrum wie so manche verbale Entgleisung.

Die Beerdigung des Gründer Karel Dillen 2007 glich mit seinen paramilitärischen Sargbegleitern, der Flagge mit dem flämischen Löwen sowie die verbalen Stilisierung zum Retter Flamens einem flämischen Staatsbegräbnis (Vgl. Ivaldi/Swyngedouw 2006, S.130).

### **4.3 Der Vlaams Belang seit 2004**

2003 wurde gegen den Vlaams Blok ein Verfahren zum Parteienverbot eingeleitet. Dem kam die Partei jedoch zuvor und löste sich 2004 auf um sich als Vlaams Belang wieder zu gründen. Die drei politischen Führer der Partei, Vanhecke, Valkeniers und Dewinter verklärten dieses Ereignis als „Mordanschlag“ auf die Flamen und so konnten sie sich weiter als Anti-Establishment-Partei bzw. Anti-Parteien-Partei etablieren und die Partei selbst als „Opfer des Establishments“ positionieren.

Offiziell machten sie mit der Neugründung auch einen Schwenk Richtung politischer Mitte um sich als salonfähige Wahlalternative zu präsentieren. Somit hat sich die Partei selbst ein rechtsbürgerliches Auftreten gegeben, obwohl im Parteiprogramm immer noch als rechtsextrem zu interpretieren ist. So versteht sich der Vlaams Belang nach wie vor als Verfechter der Auflösung des belgischen Staates, eines vehementen Immigrationsstopps, die Abschaffung des aktiven Wahlrechts für Ausländer (EU-Beamte in Brüssel sind dem VB ein demographischer Dorn im Auge; Anm. des Verf.), und gegen Familienzusammenführungen der als Asylmissbrauch deklariert wird. Andere Standpunkte im Parteiprogramm sind eine „Nulltoleranzpolitik“ gegen Ausländerkriminalität, Einführung bindender Volksabstimmungen in allen Policies sowie die Anti-Position eines EU-Beitritts der Türkei.

Die EU soll sich außerdem als Staatenbund verstehen und nicht bundesstaatliche Kompetenzen bekommen, d.h. für den VB, dass Außen-, Sicherheits- und Migrationspolitik zwar von der EU geregelt werden sollen, aber Bildung, Innere Sicherheit, Sozialpolitik, Erziehung sowie Kunst auf nationaler(bzw. flämischer, Anm. d. Verf.) Ebene verankert werden sollen. (Vgl. Das Programm des Vlaams Belang).

Die Nähe zur deutschen „Volksnation“ aufgrund der gemeinsamen Sprachwurzeln wird auch als immanent gesehen.(Ivaldi/Swyngedouw 2006, S.133)

Aufgrund des Parteienverbots und der nur medial vollzogenen Wandlung konnte der Vlaams Belang die alte Wählerschicht behalten, aber durchaus ins rechtsbürgerliche Lager vordringen und so seine Wählerschicht nochmals erweitern. Das Vorhaben, mit diesem Parteienverbot gegen den VB vorzugehen hat 2004 leider im Gegenteil geendet.

In den nachfolgenden Wahlen konnte der VB stets zulegen und das Parteiensystem unterwandern.“ Der „cordon sanitaire“ ist zwar im Augenblick noch aufrecht, zeigt jedoch aufgrund der Wahlerfolge manchen Riss.

Der Vlaams Belang ist durch die Wahlerfolge und das stetige Wachstum seit seiner Gründung mittlerweile zu einem Gradmesser der belgischen Politik geworden und zu einem Stimmungsbarometer der Bevölkerung ausgeartet. Noch funktioniert der „cordon sanitaire“, einige Parteien versuchen nun am rechten Rand, der VB Wählerschicht zu fischen und übernehmen manchmal populistische Forderungen. Kurz gesagt, hat der VB es geschafft, sich in das politische Gedankengut des Landes hinein zu manövrieren.

Das Agenda-Setting und die Themenherrschaft, speziell in der Immigrationsdebatte ist aber nicht nur der eigene Verdienst. Die etablierten, alten Großparteien Belgien haben durch gekonntes Ignorieren der Integrationsdebatte selbst große Mitschuld an der derzeitigen Situation.

Dass der Vlaams Belang, mittlerweile blackmail-Potential hat erscheint beim langfristigen Betrachten belgischer Massenmedien als augenscheinlich. Deshalb soll der Einfluss der Partei bei der Immigrations- und Integrationsdebatte dargestellt werden:

## 4.4 Einfluss des Vlaams Belang auf das Thema Integration in Belgien

### 4.4.1 Organisation des belgischen Staates

Seit der Gründung des Vlaams Belang hat sich Belgien im Umgang mit Integration stark verändert. War es in den 1970ern noch ein Migrationsland und als Vorreiter im Bereich der Integration bekannt, so hat sich dies bis heute dramatisch verändert. Diese Veränderung ist zwar nicht nur auf den VB zurückzuführen, sondern auch darauf, dass die Regierungen oft probierten, das Problem bei Seite zu schieben oder aufgrund des komplexen föderalen Systems nicht schafften, ihre Ideen durchzubringen. Immerhin besteht die Verwaltung aus sechs Parlamenten, fünf Exekutivebenen, und verschiedenster Judikation (Vgl. Hecking 2003, S.99).

Die Verfassungsreformen, führten nicht wie vorgesehen, zu einer Annäherung der Flamen und Wallonen, sondern genau zu dem Gegenteil. Dies wirkt sich auf den belgischen Föderalismus wie folgt aus:

- Fehlende Bundesstaatsklausel: Bundesrecht bricht Landesrecht wie in anderen föderalen Staaten gibt es nicht, wie etwa in Deutschland oder Österreich.
- Construction à double strate: Die Regionen haben die legislative Möglichkeit, in Umwelt, Wirtschafts-, Industrie-, Infrastruktur- und Energiepolitik. Außerdem haben die drei Sprachethnien die Möglichkeit in Persönlichen, Bildungs- und Kulturfragen regional zu bestimmen.
- Kompetenzbreite der Institutionen: regionale, föderale oder nationale Angelegenheiten haben von allen anderen Legislativorganen um die Zustimmung zu werben.
- Assymetrie der belgischen Zweigliedrigkeit: Flamen haben sich nach der Verfassung 1980 mit allen Regionen unter ein Parlament gestellt während Wallonien sich dabei immer noch aufspaltet.
- Belgischer Parteienkonföderalismus: es gibt keine nationalen Parteien mehr, sondern Schwesterparteien in den unterschiedlichen Ethnischen Regionen. Dies legt klar die Trennlinien der Gesellschaft Belgiens offen: Sprache, Kultur, Wirtschaft, Religion und Weltanschauung (Vgl. Berge/Grasse 2003 S. 114).

#### 4.4.2 Die politische Einflussnahme

Der VB hat nach seinem Erscheinen die Parteienlandschaft stark mitgeprägt, nicht nur die Regionalisierung der Parteienlandschaft sondern auch die Art der Stimmenwerbung gegenüber den eigenen Wählern ist mittlerweile ein klares Unterscheidungsmerkmal.

So ist die Frage, die sich die meisten Parteien in Wallonien stellen darauf gerichtet, wie man sozio-ökonomische Probleme erkennen und lösen kann. Dies war auch bei den flämischen Parteien vor dem Auftreten des VB nicht unähnlich. Mittlerweile stellen flämische Volksvertreter sich eher die Frage nach der kulturellen Homogenität, und den für sie daraus folgenden Problemen (Entfremdung, Kriminalität, importierte Arbeitslosigkeit, religiöse und ethnische Konflikte, usw.).

Diese Veränderung der flämischen Parteienstrategie ist aus den Wahlerfolgen des VB herzuleiten. Das blackmail-Potential seit dem Aufkeimen in den 1980er Jahren ist von Wahlerfolg zu Wahlerfolg gestiegen und damit eben auch die Angst der einzelnen Parteien stimmen an den VB zu verlieren. Dies hatte zweierlei Dinge zur Folge, erstens, der „cordon sanitaire“ oder Hygienegürtel, der besagt, dass keine Partei mit dem VB auf irgendeiner politischen Ebene zusammenarbeiten darf. Dies spielte natürlich auch eine große Rolle bei der Positionierung der Partei als Anti-Establishment-Partei und dementsprechend half es Stimmen zu generieren. Zweitens erfolgte, durch die Jahrzehnte langen Zugewinne ein Schwenk beinahe aller flämischen Parteien in Richtung des VB. Zum Beispiel veränderten die Flämischen Liberalen(VLD) ihre Ausländerpolitik in eine restriktivere Richtung oder versuchte die Christdemokratische Partei(CD&V) sich als Sicherheits- und Justizpartei zu positionieren um im Wählerlager des VB zu fischen. (Vgl. Jacobs/Swyngedouw 2002 S. 331-336)

Langfristig hatte das leider den gegenteiligen Effekt, denn dadurch sind die Themen und besonders wie sie gesetzt wurden plötzlich massentauglich geworden.

Der rechtsextreme VB sah drei Wege zum Ziel, den moralischen Verfall aufzuhalten und zu einer Politik im Interesse des Volkes zurückzukehren, auch wenn die demokratische Mehrheit des flämischen Volkes das nicht möchte. Der Erste war das Ausüben oppositionellen Drucks im Parlament auf die anderen Parteien, das wie oben beschrieben funktionierte. Das Zweite das Erwarten an die Obrigkeit Flanderns, sich für die Unabhängigkeit der Region einzusetzen, eben auch gegen den Willen der flämischen Mehrheit. Drittens müsse man der 68er-Generation die ideologische und kulturelle Hegemonie in den Bereichen Bildung, Erziehung

und Medien entreißen. Mit diesen 3 Herangehensweise sollte ein rechter Machtwechsel langfristig funktionieren.(Vgl. Spruyt 1995 S.166)

Die offensive, rassistische Herangehensweise an das Migrationsproblem war vereint mit der Ansicht über den Islam, dass dieser die Grundprinzipien der westlichen Demokratie, der Meinungsfreiheit, der Gleichstellung der Frau, sowie der Trennung von Kirche und Staat entgegenstehe.

Weiters wären die Immigranten für die Arbeitslosigkeit verantwortlich. Diese sollten schrittweise in ihre Herkunftsländer zurückkehren, anstatt ihnen als Staat Familienzusammenführungen und politisches Asyl zu gewähren. Der Kampf um die „kollektiven Güter des Staates“ im postindustriellen Leben soll angeblich damit verhindern, dass die Krise des Wohlfahrtsstaates, die Wohnraumknappheit und die Arbeitslosenrate durch Immigranten ausgelöst wird. (Vgl. Ivaldi/Swyngedouw 2006 S. 131)

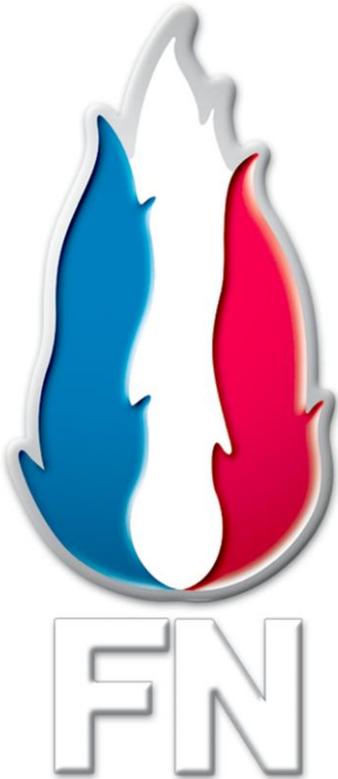
So kommen Ivaldi/ Swyngedouw schließlich zu dem Punkt, dass

*„Obwohl die überwältigende Mehrheit der flämischen Wähler von sich behauptet, sie würde niemals für den Vlaams Blok stimmen, ist der Einfluss der extremen Rechten auf die Wahlplattformen anderer Parteien und deren ideologischer Ausrichtung auch in Belgien mit den Händen zu greifen: So lassen sich eindeutige Veränderungen der Mainstream-Politik im Hinblick auf ureigene Themen der Rechtsextremen wie z.B. Einwanderung, Asyl, Integration ethnischer Minoritäten oder Recht und Ordnung ausmachen“*(Ivaldi/ Swyngedouw 2006 S.139).

Somit hat beim VB die dauernde In-Frage-Stellung der westlichen Werte des demokratischen Staates der Nachkriegszeit zu Folge, dass sie den demokratischen Staat unterwandern und mit ihrem blackmail-Potential ein nicht zu unterschätzender Faktor in Belgiens Politik darstellen.

*„Insofern unterscheiden sie sich nicht wesentlich von dem revolutionären Versuch des Faschismus, eine neue Ordnung auf den Ruinen der alten Gesellschaft zu errichten“* (Ivaldi/Swyngedouw 2006 S.141).

## 5. Der Front National:



### 5.1 Rechtsextreme in Frankreich bis zur Gründung der Front National 1972:

*„den Front National verbindet eine lange Traditionslinie mit antirepublikanischen bzw. antidemokratischen Denken, eine Vielzahl rechtsextremistischer und populistischer Denkströmungen, Organisationen und Parteien, die in Frankreichs politischer Landschaft seit der Revolution 1789 eine Rolle spielen“*(Schmidt 2003 S.90).

Mit den rechtsextremen Ligen Frankreichs und dem Erbe des Vichy-Regimes während des 2. Weltkrieges lassen sich die Wurzeln der extremen Rechten lange Zeit vor dem Auftreten Jean-Marie Le Pens erfassen(vgl. Zinell, Adelheid 2007 S. 163).

Allerdings war der Zweite Weltkrieg nicht das erste Erscheinen der extremen Rechten in Frankreich. Robbespierre nach der französischen Revolution kann als ihr Urvater genannt werden. Im Laufe der Zeit haben sich rechtsextreme Parteien und Anhänger meist nur kurz in der politischen Szene etablieren können. So waren vor der FN unter Le Pen der Boulangismus im 19. Jahrhundert sowie die faschistischen Bünde in der Zwischenkriegszeit als auch die Vorläuferpartei des Front National, die Poujadisten kurzzeitig relevant. Erst mit der Führung

Le Pens ist die zersplitterte Gruppe der Rechten gewachsen und diese Entwicklung bzw. deren Gründe sollen nun durchleuchtet werden. Als bestimmenden, einenden Faktor, kann der Verlust der meisten französischen Kolonien während und nach dem 2. Weltkrieg inklusive Algeriens in der rechten Szene gesehen werden.

*„in diesen vielen kleinen, organisatorisch zersplitterten, und programmatisch zum Teil im Abseits befindlichen rechten Nachkriegsbewegungen liegen die Wurzeln der einzigen Bewegung, der sogenannten <Alten Rechten> der ein dauerhafter Erfolg beschieden war, nämlich dem Front National“*(Zinell, Adelheid S.173).

*Aus Entwicklungsschritt der extremen Rechten in Frankreich muss das „linke“ Jahr 1968 gesehen werden: „Damals ergab sich für die französischen Rechtsradikalen eine schwierige Situation: sollten sie mit den Studenten gegen das Regime von de Gaulle kämpfen und sich damit auf die Seite der Linken stellen, oder sollten sie diese Linke bekämpfen und damit de Gaulle unterstützen, dem sie den Verzicht auf Algerien nie verzeihen konnten“*(Zinell Adelheid 2007 S.173).

Also wurden erste strukturelle Schritte gesetzt, die bis heute nachwirken:

1969 wurde die <Groupement de Recherche et d'Etude pour la Civilisation Européenne>—GRÉCE- gegründet. Diese <Forschungsgruppe zur Studie der europäischen Zivilisation> war die Grundlage des 1974 gegründeten <Club de Horloge> (Uhrenklub), der zum Ziel hatte und hat, Absolventen der Eliteuniversitäten und Grand Ecoles zu versammeln und zu organisieren und damit in die traditionellen Parteien und Strukturen des Staates einzudringen. Auch wenn dies in den ersten zehn bis fünfzehn Jahren keine entsprechenden Wahlergebnisse hervorrief, muss es als strukturelle und personelle Grundlage für spätere Erfolge gesehen werden.

*„Die Gründung des FN im Jahr 1972 war der Versuch, angesichts der Misserfolge bei den vorangegangenen Wahlen eine Sammlungsbewegung zu bilden und zwei größere Bewegungen unter einem Dach zusammenzufassen: Eine legalistische, „populistische“ Strömung der „Nationalen“, die eher an den Poujadismus anknüpfte und die Strömung der revolutionären „Nationalisten“, die eindeutig rechtsextremen Charakters waren*(Schmied 2003 S.90).

Unter der Führung Jean-Marie le Pens, der bei der Gründung selbst nur Mediensprecher war, konnten die vielen kleinen Splittergruppen 1972 erstmals versammelt unter dem Dachverband der Front National, aus der Isolation heraustreten und sich politisches Gehör in Frankreich verschaffen.

Zwar waren es zu Beginn der Front National Alain Robert und François Brigneau, die die Partei anführten, doch erwies sich Jean-Marie Le Pen als identitätsstiftender Kandidat. Es vereinten sich zur Front National nicht nur Anti-Gaullisten, Poujadisten und Neofaschisten, auch Spitzenfunktionäre des Vichy-Regimes und Mitglieder der Waffen-SS, sowie Antisemiten und Antizionisten unter dem Dachverband der FN.

Der Lebenslauf Le Pens war dafür perfekt, nach seinen Einsätzen in Indochina und Algerien als Fallschirmjäger war er poujadistischer Abgeordneter in der Nationalversammlung und Wahlkampfleiter von Tixier-Vigancours in den 60ern (Vgl. Schmidt S.91).

Mit seinem Auftreten war er außerdem der Prototyp der später entstehenden <Neuen Rechten>. Ein Populist sondergleichen, mit eingängigen Parolen und inszenierten Auftritten, der es nicht scheut, mit regelmäßigen Skandalen um seine Person, sei es wegen Äußerungen oder sogar Handgreiflichkeiten, auf sich aufmerksam zu machen und somit durch die damit hervorgerufene mediale Berichterstattung über Jahrzehnte an Popularität zu gewinnen.

*„... so bezeichnete er doch andernorts z.B. die Gaskammern von Auschwitz als „Detail“ der Geschichte des zweiten Weltkrieges, den Minister Durafour verunglimpfte er mit einem antisemitischen Wortspiel und der belgische Faschistenführer Leon Degrell galt ihm als „Monument“ des Zweiten Weltkrieges“* (Schmidt 2003, S. 104f)

## 5.2 Der Front National ab 1973:

Trotz der oben beschriebenen Kräftebündelung der Rechten und Rechtsextremen in Frankreich mit dem Versuch, die Partei politisch zu etablieren dauerte es einige Jahre. Besonders die innerparteilichen Richtungskämpfe der Front National hinterließen ihre Spuren. Die ehemaligen Mitglieder des „Ordre Nouveau“(ON) wollten sich mit den Gemäßigteren um Le Pen nicht auf eine gemeinsame Linie einigen und so trennten sich die ON-Mitglieder vom Front National, der aufgrund eines Gerichtsurteils den Namen behalten durfte.

Der abgespaltene Ordre Nouveaux musste sich ein Jahr nach der Trennung von der FN, nach einem Parteienverbot in „Parti des forces nouvelles“(PFN) umbenennen um mit diesem Namen in die Politik zurückzukehren.

Von 1974 bis 1981 war die PFN daraufhin die wahlpolitisch erfolgreichere, sowohl höhere Medienpräsenz als auch eine größere Mitgliederzahl belegten das. Beide erreichten allerdings nie 1% (Vgl. Zinell, Adelheid S.181-183).

Die „zu moderate“ FN überstand die Wahlschlappe 1981 allerdings weit besser als die PFN, die sich danach auflöste. Dies erleichterte der FN das politische Überleben sichtlich, jedoch scheint nicht nur das der Grund für den Erfolg bei den Wahlen danach:

„Die scheinbar überraschenden Wahlerfolge ab 1983 kamen jedoch keineswegs aus dem Nichts. Ihnen vorangegangen waren organisatorische und programmatische Veränderungen. Erstens gelang der FN und Le Pen, sich nach den Querelen der vorangegangenen Jahre als dominante Kraft im rechtsextremen und populistischen Lager durchzusetzen“ ...“Zweitens wurde der FN in seiner Programmatik unter Beibehaltung rechtsextremer Elemente populistischer“(Schmidt 2003, S.92).

Mit Sicherheit war allerdings auch die Programmänderung des Front National 1978 für das Erreichen größerer Stimmanteile mit verantwortlich, nämlich die starke Fokussierung auf die kulturelle nationale Identität sowie die strikte Ablehnung von Immigranten.

Der taktische Fehler von Präsident Mitterand lässt sich in diesem Zusammenhang auch nicht bestreiten. Sein Versuch der Entdämonisierung Le Pens in öffentlichen Debatten muss mitverantwortlich gemacht werden. Besonders via TV vergrößerte Le Pen durch seine Schlagfertigkeit und seine rhetorischen Talente die Zahl der Anhänger. Auch die erste größere

Finanzierung durch die Moon-Sekte 1984 bei der Europawahl scheint dadurch zustande gekommen zu sein (Vgl. Zinell, Adelheid 2005 S.185).

Dieser taktische Fehler Mitterands war nicht nur, den FN mediale Möglichkeiten zu gestatten sondern lag auch darin, einen Vertrauensverlust bei den linken Wählern hinnehmen zu müssen. Dies erfolgte aufgrund der Öffnung der linken Parteien Richtung Liberalismus und weg vom Klassenkampf. Dies verunsicherte die Arbeiterklasse, erstens da sie sich politisch nicht mehr entsprechend repräsentiert fühlten und sich deswegen zweitens der <linke Klassenbezug>(classisme de gauche) langsam aber stetig auflöste(Vgl. Gauthier 2004 S. 59).

Durch die oben genannten Faktoren gewann Le Pen 1984 bei den Europawahlen 11% der Stimmen und konnte somit den ersten echten Wahlerfolg feiern. Durch den Wahlsieg bestätigt konnte Le Pen mit der FN 1986 auf nationaler Ebene 35 Sitze im Parlament erringen.

In den Folgejahren konnte sich die Front National auf hohem Niveau stabilisieren und erreichte bei den Wahlen 1988 14,4% und 1995 15% (Vgl. Schmid S 2003 S. 92-93)

Die Spaltung 1999, mit dem darauf folgenden Rückgang der Stimmen zum Europäischen Parlament auf 5,7% schien kurz später vergessen(Vgl. Zinell, Adelheid 2005 S.194).

Die Präsidentschaftswahlen 2002 waren seine politische Sternstunde, Le Pen erreichte in den Vorwahlen unglaubliche 16,9% und trat somit in der Stichwahl gegen Chirac an, wo er 17,9% der Stimmen erreichte. Die mediale Resonanz im In-und Ausland war dementsprechend.

Nach diesem Erfolg konnte sich die FN jedoch nicht mehr dermaßen als Anti-Establishment-Partei positionieren und musste 2007 einen kleinen Rückschlag mit immerhin noch 10,4% hinnehmen. Somit war Le Pen nicht in die Stichwahl gelangt.

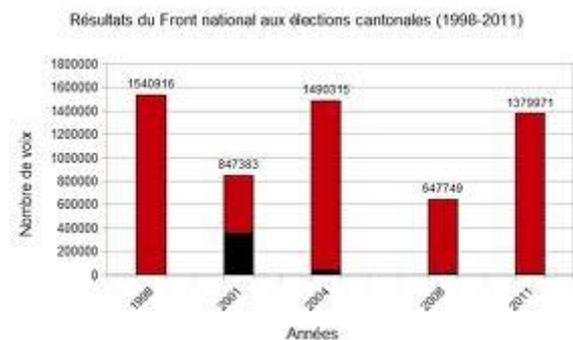
Dies lag jedoch am politischen Standpunkt des späteren Präsidenten Sarkozy, der laut Bremer: „Mit harten Tönen zur Einwanderung und Kriminalität hatte der heutige Präsident Nicolas Sarkozy der Partei die Hälfte ihrer Wähler abgeworben“(Bremer 2008: Tagesspiegel.de)

Die darauffolgenden Grabenkämpfe innerhalb der Front National haben sich weiter schlecht auf die elektorale Anziehungskraft Le Pens ausgewirkt, auch wenn der die 5% bei der Europawahl 2009 mit 6,3% schaffte. 15 Jahre durchgehende bei allen Wahlen diese Hürde zu schaffen zeigt, dass sich die FN im Parteienspektrum Frankreichs stabilisiert hat.

Zwar wird seit einiger Zeit medial und auch wissenschaftlich der Untergang der Partei proklamiert, jene Thesen müssen aber nochmals überdacht werden:

„der schleichende Niedergang der Nationalen Front hat sich bereits in anderen Wahlergebnissen seit dem Triumph des 21.4.2002 abgezeichnet. Bereits in der Stichwahl am 5.Mai gelang es dem Rechten nicht, neue Wählerschichten zu erschließen. Bei der anschließenden Parlamentswahl im Juni erzielte die FN nur gut 11 Prozent. Noch tiefer sank sie bei der Europawahl 2004 mit 9,8%, kaum besser schnitten die Rechtsradikalen im gleichen Jahr bei der Regionalwahl ab.“(Vgl. Handelsblatt am 23.4.2007 <http://www.handelsblatt.com/politik/international/der-grosse-verlierer/2798864.html>, am 29.11.2011)

Auch wenn zu diesem Zeitpunkt der Niedergang der Partei zu kommen schien, belehrten die französische Rechtsextreme ihre Kritiker eines Besseren. Es gibt zwar 2004 verschiedenste Gründe dies zu proklamieren, wie zum Beispiel das eklatante Versagen bei der Verwaltung von Toulon, der Verlust des Bürgermeisters von Vitrolles. Das Faktum, das FN-Vertreter, in ihrer regionalen Regierungszeit demokratische als auch rechtsstaatliche Befugnisse überschritten, sich selbst bereicherten und dafür schlußendlich vor Gericht für schuldig befunden wurden als auch das Überlaufen wichtiger Funktionäre zu Chiracs UMP. Jedoch wurden diese nicht unwichtigen Faktoren damals in der langfristigen Auswirkung auf die Wählerschaft überschätzt.



Zu deren damaliger Auslegung kommt noch dazu der Rückgang der FN Wählerschaft in den großen Ballungszentren, hin zu deren Rand, weg von den Städten in ländliches Gebiet, weg von den direkten Berührungspunkten mit Migranten, hin zu homogenen Gebieten. Außerdem die Regionen mit hoher Mobilität der Bewohner und geringer sozialer Integration (Vgl. Gauthier 2004, S.51).

Der radikale Schwenk der UMP 2004 unter dem jetzigen Präsidenten Sarkozy und der hat auf „innere Sicherheit gesetzt und fremdenfeindliche Ressentiments bedient, dass die

Rechtsextremen dagegen als Konsenspartei auf Kuschelkurs erschienen.“  
(<http://www.tagesschau.de/ausland/lepen104.html>, abgerufen am 10.11.2011)

Dies wurde 2004, vor den Wahlen, von verschiedenen Wissenschaftlern als Schwächung der FN gedeutet. Es scheint jedoch 2011 in anderem Licht, nicht als Schwächung, sondern als Diversifizierung der Wählerschicht.

Als klassische Wähler gelten außer den bekennenden rechtsextremen Franzosen Personen, die sich in der politischen Landschaft nicht repräsentiert fühlen. So sind zirka 25% der Arbeiter, 19% der Angestellten, 32% der Arbeitslosen, 23% der schlecht ausgebildeten und nur 12% der Maturanten bzw. 7% der Uniabsolventen unter den Wählern der FN (Vgl. Gauthier 2004 S.49).

Bis zur Öffnung der Linken unter Mitterrand waren diese Gruppen klassisches Wählerpotential der Linken bis hin zur extremen Linken, den Kommunisten. Doch schaffte Le Pen es über die Jahrzehnte hinweg, mit der Positionierung als Anti-Establishment-Partei, sich diese Wählerströme zu sichern.

Seine radikalen und fremdenfeindlichen Mottos (z.B. Ihr habt die Einwanderung gemocht, ihr werdet die Islamisierung lieben), sowie das Vergessen des Staates auf funktionierende Strukturen und Vereine für die Bevölkerung geben der FN erst die Chance sich zu entfalten.

Mit den oben dargestellten Prozenten der Wählerschaft ist zwar eine Tendenz auszumachen, allerdings kann man aufgrund verschiedener Wahlanalysen feststellen, dass die Hochburgen der FN nicht wie gedacht in Gegenden liegen, die einen hohen Anteil an Arbeitern, oder Pensionisten, einen hohen Anteil an schlecht Verdienenden oder Immigranten hat. Das regelmäßig schlechte Abschneiden in der Region Centre oder das dauerhaft gute Abschneiden im Elsass sind Beispiele dafür.

Daraus kann man schließen, dass sich der FN zwar bestimmten Wählerschichten annimmt, sich allerdings über regionale Stärken zu suchen ist.

Die Ausbreitung der Wählerschaft der FN lässt sich nur durch schon existierende Parteistrukturen der politischen Konkurrenz aufhalten. Dies lässt sich aufgrund der Wahlgeographie verdeutlichen, die die Ansteckung der Nachbargebiete über die Jahrzehnte aus verwurzelten Gebieten wie eben dem Elsass oder Südfrankreich zeigt. Nur in homogenen Gebieten oder großen Ballungszentren lässt sich ein Hindernis für den Einflussbereich der Rechtsextremen Partei erkennen.

Der feste Bestand der Wählerschaft ist auch durch Dämonisierung der Rechtsextremen Ideologie nun nichtmehr zu verhindern, laut CEVIPOF stufen 86% der Front National Wähler Le Pen als rechtsextrem ein. Dieser versteht mit Schlagkräftigen Worten sich jedoch alle anscheinend drei Seiten der politischen Medaille abzuholen. Während der Präsidentschaftswahlkampagne prägte er den Spruch er sei „sozial links, ökonomisch rechts und national für Frankreich“ (Vgl. Gauthier 2004, S.66ff).

### 5.3 Das politische Programm des Front National:

„sozial links, ökonomisch rechts und national für Frankreich“

Durch den Aufbruch der politischen Klassen seit Mitterand hat Le Pen es geschafft, so gut wie in alle Wählerschichten einzudringen. So waren zwar laut Wahlstromanalyse in ihrer prozentuellen Wichtigkeit nicht nur schlecht Gebildete, Polizisten und Soldaten sondern eben auch Selbstständige und Händler, Handwerker, Facharbeiter. Diese breite Spektrum der Wählerschaft wollte Le Pen Mitte der 90er Jahre dazu nutzen, um sich eine homogene Wählergruppe zu sichern, um langfristig an die politische Macht zu kommen:

*„Kein Verantwortlicher der FN hat jemals von einer eventuellen Minderheitsbeteiligung an der Regierung gesprochen. Diese Partei will nicht an der Macht teilhaben, sondern die Macht ausüben. Tatsächlich hat sich die FN fortan nur dort an kommunalen Regierungen beteiligt, wo sie selbst die Mehrheit hatte.“* (Gathier, 2004 S. 66)

Dies versucht der Front National weder mit etatistischen Mitteln noch mit Liberalismus, sondern mit seinem proklamierten 3. Weg. Dieser wurde von Megrét für die Partei akribisch herausgearbeitet:

*„Er (der 3. Weg, Anm. des Red.) geißelt den Freihandel und die Kommerzgesellschaft, er wirbt für einen neuen Protektionismus, für den Schutz der kleinen Unternehmen, für den nationalen Bruch mit dem >>Globalismus<< für das Primat des Politischen und der Rehabilitierung des Sozialen, ohne deswegen das Privateigentum oder den Profit in Frage zu stellen“ ... „Ihr politisch-ideologischer Diskurs fördert die Zersetzung solcher Konzepte wie Solidarität, Gleichheit und Universalität der Rechte. Sie (die Partei, Anm. des Red.) denunziert die >>Menschenrechtelei<<, denn für sie liegen die Rechte nicht auf der Ebene*

*des Individuums, sondern auf jener einer >>authentischen<< Wesenheit. Sie trägt systematisch zum Verwischen der Umrisse der Klassenseinandersetzung, von Links und Rechts bei.“(Gauthier 2004 S.64)*

Dieser 3. Weg des Front National wird durchgehend nach außen getragen und mehr oder weniger, dem aktuellen Klientel angepasst, vermittelt. Allerdings ist wie schon beim Vlaams Belang zu bemerken war, ein vehementer Unterschied zwischen Außenwirkung und Parteiprogramm bzw. Parteiideologie zu bemerken. Die Donktrin kann man an folgenden Punkten festmachen:

- Weltanschauung ist pessimistisch. Alle europäischen Völker, Nationen oder Gemeinschaften sind über kurz oder lang in Gefahr. Das gefährdete WIR soll nicht in einer Evolution, sondern in einer Revolution das Land verändern.
- Die Globalisierung und die EU sind schlecht und für die Immigration verantwortlich. Der Sinn darin liegt, die inneren Bande des französischen Volkes zu zerreißen, und somit die Stimme des Volkes zu unterdrücken.
- Immigranten sind Schuld an der Kriminalität und der Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse.
- Einführung der Todesstrafe.
- Demokratie kann nur auf dem Schmelztiegel des wahren Volkes, der Gemeinschaft von Männern und Frauen, die einander in Sprache, Kultur, Glauben, Geschichte und Blut als miteinander verbunden anerkennen entstehen.
- Frauen zurück an den Herd.
- Interventionsmöglichkeiten der einheimischen Völker mit Mitteln der direkten Demokratie.
- Globalisierungsfeindlichkeit und Antiamerikanismus als Grundlage für autoritären, xenophoben Nationalismus.
- Ängste und Verunsicherungen der Transformation der Gesellschaft ausnutzen und verstärken.
- Die Uneinigkeit der französischen Bevölkerung und Basis kann nur durch den uneingeschränkten Handlungsspielraum eines Einheit stiftenden Führers gewährleistet werden (Vgl. Gauthier, S.62f).

## 5.4 Methoden zur Stimmenmaximierung:



Die Art des Wählerzuwachses erfolgt natürlich vom zeitlichen und elektoralen Entwicklungsstandort der FN.

So war zur Gründung der Partei die Rückgewinnung Algeriens, sowie die rechtsextreme Weltanschauung der entscheidende Faktor, um auf über 1% zu kommen. Dabei mussten verschiedene rechtspopulistische und rechtsextreme regional und national organisierte Gruppierungen entweder eingebunden werden, oder über den Zeitfaktor und die Parteistruktur geschlagen werden.

Ab 1982/83 und der Chance, die Mitterrand und die Linke Frankreichs dem FN und Le Pen gegeben haben erweiterte sich auch das Wählerspektrum. Die Arbeiterschaft und die Arbeitslosen, sowie die sozialen Verlierer fühlten sich zum Teil nicht mehr politisch vertreten und wanderten entweder in die Nichtwählerschaft oder zu FN.

Mit der Anti-Establishment- und der Anti-EU-Strategie erreichte Le Pen bis Mitte der 90er Jahre eine nicht zu unterschätzende Basis. Um diese arbeitende Klasse verstärkt für sich zu gewinnen, begann die FN gegen die Gewerkschaften und ihnen vorzuwerfen, sie

*„besäßen Macht und Privilegien, in einem Umfang, der in keinem Verhältnis stehe zu ihrer tatsächlichen Anhängerschaft; ihrem Repräsentationsmonopol müsse ein Ende gesetzt werden“*(Gauthier 2004 S. 67).

Mit dieser Taktik versuchte der FN von 1996 bis 1998 sich in den verschiedenen berufsständischen Institutionen(Handelskammer, Handwerkskammer, Arbeitsgerichte..) zu etablieren. Außerdem wollte der FN eine eigene Gewerkschaft unter demselben Namen erschaffen, um so direkten Einfluss und Nähe zu den Arbeitern zu erlangen.

Als Ziel wurde eine neue Gewerkschaft gegen die marxistischen Klassen(vgl. Le Front national au travail. Informations syndicales antifascistes. Ed. Syllepse, Paris 2003).

Der Versuch gegen die vier großen Parteien mit einem Anti-Establishment- Wahlkampf brachte aufgrund der energischen Reaktion der Gewerkschaften in den großen Fabriken wenig ein.

Das Verbot des obersten Gerichtshofes, als Partei eine Gewerkschaft zu gründen, tat seinen Teil dazu die Einnistung der FN in den Gewerkschaften zu verhindern.

Daraus zog die FN den Schluss, sich von den großen Unternehmen auf die Arbeiter und Angestellten in den KMUs umzuschwenken und sich auf diese zu konzentrieren.

## 5.5. Marine Le Pen:



Durch den Schwenk Sarkozys und der UMP vor den Präsidentschaftswahlen 2007 hin zur Sicherheitspartei mit Ressentiments gegen Immigranten brachte den FN an den Rand des Abgrundes. Nicht nur der Verlust vieler Wählerstimmen, sondern auch der Austritt einer großen Zahl an Mitgliedern in den Folgejahren war ein herber Rückschlag, besonders finanziell. Der Wiederaufbau des FN in den folgenden drei Jahren durch Jean-Marie le Pen gipfelte nun mit der Wahl seiner Tochter im Jänner 2011 als neue Chefin der FN. Die jüngste Tochter J.M. le Pens, die bis 1998 Anwältin war und seitdem in der FN tragende Funktionen innehat versucht seit der Wahl zur Chefin des Front National die Partei zu modernisieren und zu entdiabolisieren.

Die Hoffnung, dadurch eine weniger radikale Strömung im FN zu erkennen scheint dabei nicht angebracht, auch wenn man den ersten großen Eklat durch Marine le Pen vor der Wahl zur neuen Parteichefin durchaus als medial inszeniert betrachten kann. Die Aussage „es gibt keine Panzer, aber eine Besatzung ist es dennoch“ scheint die für die Wahl notwendige und von ihr gewollten mediale Inszenierung und Aufmerksamkeit gebracht zu haben:

„Anfang Dezember wettete Marine Le Pen von der rechtsextremen Front National gegen die Ausbreitung des Islam, Straßengebete von Muslimen verglich sie mit der Okkupationszeit der Nazis. *„Das ist eine Besatzung von Teilen staatlichen Territoriums“* Aber erst als sie im Fernsehen ihre Bemerkung wiederholte erhob sich in Frankreich ein Sturm der Entrüstung. *Der Eklat war gewollt, er sorgte für die gewünschte Publizität.*“  
(<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,739473,00.html>, abgerufen am 10.11.2011)

Immerhin musste Marine die Funktionäre und Abgeordneten der FN davon überzeugen, weiterhin eine harte Linie in diesem Thema zu fahren. Außerdem ist mit dieser Aussage schon der neue Schwenk der Parteilinie erkennbar. So waren es während dem Aufbau und der Leitung der Front National durch ihren Vater Juden, Homosexuelle, Frauen, Amerikaner, die Globalisierung oder die EU die Feindbilder so hat sich neben dem Establishment nun der Fokus gegen die Muslime gewandt:

*„Heutzutage seien französische Straßen jeden Freitag von betenden Muslimen besetzt. Es gebe Orte, »in denen es nicht gut ist, Frau zu sein, homosexuell oder Jude, nicht einmal französisch oder weiß«. Damit deutete sie erstens eine Absage an Antisemitismus, Homophobie und Vergangenheitsfixiertheit an, gewann zweitens dennoch den Beifall der versammelten Ultrarechten – und stellte drittens sicher, dass ein Sturm der Entrüstung ihren Auftritt bis in den letzten Haushalt bekannt machte.“* (<http://www.zeit.de/2010/51/Frankreich-Marine-Le-Pen>, 17.12.2010 abgerufen am 29.11.2011)

Mit dieser Taktik versucht Marine le Pen auf der einen Seite den rechten Rand zu bedienen, auf der anderen Seite versucht sie durch Arbeits- und Sozialthemen aus dem FN eine Volkspartei zu machen. Die Themen der Anti-Globalisierung und der Austritt aus dem Euro-Raum sind dabei nicht neu auf der Agendaliste des FN.

Auch wenn Marine im Jänner gegen Bruno Gollnisch nur 68% der internen Stimmen erhielt scheint ihr politischer Aufstieg und damit der des FN nicht zu verhindern. Die Sozialisten sowie die Konservativen der UMP unterschätzen Marine Le Pen, deren Vater nun Ehrenpräsident des FN wurde, nach den Regionalwahlen mit Sicherheit nicht mehr.

Immerhin erreichte sie mit dem Front National wieder mehr als 10%. Mit den 11,7% meldete sich der FN wieder als dritte Kraft in Frankreich zurück.

Durch den Schwenk, den sie vertritt gibt sie dem FN die Chance als Volkspartei aufzutreten. Zwar sagt sie, sich zu 100% von ihrem Vater emanzipiert zu haben, seine Richtung wolle sie aber mit 300% weitergehen. Der Wandel den sie dabei mit ihrer Partei machen möchte ist gefährlich scheint aber durchaus möglich. Nicht nur die 11,7% bei den Regionalwahlen zeigen den FN mit ihr wieder im Aufwind, auch die Umfragen für die Präsidentschaftswahl garantieren ihr die Chance, sich an höheren Zielen zu orientieren. Durch ihre Popularität, die weit über der des FN liegt, und dem Faktum, dass sie von der Bevölkerung als nicht so radikal gesehen wird wie ihr Vater, obwohl sie durch ihre Aussagen keinen Grund für diese Annahme gibt, verschaffen ihr politischen Rückenwind. Das Bild der Franzosen über sie hat sich seit

der Präsidentschaftswahl 2002 gebildet und damals stimmte sie noch dezentere Aussagen an wie „Wir sind nicht fremdenfeindlich, sondern frankophil.“ Sie schaffte sich mit solchen Kommentaren eine mögliche Basis an konservativen Unterstützern und Wählern, die ihren Vater nicht gewählt hätten weil Marine es schafft so wahrgenommen zu werden wie sie es anscheinend gemeinsam mit ihrem Vater seit Jahren plant.(Vgl. [http://www.zeit.de/2004/13/Marine\\_Le\\_Pen](http://www.zeit.de/2004/13/Marine_Le_Pen), am 18.03.2004 abgerufen am 10.12.2011)

### 5.5.1 Das mediale Vorgehen der „neuen“ Marine Le Pen in Frankreich:

„Natürlich bedaure ich, dass ich es dann 2002 (Anm. des Red.) doch nicht geschafft habe. Aber ich war sozusagen die erste Stufe einer Rakete. Jetzt muss diese Rakete ihre zweite Stufe zünden. Und die wird, hoffe ich, ihr Ziel erreichen.“ Mit Stufe zwei der Rakete meint der 82-Jährige seine Tochter Marine. “ (<http://www.tagesschau.de/ausland/lepen104.html>, am 15.1. 2011 abgerufen am 10.12.2011)

Diese Aussage zeigt, dass seit 2002 und der Fokussierung auf die Tochter ein lange gehegter Plan der extremen Rechten vorhanden ist, der anscheinend Chancen auf Erfolg hat. Denn die Positionierung Marine le Pens in den letzten Jahren war zu gekonnt, um zufällig zu sein. Eines ihrer wahren Gesichter zeigte sie kurz vor der parteiinternen Wahl zur neuen Vorsitzenden:

*„Mit ihren Attacken gegen Muslime verblüfft Marine Le Pen freilich die Öffentlichkeit. Hatte die jüngste Tochter des berüchtigten Rechtsextremisten nun ihr wahres Gesicht gezeigt? Oder inszenierte sich die telegene Blonde nur als Hardlinerin, weil sie bei den Partei-Traditionalisten Rückhalt sucht?*

*Beides stimmt. Die Nähe zu Papa ist nicht der einzige Trumpf der gelernten Rechtsanwältin Marine Le Pen. Sie hat es vor allem verstanden, sich in der Öffentlichkeit als gemäßigte Alternative zu ihrem Konkurrenten zu präsentieren - als weichgespülte Version von Frankreichs Rechtsextremisten, als Populistin mit Publikumsappeal. Bei Fernsehdebatten kann sie mit Humor und verbaler Durchschlagskraft punkten.*

*Damit, so das Pariser Magazin "L'Express", ist sie aber auch "ein neues Risiko für die Republik", viel gefährlicher als ihr Vater Jean-Marie, der mit hasserfüllten Tiraden für*

*Aufmerksamkeit sorgte. "Ihre zuckersüße Radikalität kann nicht nur einen Teil der Wähler verführen, sie öffnet zudem bei den Rechtsparteien eine Falltür, die seit 1988 geschlossen war - die des Bündnisses", kommentiert das Blatt.“* (<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,739473,00.html>, vom 15.1.2011, abgerufen am 10.12.2012)

Die oben beschriebene Kombination Marine le Pens als Rechtsextreme Führerin mit Charme, Witz und Appeal scheint für Frankreich eine gefährliche Zukunft zu bringen.

Ihre Art, sich als selbständige, geschiedene Mutter dreier Kinder zu präsentieren die angeblich aus dem „France profonde“ und somit anscheinend dem wirtschaftlich und sozial benachteiligten unteren Drittel der französischen Wählerschaft kommt trifft dabei in das Herz so manches Franzosen, der von der aktuellen konservativen Regierung unter Sarkozy in der Krise enttäuscht ist. Obwohl sie mit ihrer Globalisierungskritik, dem einhergehenden Export von Arbeitskräften und dem Euroausstieg die Kernwählerschaft des FN aus der Seele spricht geht sie mit dem Thema Abtreibung weg von den katholisch-nationalistischen Unterstützern und hin zu den Frauen. Sie habe eben auch nichts gegen Muslime nur gegen radikale Islamisten(die ja die Frauen unterdrücken).

Diese zwei Punkte, das Recht auf Abtreibung sowie gegen die radikalen Islamisten, wegen der Unterdrückung der Frau schafft sich Marine le Pen eine neue Wählerbasis, die Frauen.

### 5.5.2 Ausblick auf die Präsidentschaftswahlen 2012:

Seit Marine Le Pen im Januar 2011 ihren Vater an der Parteispitze abgelöst hat, steigen die Umfragewerte für den Front National. Die neue Vorsitzende gibt sich alle Mühe, die Partei von ihrem schlechten Image zu entgiften. Da Präsident Sarkozy immer unbeliebter wird, hält sie sich für eine ernsthafte Rivalin bei den französischen Wahlen 2012 ( <http://www.monde-diplomatique.de/pm/2011/10/14.mondeText.artikel,a0043.idx,11> vom 14.10.2011, abgerufen am 29.11.2011).

Allem Anschein nach wird Marine le Pen auch die einzig ernst zu nehmende Kandidatin bei den Präsidentschaftswahlen sein. Neben Sarkozy, Bayrou und Hollande ist sie als einzige Frau durchaus in der Lage den großen Parteien Steine vor die Füße zu werfen.

Sarkozy ist seit längerem in einem Umfragetief, auch wenn durch den militärischen Sieg gegen Gaddafi, seine beliebte Frau und das neugeborene Kind noch einiges an Potential für den Wahlkampf vorhanden ist wird er sich unmöglich im ersten Durchgang durchsetzen können.

Hollande und Bayrou, sind beide leicht links der Mitte einzuordnen und bedienen somit eine ähnliche Wählerschicht, was keinem der beiden zum Sieg helfen wird. Eher ist zu befürchten, dass sie sich gemeinsam etwas weniger als 40% teilen werden und somit ein Ergebnis wie 2002 zu Stande kommen könnte.

*"Marine Le Pen ist ein Dorn im Fuß der Konservativen", erklärt der Politologe Jean-Yves Camus. Denn Umfragen zeigen, dass der Kurs der neuen Galionsfigur der Rechtsextremen, die häufig in politischen Fernsehsendungen auftritt, auch bei konservativen Wählern gut ankommt. 32 Prozent der UMP-Wähler stimmen laut einer Umfrage mit den Ideen der Front National überein, 43 Prozent können sich eine Zusammenarbeit mit der Partei vorstellen. Meinungsforscher sprechen bereits vom "Marine"-Effekt. Bis zu 18 Prozent der Wählerstimmen werden ihr laut jüngsten Umfragen bei den Präsidentschaftswahlen 2012 vorhergesagt. (Vgl. <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,739772,00.html>, am 16.1.2012, abgerufen am 10.12.2011)*

Marine le Pen wird es in dieser 4er Konstellation wahrscheinlich schaffen, sich auf Platz 2 und somit zu den Stichwahlen kommen. Die oben genannten Gründe sind dabei nochmal kurz zusammen zu fassen:

- Die extreme Rechte ist ihr bei der Wahl sicher
- Ihre telegene Art und ihr Wissen sich medial im Gespräch zu halten
- Der zusätzliche Fokus auf Frauen erschließt neue Wählergruppen
- Konservative Wähler der Mittelschicht sind mit der aktuellen Lage unzufrieden
- Ihre Anti-EU und Anti-Globalisierungshaltung macht sie bei Arbeitslosen und Franzosen mit Zukunftsangst sehr interessant
- In einer Krise kann sich eine rechtsextreme bzw. rechtspopulistische Partei leider exzellent profilieren.
- Die politische Linke teilt ihre Stimmen für Bayrou und Hollande auf.

## 5.6 Resümee:

Im Gegensatz zu den oben aufgezählten Argumenten:

Hollande wurde zuletzt ein schlechter Start seiner Kampagne vorgeworfen. In der öffentlichen Meinung aber erzielt Hollande weiterhin hohe Zustimmungswerte. Im ersten Wahlgang käme er auf 32 und Sarkozy auf 25 Prozent. Den dritten Platz nimmt bislang Marine Le Pen von der rechtsextremen Front National ein.(...) Gut vier Monate vor der Wahl scheint damit das Konzept Hollandes aufzugehen. Der Sozialist ernannte sich selbst zum "normalen Kandidaten" und setzt sich mit seiner fast offensiv vorgetragenen staatsmännischen Bescheidenheit deutlich ab vom hyperaktiven Selbstdarsteller Sarkozy. (<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,802142,00.html> vom 6.12.2012, abgerufen am 10.12.2012)

Diesem Zitat muss allerdings leider widersprochen werden. Die Gründe dafür sind vielfältig, allerdings dringend notwendig zu erläutern.

Als erstes ist auf jeden Fall zu nennen, dass Sarkozy weder seine (sehr wahrscheinliche) Kandidatur noch nicht angekündigt hat, geschweige denn mit seinem Wahlkampf begonnen hat. Dies wird aller Voraussicht erst 6-8 Wochen vor den Wahlen geschehen. Sarkozy gilt als hervorragender Wahlkämpfer mit extrem hoher Funktionärsmobilisierung womit er Hollande wahrscheinlich beinahe 10% seiner Umfragewerte entreißen kann. Den Staatsmann kann Sarkozy im Wahlkampf hervorragend präsentieren: Gadaffi, Euro-Rettung inklusive seinen Aussagen gegenüber Cameron sind dabei sicher ein Trumpf. Mit Carla Bruni und seiner neuen Vaterrolle kurz vor den Wahlen hat er noch die Sympathiewerte auf seiner Seite womit er insgesamt sowohl Durchsetzungsfähigkeit als auch eben Sympathie als Hauptaugenmerk seiner Wahlpositionierung einnehmen wird.

Der andere Grund warum die oben zitierte Prozentzahl für Hollande nicht eintreten kann, ist der noch nicht berücksichtigte Kandidat Francois Bayrou. Als Underdog kann man davon ausgehen, dass er sich auf die größtmögliche mitte-links Wählergruppe fokussiert, welche das kurz vor der Wahl auch immer sein wird. Somit wird er Hollande nochmals einiges abziehen und, im schlimmsten Fall für die politische Linke in Frankreich und meiner Meinung nach sehr wahrscheinlich, den Einzug Marine le Pens zur Stichwahl gegen Sarkozy ermöglichen bei dem ich ihr auf Grund der oben aufgezählten Punkte zwar nicht den Sieg, aber bis zu 30% zutraue.

## 6. Die Dänische Volkspartei (Dansk Folkeparti DF):



### 6.1 Populismus in Dänemark bis zur Gründung der Dänischen Volkspartei

Der Populismus in Dänemark ist schon in den frühen 70er Jahren in das dänische Parlament, das Folketing eingezogen. Die so genannte Erdrutschwahl 1973 und der Einzug von vier Protestparteien in das dänische Parlament (Folketing) gilt bis heute als Geburtsstunde der Fortschrittspartei (Fremdskriftsparti, FrP). Damals mobilisierte die Fortschrittspartei unter Gründer Mogens Glistrup nicht gegen die Immigranten und Ausländer sondern gegen die wuchernde Bürokratie und die Steuerbelastung. Mit 15,9% wurde die Partei damals kurz nach der Gründung zweitstärkste Partei hinter den Sozialdemokraten und somit eine echte Alternative. Die Annäherung der bürgerlichen Regierung vor den Wahlen an die sozialdemokratischen Ideen mit der Einführung höherer Steuern und einem Ausbau des Wohlfahrtsstaates kann als Mitgrund für diesen Wahlerfolg genannt werden.

Auch wenn die Fortschrittspartei Mitte der 80er Jahre, in denen es einen relativ hohen Zuzug von Asylanten und Flüchtlingen gab, das Migrations- und Ausländerthema entdeckte war es nicht der ursprüngliche Fokus der Partei.

Die Fortschrittspartei galt in der dänischen Politikszene als nicht regierungsfähig aufgrund verschiedenster Grabenkämpfe und dem Faktum, dass der millionenschwere Gründer Glistrup 1984 den Vorsitz der Partei auf Grund der Verurteilung der Steuerhinterziehung und der einhergehenden dreijährigen Gefängnisstrafe nicht weiter innehaben konnte.

Als er 1987 wieder auf den Vorsitz pochte und dies auch mit der anarchistischen, protestorientierten Fraktion in der eigenen Partei durchsetzte war der Weggang von Pia Kjærsgaard, der späteren Gründerin der dänischen Volkspartei nur mehr eine Frage der Zeit. (Vgl. Decker 2000, S.127-138)

Pia Kjærsgaard veränderte die Parteilinie während ihres Vorsitzes richtungsweisend für die spätere Dänische Volkspartei. Die Änderung der Politik der Fortschrittspartei hatte drei schlagkräftige Gründe, erstens die Verurteilung mit der Gefängnisstrafe des Parteigründers Morgen Glistrups und zweitens den darauffolgenden Richtungskämpfen in der Partei. Dritter Grund waren die schlechten Umfrage- und Wahlergebnisse, deshalb begann die Partei das Thema Immigration und Flüchtlinge für sich zu entdecken.

Um den Erfolg dieses Themas zu verstehen muss man die demographische Entwicklung des Landes vor Augen haben. 1967 war die Anzahl der ausländischen Facharbeiter zirka bei 10.000 und damit 0,2% der Bevölkerung, und Dänemark damit eines der homogensten Bevölkerungen der Welt. In den 1980ern änderte sich dies allerdings rasant, innerhalb dieses Jahrzehnts, bis 1993 stieg die Zahl auf 130.000 Immigranten an. Im Gegensatz zu den Einwanderern in den 60ern und 70ern waren dies weniger Facharbeiter die ins Land geholt wurden, sondern Flüchtlinge und Asylanten. So veränderte sich das Straßenbild Dänemarks innerhalb kürzester Zeit für jeden Bürger bemerkbar. Anzumerken ist dabei, dass Dänemark 1989 mit 4% Ausländeranteil und 2001 7% Anteil immer noch einen der geringsten Immigrantenanteile der EU hat.

Das Faktum, plötzlich im eigenen Land mit anderen Kulturkreisen in Berührung zu kommen, trotz der geringen Prozentanzahl aber in sehr kurzem Zeitraum, hinterließ seine Spuren in der Zusammensetzung der dänischen Gesellschaft und gründete den Nährboden für den Erfolg der späteren Volkspartei. Die wirtschaftliche Krise und die einhergehende Arbeitslosigkeit in den 1980er und frühen 90ern waren gemeinsam mit den Flüchtlingen ein Grund für den wiederaufkeimenden Erfolg der Fortschrittspartei und später der Volkspartei.

Als Voraussetzung für die Gründung der Volkspartei muss noch der weit rechts stehenden Kreis der intellektuellen „Dänischen Vereinigung“ 1987 anerkannt werden, die sich zum Ziel setzte das

*„Migrationsthema als „Kernproblem der dänischen Gesellschaft in die öffentliche und politische Debatte zu bringen.““ (Rydgen 2006, S.172)*

Zum 10. Jahrestag 1997, verkündete der Vorsitzende der Partei stolz dieses Ziel erreicht zu haben.

Als weitere strukturelle Voraussetzung für den Erfolg muss die geringe Hürde von 2% für den Einzug ins Folketing gesehen werden und damit das geringe Risiko, des Stimmverlustes bei Abgabe für eine neue Partei.

## 6.2 Die Dänische Volkspartei ab 1994:



1994 trat Pia Kjaersgaard mit einigen anderen Mitgliedern aus der Fortschrittspartei aus, um 1995 die Dänische Volkspartei(DF) zu gründen. Einige prominente Mitglieder der oben genannten Dänischen Vereinigung wurden bei der ersten Wahl aufgestellt.

1998 trat der politische Neuling erstmals an und erreichte gleich 7,4 Prozent der Stimmen. Die Erhöhung 2001 des Wähleranteils auf 12% und 2005 auf 13,2 Prozent veränderte die politische Landschaft in Dänemark langfristig.

Die Dänische Volkspartei hat im Gegensatz zu dem Belgischen Vlaams Belang oder dem Front National in Frankreich nie eine Dämonisierung erlebt. Das liegt einerseits daran, dass die Partei im Gegensatz zu den beiden nicht aus rechtsextremen und gewaltbereiten Gruppen gegründet wurde sondern aus der populistischen Fortschrittspartei und andererseits an der medialen Aufmerksamkeit und der positiven Berichterstattung in Dänemark selbst.

Im Gegensatz zu internationalen Medien und Bevölkerung wurde die Dänische Volkspartei(DF) nicht als rechtsextrem angesehen bei der es nötig wäre einen Cordon sanitaire wie bei den anderen genannten anzuwenden.

Ein anderer wichtiger Faktor war die Anbiederung der traditionellen Parteien Dänemarks an die rechtspopulistische, medial und elektoral erfolgreiche Art zu kommunizieren, dabei wurde zum Teil probiert, die DF rechts zu überholen.

Der damals noch sozialdemokratische Parlamentsabgeordnete und Fraktionsvorsitzende der Sozialdemokraten, Mogens Camre, erläuterte das Ausländerthema im Fernsehen 1998 dementsprechend:

„Viele der Immigranten werden falsch ernährt, weil ihre Männer ihren Reichtum und ihre Vermögen dadurch zeigen wollen, dass sie ihre Frauen dick und fett halten. Wenn ich Immigranten in ihren großen Autos herumfahren sehe, schwant mir, dass sie ihr Geld nicht auf anständige Weise verdienen haben[...] Sie sind hochkriminell; sie fahren in großen Wagen herum, sie tragen zu teure Kleidung und ihre fetten Ehefrauen gebären eine Menge Kinder. (Rygdren 2006, S.173)



Mogens Camre

Trotz einer derartigen Aussage wurde Camre nicht aus der Partei geworfen, aus der Angst heraus, dadurch noch mehr Wählerstimmen zu verlieren. Als politisch dramatisch darf danach gesehen werden, dass Camre 1999 selbst zur Volkspartei gewechselt ist und somit die Legitimation der Politik der DF einen erneuten Schub gab.

Diese Akzeptanz in Medien und Gesellschaft verhalf der Partei 2001 mehr oder weniger in die Regierung. Auch wenn sie nicht mit am Koalitionstisch saßen, war die DF durchgehend der Mehrheitsbeschaffer für die Minderheitsregierung unter Anders Fogh Rasmussen und seiner liberal-konservativen Regierung. Durch diesen Status konnte sich die Volkspartei nicht nur stabilisieren, sondern schon sechs Jahre nach der Gründung durch ihr blackmail-Potential direkt in die Politik eingreifen.

Durch die indirekte Koalition konnte die Partei eine Meinungsführerschaft in den Themen Integration und Immigration herausarbeiten und eine große Akzeptanz bei den Dänen erreichen, auch wenn diese zum Großteil die DF nicht als unterstützenswert ansahen so wird ihre Positionierung zumindest als legitim betrachtet.(Vgl. Volquardsen 2007 S.12)

Auch in der Presse und im Staatsfernsehen werden Spitzenpolitiker der DF als Experten zum Thema Migration betrachtet und dementsprechend häufig als Interviewpartner befragt. Zum Beispiel gilt Sören Krarup, der Gründer der Dänischen Vereinigung und Parlamentsabgeordneter der DF, als Experte und beliebter Interviewpartner, in einer der auflagenmäßig bedeutendsten Zeitungen Dänemarks, dem Ekstrabladet. Außerdem hat er darin mittlerweile weit über 200 Beiträge verfasst.

Im Wahlkampfjahr 2001 wurde außerdem Pia Kjærsgaard beinahe genauso oft im Fernsehen zum Thema Migration interviewt wie der Minister für Einwanderungsfragen(Vgl. Karpantschhof 2002).

Aufgrund der medialen Dominanz des Migrationsthemas sahen sich alle anderen Parteien dazu gezwungen Stellung zu dem Thema zu nehmen und außer der *Radikale Venstre*, der diametral agierte, passten sich alle Parteien mehr oder weniger der Linie der Dänischen Volkspartei an.

### 6.3 Das Programm der Dänischen Volkspartei:



Das Programm ist so auf der Homepage der DF in diesem Wortlaut zu finden und wird von mir durch Zitate der DF Abgeordneten ergänzt, um das wahre Bild der DF auf Staat und Gesellschaft aufzuzeigen. Um die Wissenschaftlichkeit zu erhalten, muss das Dogma entsprechend aufgezeigt werden und wird mit Zitaten vertieft um einen objektiven aber tiefgreifenden Einblick in die Denkweise der Partei zu bekommen: die folgenden Punkte wurden am 15.12.2011 von der Homepage der DF ([http://www.danskfolkeparti.dk/Dansk\\_Folkeparti\\_%E2%80%93\\_Die\\_D% C3% A4nische\\_Volkspartei\\_Grundsatzprogramm\\_Oktober\\_2002.asp](http://www.danskfolkeparti.dk/Dansk_Folkeparti_%E2%80%93_Die_D% C3% A4nische_Volkspartei_Grundsatzprogramm_Oktober_2002.asp)) abgerufen und können als Zitat angesehen werden, um Übersichtlichkeit zu garantieren, werden allerdings nur die vertiefenden Zitate entsprechend gekennzeichnet:

- **Das übergeordnete Ziel der Dänischen Volkspartei besteht darin, die Souveränität Dänemarks zu erhalten, die Freiheit des dänischen Volkes im eigenen Land zu sichern sowie die Demokratie und die Monarchie zu bewahren.**

Wir sind durch unser dänisches Kulturerbe und die Verantwortung einander gegenüber als Volk verpflichtet. Aus diesem Grund wollen wir die äußere und innere Sicherheit unseres Landes stärken.

*„Die von Pia Kjaersgaard geführte DPP(engl. Für DF, Anm. des Red.) eröffnete ihre "Nein"-Kampagne bewusst genau am 60. Jahrestag der deutschen Invasion Dänemarks. Sie verglich den Euro mit Hitlers Reichsmark. [...] Das DPP-Führungsmitglied Carl Christian Ebbesen sagte: "Wir betrachten das nicht als Wirtschaftsprojekt. Wir kämpfen darum, die Krone und die Werte der dänischen Gesellschaft zu erhalten. Damit meinen wir, dass die Kontrolle über die dänische Gesellschaft in dänischer Hand bleiben muss."*

(<http://www.wsws.org/de/2000/sep2000/daen-s23.shtml>, am 23.9.2000, abgerufen am 15.12.2011)

- **Die dänische Volkskirche – ‚Folkekirken‘ - ist die Kirche des dänischen Volkes.**

Das Christentum fungiert seit jeher als Richtungsgeber und Wegweiser für das dänische Volk. Das Christentum [...] für die Freiheit, die Toleranz und die Demokratie – von entscheidender Bedeutung ist. Es ist der Wunsch der Dänischen Volkspartei, dass der Staat die Volkskirche unterstützt.

Im Jahr 2000 sieht Morgens Camre das im Europäischen Parlament dementsprechend:

*„Die meisten sind nach Dänemark gekommen, um eine muslimische Gesellschaft aufzubauen. ... [Der Islam] ist nicht nur eine Religion, sondern eine faschistische politische Ideologie, die mit einem religiösen Fanatismus mittelalterlichen Ursprungs einhergeht. Er ist ein Affront, gegen die Menschenrechte und die anderen Voraussetzungen, die notwendig sind um eine zivilisierte Gesellschaft zu schaffen.“ (Rydgren 2006, S. 180)*

- **Die Souveränität und die Freiheit unseres Landes stellen die wichtigsten außenpolitischen Zielsetzungen Dänemarks dar.**

*„ So heißt es bei Camre(2001): „Für die muslimische politisch-religiöse Bewegung geht es nur um die Weltherrschaft, so wie es auch für andere fanatische Ideologien im Laufe der Geschichte nur darum ging. Da sie die Weltherrschaft nicht militärisch erlangen können, versuchen sie es, indem sie die Welt mit Menschen überfluten. Alle westlichen Länder sind von Muslimen infiltriert. [...] Der Feind ist unter uns, und er lauert überall in der muslimischen Welt.“ (Rydgren 2006, S.182)*

- **Die Aufrechterhaltung von Gesetz und Ordnung ist in einem Rechtsstaat von maßgeblicher Bedeutung. Daher müssen Verbrechen und Strafverfolgung in engem Zusammenhang stehen.**

Für das Rechtsbewusstsein der Bürger ist es von großer Bedeutung, dass Verbrechen schnell und effektiv durch Rechtsspruch und Strafe verfolgt wird.

*„Asylwerber sind oft nicht ausgebildete Analphabeten. Ich brauche sie nicht. Außerdem führe das Vorkommen von Muslimen zu Massenvergewaltigungen“  
(Süddeutsche Zeitung, am 29.5.2002)*

- **Unsere Nation basiert auf dem dänischen Kulturerbe – daher muss die dänische Kultur bewahrt und gestärkt werden.**

Unsere Kultur ist die Summe der Geschichte, der Erfahrungen, des Glaubens, der Sprache und der Traditionen des dänischen Volkes. Die Bewahrung und die Weiterentwicklung dieser Kultur bilden die Voraussetzung für das Fortbestehen unserer Nation als einer freien, aufgeklärten Gesellschaft. Wir wünschen daher umfassende Maßnahmen zur Stärkung des Dänentums - überall.

*„Dänemark multiethnisch zu machen würde bedeuten, das reaktionäre Kulturen, die evolutionsfeindlich sind, unsere bislang stabile und homogene Gesellschaft zum Zusammenbruch bringen“ heißt es im Programm der Volkspartei(Dansk Folkeparti 2001) “(Rydgren 2006, S.181)*

- **Dänemark ist kein Einwanderungsland und ist es nie gewesen. Wir wollen daher keine multi-ethnische Wandlung unseres Landes akzeptieren.**

Dänemark ist die Heimat der Dänen, und die Bürger müssen sich darauf verlassen können, in einem sicheren, sich in Übereinstimmung mit der dänischen Kultur entwickelnden Rechtsstaat zu leben. [...] Im Wahlkampf 2011 wurde der folgende Paragraph aus dem übersetzten Teil des Parteiprogramms gestrichen:

*„Die multikulturelle Gesellschaft ist eine Gesellschaft ohne Zusammenhalt und Einheit, und daher sind die schon bestehenden multikulturellen Gesellschaften auf der ganzen Welt durch fehlende Solidarität und oft auch durch offenen Konflikt charakterisiert. Es gibt keinen Grund anzunehmen, dass Dänemark dem Schicksal anderer multikultureller Gesellschaften entgehen würde, wenn wir uns fremden Kulturen unterwerfen“ (Jens Rydgren 2006, S.180)*

- **Jeder Bedürftige muss Hilfe durch ein gut funktionierendes Gesundheits- und Sozialsystem in Anspruch nehmen können.**

Laut Pia Kjærsgaard gibt es dabei allerdings ein Problem:

*„Der Premierminister steht auf dem Kopf, um all die notwendigen Behausungen zu schaffen, wenn Bürger fremder Länder an unsere Türe klopfen. Keine Ausgaben werden gescheut. An den anderen Obdachlosen ist die Regierung völlig desinteressiert. Man weiß, dass mehrere tausend Dänen ohne Dach über dem Kopf leben. Wer wird für sie Asylstädte bauen?“ (Karpantschov 2002: S.54)*

Alle übrigen Punkte dürfen durchaus als Anpassung und Teil des Populismus gesehen werden, der Vollständigkeit halber, müssen sie allerdings dokumentiert werden.

- **In Dänemark muss die konstitutionelle Monarchie erhalten bleiben.**
- **Die Familie bildet den Kern der dänischen Gesellschaft.**
- **Voraussetzung für die weitere Entwicklung unseres Landes ist ein Bildungssystem auf höchstem Niveau.**
- **Der Wohlstand unseres Landes hängt von der Gesamtarbeitsleistung des dänischen Volkes ab.**
- **Die Umwelt muss geschützt werden.**

Es ist dabei anzumerken, dass bezüglich der Einflussnahme auf die Regierung bis 2011 in diesen Punkten kein Druck ausgeübt wurde oder der Anschein entstand, dass jene Aufzählung in der Gewichtung annähernd eine gleichwertige Rolle zugeordnet wird.

## 6.4 Das Aufbrechen der Parteibindung in Dänemark:

Durch die Erosion und die Neuausrichtung der Parteibindung in allen westlichen Demokratien seit den 80er und 90er Jahren wurde die Chance für rechtspopulistische Parteien erheblich erleichtert. Eben dies geschah auch in Dänemark und die Dänische Volkspartei schaffte es nicht nur in die Hauptkonfliktlinien (cleavages) einzudringen, sondern diese auch zu verändern.

War durch die Annäherung von rechts und links wie weiter oben u.a. vor der Erdrutschwahl 1973 die Möglichkeit für Populisten geschaffen, so war die Aufweichung der ökonomischen Konfliktlinie sowie des Staatsengagements in der Wirtschaft die Grundlage auf die die DF bauen konnte (Vgl. Rydgren S.166f).

Der Grad der Annäherung der etablierten Parteien hat dazu den Nebeneffekt, dass in der Bevölkerung Misstrauen und Entfremdung gegenüber diesen geschürt wird, da die klaren Unterschiede plötzlich verschwommen sind. Die signifikanten, relevanten und wahlentscheidenden Merkmale der Parteien war nicht mehr erkennbar. In dieser politischen Atmosphäre entsteht nicht nur politische Unzufriedenheit sondern es wird nicht mehr um systemrelevante Veränderungen diskutiert, sondern nur mehr um Nischen. Eben dies führte in Dänemark zur Entpolitisierung der ökonomischen Konfliktlinie. Da diese nun entpolitisiert war, sozusagen das Ziel Wohlfahrtsstaat und wirtschaftliche Zufriedenheit erreicht war, musste eine neue Konfliktlinie an den Tag treten und diese begünstigt dementsprechend das Aufsteigen einer neuen Partei insofern sie sich dieser Konfliktlinie annimmt.

Die Wählerschaft, die die DF seit 1995 bzw. 1998 anzusprechen versucht kommt hauptsächlich aus dem Arbeiter und Angestelltenbereich, sowie den sozial benachteiligten Schichten. Diese waren bis Mitte der 90er klar dem linken Wahlspektrum anzurechnen, weil sie sich von der sozialistischen und sozialdemokratischen Partei vertreten fühlten.

Lipset meinte schon 1981, dass die Arbeiter zwar links wählen, aber nur weil sie sich in der ökonomischen Konfliktlinie von diesen Parteien vertreten fühlten, in sozio-kulturellen Fragen stimmten sie mit deren Linie jedoch nie überein, weil sie viel autoritärer eingestellt waren als ihre politische Vertretung. Da die wirtschaftlichen Ansichten, also die Verteidigung der Klasseninteressen, jedoch im Vordergrund standen erlangte der sozio-kulturelle Aspekt wenig bis keinen Einfluss auf das Stimmverhalten. Aufgrund des Bedeutungsverlustes der ökonomischen Konfliktlinie hin zum Kulturellen und Wertbezogenen ist diese Bindung

immer weniger relevant. In Dänemark sank die Bindung an die Linke durch die Arbeiterklasse immens, von 1966 bis 2001, also in 35 Jahren, von 81% zu nur mehr 41% (Vgl. Rydgren 2006 S.167f).

Für die Linke dramatisch war dabei der sukzessive Stimmverlust bei den unter 30-jährigen. Somit waren die alten Wähler zwar nicht gewechselt, die jungen aber schwer für die eigene Partei zu motivieren aufgrund des Relevanzverlustes der ökonomischen Konfliktlinie. Der Rückgang der Vormachtstellung der Parteien im linken politischen Spektrum von über 40% Anfang der Siebziger bis zu unter 30% in den letzten beiden Jahrzehnten immer öfter die konservativen Parteien an die Regierung Dänemarks gelangten. Diese Wahlergebnisse und die daraus erfolgte Machtverschiebung ging einher mit der Thematisierung anderer Themen, wie z.B. Dem Rechtsstaat, der inneren Sicherheit, der Immigration oder der Integration in die EU (Vgl. Blomquist/Green-Pederson 2002: S.11).

Die politische Linke fiel dementsprechend immer mehr in eine Ideen- und Orientierungslosigkeit, was zur Folge hatte, dass Themenführerschaft klar verloren ging. So wurde Wirtschaftspolitik oder Wohlfahrtsstaat in von nur 9% der Dänen 1998 als wahlentscheidendes Thema genannt. Der Fokus der Linken Parteien war somit nicht mehr der Fokus der Wähler und die Themenführerschaft somit verloren und deswegen der damalige Schwenk mancher Funktionäre, (siehe oben) hin zum Rechtspopulistischen scheint erklärbar.

Eben diese Orientierungslosigkeit und die damit einhergehende Mobilisierungsproblematik scheint die nächsten Jahre ein großes Problem gewesen zu sein. Dass das klassische Wirtschaftsthema als Konfliktlinie für die Sozialdemokratie verloren gegangen ist war nicht nur für dänische Linke frustrierend und verstörend. Der „dritte Weg“ der englischen Labour Partei schien dabei auch kein erfolgversprechendes Rezept und so verlor man sowohl in der Bevölkerung als auch in den Medien die Themenführerschaft an die Dänische Volkspartei. Diese ethnisierte alle Problemfelder, angefangen mit der klassischen Immigration über die Integration zu Arbeitslosigkeit und der daraus folgenden Kriminalität war die Konfliktlinie Ökonomie nicht nur in den Hintergrund getreten, sondern vergessen (Vgl. Rydgren S. 168).

Dies scheint der Grund für die Ende der Neunziger und die Wahlen darauf für die DF, da Politikverdrossenheit oder ein Problem mit der Staatsdemokratie praktisch nicht existierten. Ganz im Gegenteil, 84% der Dänen waren 1998 sehr zufrieden mit der staatlichen Politik und das Vertrauen in die Politiker war in keinem europäischen Land höher (Nielsen 1999: S.239).

Die erste Annäherung der Sozialdemokraten und der Liberalen erlaubte 1973 der Fortschrittspartei den Einzug in den politischen Raum. 25 Jahre später, 1998, als diese Konfliktlinie endgültig entpolitisiert war, erschien das Thema des sozio-kulturellen Konfliktes. Da die politische Linke dabei für einen multikulturellen Staat eintrat und die Liberale und Konservative für Recht und Ordnung, eröffnete sich eben jene Nischen für die DF, die sie seit 1995 vehement vertritt. Da die DF zuvor nicht in der Regierungsverantwortung war, konnte sie die Etablierten vor sich hertreiben und sozusagen eine „unbeschmutzte Weste“ im Bezug auf die Asyl- und Einwanderungsgesetze vorweisen. Auch aus diesem Grund konnte die Radikalität, die die Dänische Volkspartei dabei an den Tag legte, als legitim verkauft werden(Vgl. Rydgren: S.176).

## 6.5 Die Annäherung der etablierten Parteien an die Position der DF und deren Auswirkung:

Obwohl die Wahl der Dänischen Volkspartei bei den eigenen Medien und der Bevölkerung als legitimer Teil des politischen Spektrums gesehen wird, ist der Blickwinkel bei den skandinavischen, insbesondere bei den schwedischen Nachbarn differenzierter:

*„Hockt nur da auf eurer Verlängerung des deutschen Flachlandes und frisst Smorrebrod aus der Hand. Hockt nur da und sauft Tuborg, bis euch die Gerste wieder hochkommt. Hockt nur da und betreibt so lange Inzest, bis ihr wieder in der Steinzeit angelangt seid. Aber kommt anschließend bloß nicht über die Öresundbrücke gekrochen und erwartet Mitleid, wenn eure Selbstisolation eines Tages in Tristesse übergegangen sein sollte.“* (Westgard Anders 2001, „Nagot är ruttet staten Dänemark“ in Aftonbladet, 23.11.2001 übersetzt von Ebbe Volquardssen, S.13)

Obwohl die DF im Ausland dementsprechend gesehen wird, akzeptieren die anderen dänischen Parteien diese in ihrer Themenführerschaft bezüglich des sozio-kulturellen Konflikts und passen sich dem Thema entsprechend an.

In seiner Neujahrsrede 2000 erklärte der sozialdemokratische Ministerpräsident Poul Nyrup Rasmussen die Problematik der Überfremdung der Städte als vehement und forderte eine Assimilation der Immigranten an die dänische Kultur. Die Aussage seines Innenministers Karen Jespersen, der forderte kriminelle Asylanten auf eine „einsame Insel“ abzuschieben, kann in diesem Kontext als direkte rhetorische Anpassung der Parteilinie in Richtung der dänischen Volkspartei gewertet werden (Vgl. Nielsen 2004, S.85).

Diese Aussagen zeigen, dass sich die Sozialdemokraten Dänemarks 2000 dementsprechend angepasst hatten ermöglichte erst den „Flüchtlingswahlkampf“ 2001, bei dem die Themenführerschaft klar bei der DF lag. Dass dieser Wahlkampf als „Flüchtlingswahlkampf“ in die dänische Geschichte eingeht liegt zwar auch an der jahrelang andauernden rechtspopulistischen und medial unterstützten Angriffstrategie der DF, aber auch zu einem großen Teil am Fehlen anderer politischer Probleme.

Jedenfalls wurde das Thema Immigration und Integration zur großen Konfliktlinie in dem Wahlkampf von 2001. Die Einteilung der Parteien im Bezug auf deren Standpunkt in dieser Frage von Hans Jorgen Nielsen teilt seit diesem Wahlkampf die Parteien in drei Gruppen ein.

Diejenigen mit einer restriktiven Haltung zur Zuwanderungspolitik, allen voran die DF, aber eben auch der spätere Regierungschef mit seiner rechtsliberalen Partei Venstre mit populistischen zum Teil verhetzenden Werbeplakaten auf sich aufmerksam machten.

Der Wahlspruch „Zeit für Veränderung“ kann nicht als radikal angesehen werden, jedoch so manches Plakat, das damit einherging. Das rechtspopulistische Sujet dabei war u.a. ein Plakat, auf dem ein wegen Vergewaltigung verurteilte junge Einwanderer vor einem Gerichtsgebäude abgebildet waren (Vgl. Volquardsen, 2007 S. 19).

Als die zweite Gruppe in dieser Konfliktlinie wird die sozialliberale *Det Radikale Venstre* gesehen, die sich für Zuwanderung aussprach und mit der *Einheitspartei* Gewinn bei den Wahlen für sich reklamieren konnte.

Die dritte Gruppe, die keinen der beiden Kontrapunkte einnahm, sondern für moderate Veränderungen stand und somit keinen klaren Standpunkt einnahm, die *Konservative Volkspartei* und die *Sozialdemokraten*, wurde dementsprechend bei den Wahlen abgestraft.

Diese Wahl veränderte auch den Blickwinkel auf die Wählerschaft, so wurde zuvor in links und rechts kategorisiert, wird nun seit 2001, durch die neue politische sozio-kulturelle Konfliktlinie, in gut und weniger gut gebildet unterteilt. Die Wähler der ersten Gruppe, also von DF und Venstre, können großteils zu den Modernisierungsverlierern gezählt werden. Im Gegensatz dazu werden die Künstler und Gewinner der Moderne der zweiten Gruppe zugerechnet. (Vgl. Volquardsen 2007 S. 19, Rydgren 2006 S. 167ff)

Der Hauptgrund allerdings warum diese Wahl in die politische Geschichte Dänemarks eingehen wird, ist die Veränderung der politischen Zusammenarbeit. War zuerst der Konsens zwischen den Großparteien ein Faktum der politischen Kultur, so wurde mit der Regierung von Venstre und den Konservativen unter der Duldung der DF ein neues Kapitel aufgeschlagen, das 10 Jahre dauern sollte. Die restriktivere Einwanderungspolitik unter Anders Fogh Rasmussen und seiner Minderheitsregierung hat für Dänemark verschiedenste Auswirkungen:

## 6.6 Der Einfluss der DF auf die Regierung Dänemarks ab 2001:

*Die bunte Utopie.* Noch in den neunziger Jahren verbanden ausländische Beobachter mit Dänemark eher die anarchische, von Haschischwolken umwaberte »Republik Christiania« mitten in Kopenhagen, ein Signal für die Tolerierung alternativer Lebensformen. Früher als in anderen Ländern konnten Homosexuelle heiraten, und Windmühlen auf allen windumtosten Stätten schienen zu beweisen, dass das Land auch grüner als andere war. Und dann war da die historische Rettung der dänischen Juden im Jahre 1943. Die Dänen hatten also eine lange Tradition des freundlichen Umgangs mit Minderheiten (<http://www.zeit.de/2006/11/Dnemark-Text/seite-2> vom 9.3.2006, abgerufen am 21.12.2011).

Eben dieses Bild änderte sich ab der Anders Fogh Regierung dramatisch, wie Zank in seinem oben zitierten Bericht schreibt, ist Dänemark nicht mehr das was es zuvor war.

Dies soll durch drei international bekannt geworden Beispiele dargelegt werden:

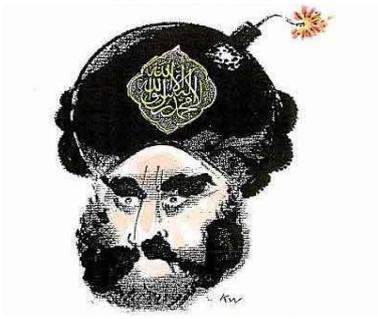
Die auch im Artikel beschriebenen Probleme der Familienzusammenführung:

*„Während eines Urlaubs in Thailand beschlossen Karuna und seine Jugendfreundin aus Sri Lanka zu heiraten. Das war allerdings nicht so einfach, denn die dänischen Behörden lehnten eine Familienzusammenführung mit der Begründung ab, zusammengenommen hätten die beiden eine viel engere Bindung an Sri Lanka als an Dänemark. Der Umstand, dass Karuna in Sri Lanka Gefängnis und Folter riskierte, war aus der Sicht der Behörden nicht erheblich.“* (<http://www.zeit.de/2006/11/Dnemark-Text/seite-4> vom 9.3.2006, abgerufen am 21.12.2011).

Denn In Dänemark gilt seit 2003, dass bei einem nicht-europäischen Ehepartner gemeinsam mehr als die Hälfte des gemeinsamen Lebenszeitraums in Dänemark verbracht werden musste. Eine Bedingung die gerade für eingebürgerte Dänen unmöglich scheint.

Entschärft wurde der Gesetzestext demnach, dass man seit 28 Jahren Däne sein müsse um ausländische Ehepartner mit ins Land nehmen dürfe, de facto als Däne geboren, widersprechen der Menschenrechtskonventionen auch dem zitierten Beispiel.

Berühmtheit erlangte die neue dänische Sicht auf Multikulturalismus jedoch durch einen anderen Fall:



Und zwar weltweit durch den Mohammed-Karikaturenstreit im *Morgenavisen Jyllands-Posten*, auch wenn man sich durchaus auf die Pressefreiheit berufen kann, so zeigt der Umgang mit dieser Problematik durch die Regierung schon auf wie in Dänemark mit anderen Kulturen und Religionen umgegangen wird.

*Der dritte international für Entrüstung sorgende Fall war die Wiedererrichtung der Grenzkontrollen innerhalb Schengens 2011:*

Die Brücke über den Öresund [...] Alle zwei, drei Tage stehen hier nun dänische Zöllner[...] "Sie durchsuchen die ausländischen Wägen, vor allem die aus Tschechien oder Polen" [...] Doch das, worauf die verschärften Kontrollen eigentlich abzielen, Drogen oder geschmuggelte Menschen, das ist noch bei keiner Durchsuchung entdeckt worden. Das sei vor allem symbolische Politik, sagt der Politologe Peter Nedergaard. Im Ausland wurden die verschärften Kontrollen allerdings heftig kritisiert, eine Verletzung des Schengen-Vertrages über den freien Personenverkehr sei das, hieß es etwa in Deutschland. Doch die dänischen Regierungsparteien sahen keinen anderen Weg, wieder einmal waren sie von der Dänischen Volkspartei unter Druck gesetzt worden. (<http://oe1.orf.at/artikel/286087>, am 14.9.2011, abgerufen am 21.12.2012)

Hiermit versuchte die DF natürlich im Wahlkampf 2011 zu punkten und schaffte es mit ihrem Blackmail-Potential wiederum die Regierung unter Druck zu setzen und die eigenen Anliegen durchzubringen.

## Folketingswahl Stimmenanteil Abgeordnete der DF

<a href="#">1998</a>	7,4 %	13
<a href="#">2001</a>	12,0 %	22
<a href="#">2005</a>	13,3 %	24
<a href="#">2007</a>	13,9 %	25
<a href="#">2011</a>	12,3 %	22

Anhand der Wahlstatistik kann man sehen, dass in Dänemark eine rechtspopulistische Wählerbasis für die Dänische Volkspartei nicht nur vorhanden ist, sondern mittlerweile seit 10 Jahren stetig über der 10% Grenze liegt und somit als langfristig gegeben angesehen werden muss. Die Regierungsbeteiligung hat die DF und ihre radikalen Ansichten gestärkt und in der politischen Landschaft Dänemarks zu einer Fixgröße werden lassen.

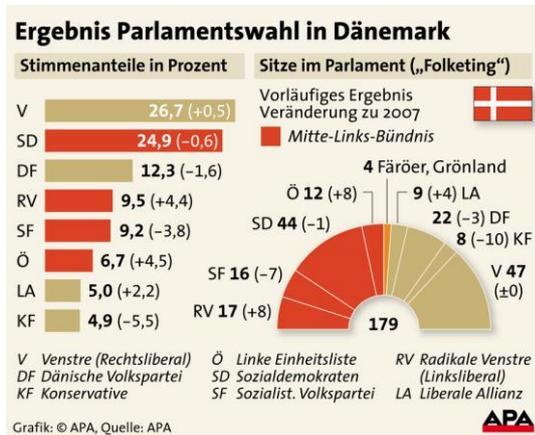
### Ergebnis 2011:

Partei	Liste	Spitzenkandidat/-in	Stimmen	Prozent	+/- %	Sitze	+/- Sitze
Liberaler Partei	V	Lars Løkke Rasmussen	947.725	26,7	+0,5	47	+1
Dänische Volkspartei	O	Pia Kjaersgaard	436.726	12,3	-1,6	22	-3
Konservative	C	Lars Barfoed	175.047	4,9	-5,5	8	-10
Liberaler Allianz	I	Anders Samuelsen	176.585	5,0	+2,2	9	+4
Christdemokrater	K	Per Ørum Jørgensen	28.070	0,8	-0,1	0	0
Sozialdemokrater	A	Helle Thorning-Schmidt	879.615	24,8	-0,7	44	-1
Sozialistische Volkspartei	F	Villy Søvdal	326.192	9,2	-3,8	16	-7
Sozialliberaler	B	Margrethe Vestager	336.698	9,5	+4,4	17	+8
Einheitsliste	Ø		236.860	6,7	+4,5	12	+8
Sonstige			1.850	0,1	+0,1	0	0

Quelle: Folketingsvalg torsdag 15. september 2011: Resultater – Hele landet: Fintellingsresultat. Danmarks Statistik, 19. September 2011, abgerufen am 30. September 2011 (dänisch).

## 6.7 Resümee und Aussicht auf die Politik Dänemarks:

Wahlergebnis 2011:



Nach 10 Jahren liberal-konservativer Politik Dänemarks ist bei den Wahlen 2011 ein Regierungswechsel herbeigeführt worden. Helle Thorning-Schmidt von den Sozialdemokraten hat nun nicht nur innenpolitisch einige Änderungen vor sich wie eine ihrer ersten Entscheidungen, die Grenzkontrollen zu stoppen, sondern auch außenpolitisch einiges vor sich, denn:

*das Land [...] habe (Anm. d. Red.) international den Ruf eines xenophobischen, muslimenfeindlichen Staates und US-treuen Nato-Vasallen eingetragen.* (<http://derstandard.at/1315006621013/Kopfes-Tages-Harte-Aufgaben-fuer-willensstarke-Gucci-Helle>, am 16.9.2011, abgerufen am 21.12.2011)

Da die linke Koalition erst seit Oktober im Amt ist, kann man zwar schon von positiven Impulsen sprechen, wie der Auflockerung des Immigrationsgesetzes oder eben der Aufhebung der Grenzkontrollen, wie dies langfristige Veränderungen insbesondere auf die DF und deren Wahlergebnisse hat, kann allerdings schwer vorausgesagt werden. Der dänische Politologe Hopmann sieht dies dementsprechend:

*„Solange die Dänische Volkspartei von Erfolg verwöhnt war, war die Linie mehr oder weniger vorgegeben. Nun könnte es schwieriger werden, diese Parteidisziplin am Leben zu erhalten. Aber deren Vorsitzende Pia Kjaersgaard ist die absolut unangefochtene Führungspersönlichkeit, an der keiner vorbeikommt. Sie wird sicherlich alles daran setzen, die Konservativen weiter zu schwächen, die drastisch bei den Wahlen eingebüßt haben. Wenn*

*jemand vom Aussterben bedroht ist, dann die Konservativen, dem Juniorpartner in der nun abgewählten Koalition.“* (<http://derstandard.at/1315006535327/Der-Wahlerfolg-hat-einen-bitteren-Beigeschmack>, am 16.9.2011, abgerufen am 21.12.2011)

Er betont in diesem Interview aber auch, dass die Politik, insbesondere der Familiennachzug sich im letzten Jahrzehnt sich so in den Köpfen der Dänen manifestiert hat, auch bei den Linken, dass hier eine dramatische Veränderung nicht sehr wahrscheinlich scheint. Dabei wird allerdings auch bemerkt, dass der Sozialhilfesatz für Flüchtlinge sofort erhöht wurde. (Vgl. ebd.)

Wenn die Regierung, die mit diesem Wahlsieg trotz allem das schlechteste Ergebnis der Sozialdemokraten seit 100 Jahren einfuhr, sich entsprechend positionieren kann und die emigrierten Dänen wieder ins Land holen kann und eine dementsprechend positive Stimmung mit dem Milliardenstarken Wirtschaftsförderprogramm schafft, dann scheint eine langfristige Regierung möglich. Wenn es der DF allerdings gelingt wie oben zitiert, die Konservative Partei bei den nächsten Wahlen zu schlucken und deren Stimmen zu versammeln sowie harte rechtspopulistische Oppositionspolitik zu machen, dann scheint es sogar möglich, dass bei den nächsten Wahlen wieder eine Regierungsbeteiligung der Dänischen Volkspartei zustande kommt, nur dann eventuell mit weit mehr als 15% und im Gegensatz zu den letzten drei Regierungen mit direkter Beteiligung und Ministerposten.

## **7. Die FPÖ in Österreich:**

### **7.1 Geschichte der FPÖ:**

#### **7.1.1 Der VdU:**

1949 wurde der Verband der Unabhängigen als Alternative zu den beiden Großparteien gegründet und sah sich nach dem Erfolg mit 11,6% bei den zweiten NR Wahlen in Österreich schon auf dem Weg zur 3. Kraft in Österreich. Das Programm war zwar auf ehemalige Soldaten und Heimkehrer zugeschnitten, jedoch erst mit der Wahl 1953 und den Querelen in der Partei selbst veränderte sich die Programmatik hin zum Deutschtum und den ehemaligen NSDAP Mitgliedern.

So war das Programm 1954 mit einem Satz zu beschreiben: „Österreich ist ein deutscher Staat. Seine Politik muss dem gesamten deutschen Volk dienen und darf nie gegen einen anderen deutschen Staat gerichtet sein.“(Zitat Fröhlich-Steffen: S. 285)

Dementsprechend verteidigte der VdU die „Ehemaligen“ und die von der Entnazifizierung betroffenen Personen mit besonderer Nähe zum Nationalsozialismus.

Aus diesem Grund und Richtungswandel war es der VdU nicht mehr möglich in der Wählergunst aufzusteigen oder gar eine Volkspartei zu werden.

### 7.1.2 Die Gründung der FPÖ:



Die Gründung 1956 aus dem VdU war eine noch stärkere Hinwendung zum braunen Milieu der Ehemaligen. Das erste Parteiprogramm 1957 erläutert bis heute die Wurzeln des 3.Lagers, die Partei sah es als ihre erste Aufgabe,

„in den deutschen Österreichern das Bewusstsein wach zu erhalten, ein Teil des deutschen Volkes mit allen sich aus dieser Zugehörigkeit ergebenden Rechten und Pflichten zu sein“  
(Zitat Fröhlich-Steffen: S. 285)

Die Absage an eine Österreichische Nation ließ sich über die Jahrzehnte immer wieder aus den Reden heraushören, insbesondere durch die Vermeidung des Wortes Nation im Hinblick auf den Staat Österreich.

Der erste Bundesparteiobmann, Anton Reinthaller, war ein langjähriges Mitglied des NSDAP und hoher Vertreter der Nazis in Österreich. 1938 wurde er Minister für Land- und Forstwirtschaft im NS-Kabinett Seyß-Inquart. Nach dem „Anschluss“ Österreichs wurde er Unterstaatssekretär in Berlin und Reichstagsabgeordneter bis 1945. In seiner Antrittsrede erklärte er:

„Der nationale Gedanke bedeutet in seinem Wesen nichts anders als das Bekenntnis der Zugehörigkeit zum deutschen Volk.“

Außerdem war er Träger des SS Ehrenwinkels als auch der goldenen Parteiabzeichens der NSDAP.

Die tiefe Verwurzelung der FPÖ in dem faschistischen NS- Regime und die entsprechende Wählerschicht sind bis heute in der FPÖ und deren Abgeordneten zu sehen wie später belegt wird.

Sein Nachfolger, der ehemalige Waffen-SS-Obersturmführer Friedrich Peter, der die für die Unterstützung der Minderheitsregierung Kreiskys eine Wahlrechtsreform heraushandelte, die das langfristige Überleben der Partei sicherte, inklusive des Herabsetzens auf eine 4% Hürde zum Einzug in den Nationalrat.

(Vgl. [http://www.austria-lexikon.at/af/Wissenssammlungen/Bibliothek/%C3%96sterreichisches\\_Personenlexikon/Peter%2C\\_Friedrich](http://www.austria-lexikon.at/af/Wissenssammlungen/Bibliothek/%C3%96sterreichisches_Personenlexikon/Peter%2C_Friedrich), abgerufen am 28.12.2011)

Seine Nachfolger Alexander Götz sowie von 1980-1986 Norbert Steger versuchten mit dem Atterseekreis und der Regierungsbeteiligung dem liberalen Flügel der FPÖ mehr Gewicht innerhalb der Partei zu verschaffen, um die Deutschnationalen zurückzudrängen.

1986 verlor er in einer Kampfabstimmung, und wahrscheinlich wegen dem Versuch die „Kellernazis“ aus der Partei zu bekommen, in Innsbruck gegen Jörg Haider eine Kampfabstimmung und die FPÖ damit die Regierungsbeteiligung.

(Vgl. [http://www.austria-lexikon.at/af/AEIOU/Steger,\\_Norbert](http://www.austria-lexikon.at/af/AEIOU/Steger,_Norbert), abgerufen am 28.12.2011)

## 7.2 Die FPÖ ab 1986 unter Jörg Haider:

Jörg Haider kam aus einem nationalsozialistischen Elternhaus, sein Vater als auch seine Mutter waren NSDAP Mitglieder, er war Gaujugendwarter und die Bund-Deutscher-Mädchen Führerin in Österreich. Beide waren betroffen durch das Entnazifizierungsprogramm in der Nachkriegszeit, ihre Verbindung zu ehemaligen der NSDAP lässt sich jedoch weiter nicht bestreiten, immerhin war Jörg Haiders Taufpate Hermann Foppa, NSDAP Abgeordneter im deutschen Reichstag. Seine spätere Mitgliedschaft in der fakultativ schlagenden Burschenschaft(später Jägerschaft) Sylvania muss als politischer Hintergrund dabei noch erwähnt werden.

Jörg Haider schaffte es innerhalb kürzester Zeit mit Hilfe der Medien die FPÖ von einer Kleinpartei zu einer mittelgroßen österreichischen Partei bis zum bisherigen Höhenpunkt, der NR Wahl 1999 mit 26,9% auf den zweiten Platz und in die Regierung mit der ÖVP.

Gleich nach seinem Antritt als Bundesobmann der Freiheitlichen 1986 und auch zuvor machte Haider mit spektakulären, und verharmlosenden Sprüchen zur NS Zeit immer wieder auf sich aufmerksam und den Sprung in die Medien. Seine Gesinnung verheimlichte er von Anfang an nicht, ganz im Gegenteil, versuchte er besonders zu Beginn mit extremen Aussagen die rechtsextreme Klientel hinter sich zu vereinen.

"Denn Walter Reder war Soldat wie Hunderttausende andere auch. Er hat seine Pflicht erfüllt, wie es der Eid des Soldaten gebietet."  
(Haider in Kärntner Nachrichten, 14. 2. 1985. Bei Reder handelt es sich um jenen österreichischen SS-Obersturmführer, der 1951 von einem italienischen Militärgericht als Hauptverantwortlicher für das Massaker in Marzabotto mit mehr als 1000 Toten zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt wurde. 1985 wurde Reder vorzeitig aus der Haft entlassen.)  
(Zitate, <http://www.doew.at/projekte/rechts/fpoe/fpoezitate.html>, abgerufen am 28.12.2011)

Mit seinem Wahlerfolg 1986 und der Verdoppelung der Stimmen wurde die FPÖ plötzlich zu einem ernst zu nehmenden Mitkonkurrenten der Großparteien und gegenüber der daraufhin bis 1999 regierenden großen Koalition ein Dorn im Auge.

Wahlwerber	Stimmen	Anteil		Mandate	
		1986	±	1986	±
<a href="#">Sozialistische Partei Österreichs (SPÖ)</a>	2.092.024	43,1 %	-4,5 %	80	-10
<a href="#">Österreichische Volkspartei (ÖVP)</a>	2.003.663	41,3 %	-1,9 %	77	-4
<a href="#">Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ)</a>	472.205	9,7 %	+4,7 %	18	+6
<a href="#">Die Grüne Alternative - Liste Freda Meissner-Blau (GRÜNE)</a>	234.028	4,8 %	n.k.	8	+8
<a href="#">Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ)</a>	35.104	0,7 %	±0,0 %	0	±0
<a href="#">Aktionsliste „Mir reicht's!“ (MIR)</a>	8.100	0,2 %	n.k.	0	—
<a href="#">Die Grünalternativen - Demokratische Liste (GAL)</a>	6.005	0,1 %	-1,3 %	0	±0
<a href="#">VGÖ - VÖGA - Unabhängige Gemeinderäte</a>	1.059	0,02 %	-1,98 %	0	±0



Mit seiner neuen populistischen und für damalige Zeiten unkonventionellen Art, ohne Krawatte, leger und volksnah, versuchte er gerade das angestaubte Bild der Politiker zu verändern und damit neue Wege zu gehen. (Vgl. <http://www.demokratiezentrum.org/bildstrategien/personen.html?index=16&dimension=>, abgerufen am 28.12.2011)

Entsprechend der beinahe Verdoppelung der Stimmen(siehe Grafik) gelang ihm dies auch, woraufhin er neben seinen regelmäßigen, wahrscheinlich beabsichtigten verbalen „Ausrutschern“ in Richtung der deutschnationalen Wähler immer wieder seine Finger in die Wunden der großen Parteien legte. Neben den politischen Skandalen der damaligen Zeit(AKH Neubau etc.) waren seine Slogans neu und volksnah.

Unbedingt zu erwähnen sind noch einige sehr ausgeprägte Phänomene der österreichischen Politik: das Proporzsystem, der Klientelismus sowie ein Grundpfeiler Österreichs nach dem zweiten Weltkrieg, die Sozialpartnerschaft, die Haider mit Vehemenz und Erfolg anprangerte.

### 7.2.1 Ausrichtungen der FPÖ am Anfang der 1990er:

Ebenso wie die zuvor behandelten Parteien etablierte sich die FPÖ sowohl als Anti-Parteien-Partei, und Anti-Establishment-Partei. Gegen den bis dahin existierenden Proporz von SPÖ und ÖVP wetterten sie ebenso wie alle rechtsextremen und rechtspopulistischen Vertreter innerhalb der EU: gegen die Immigranten und Asylanten sowie den Sozialmissbrauch. Deswegen soll in der weiteren Folge auf die Spezifika der FPÖ und ihren Wandel Bezug genommen werden und weniger auf die gerade genannten „Klassiker“ der Rechten.

Innerhalb der nächsten Jahre unter der Führung Jörg Haiders änderte sich das Parteiprogramm der FPÖ fast zyklisch vor den NR- Wahlen. War die FPÖ bis zum Volksbegehren 1993 mit einem liberalen Flügel gekennzeichnet änderte eben dieses schließlich mit dem Austritt Heide-Schmidts sowie den restlichen Liberalen Freiheitlichen und deren Gründung des Liberalen Forums, sowie den Ausschluss aus der Liberalen Internationalen. Außerdem war somit die Befürwortung für einen EU-passé, sobald die Großparteien ihre Österreich-neutral-patriotische Politik hin zur EU wandten.(Vgl. Fröhlich-Steffen S.286)

"'Ich sage euch', prophezeit Jörg Haider, wenn Österreich der EU beitrete, werde dieses Land 'fremdbestimmt', wie schon jetzt der Bundeskanzler, der 'im Auftrag der Freimaurer und der Bilderberger' handle. Im Gegensatz zu ihm, der sich ausschließlich den 'fleißigen und tüchtigen Österreichern' verpflichtet fühle und sich darum gegen 'eine sizilianische Verwaltung' und einen 'portugiesischen Notenbankpräsidenten' verwehre. Denn Maastricht sei 'die Fortsetzung von Versailles ohne Krieg'. [...] Die große Gefahr drohe den Österreichern und all dem, was sie sich 'mit Fleiß und Arbeit geschaffen haben', freilich vom Süden her. Dort seien Kriminalität und Korruption daheim. Dort verschwänden alljährlich zig EU-Milliarden, weshalb nur mit Nein stimmen könne, 'wer im Interesse des eigenen Geldes denkt'."

(Der Standard, 9. 6. 1994) (Zitat <http://www.doew.at/projekte/rechts/fpoe/fpoezitate.html>, abgerufen am 28.12.11)

- Das Volksbegehren mit 7,3% von den Medien als klare Niederlage Haider bezeichnet zeigte klar die Punkte auf, mit denen Haider und die FPÖ in den nächsten Jahren rechtspopulistisch und demagogisch Wahlkampf machten.
- Das Volksbegehren wurde als einer der ersten Punkte der Neuorientierung der Freiheitlichen Partei präsentiert. Ziel des Begehrens war die Umsetzung folgender 12 Punkte:
  - Verfassungsbestimmung: "Österreich ist kein Einwanderungsland"
  - Einwanderungsstop bis zur befriedigenden Lösung der illegalen Ausländerfrage, bis zur Beseitigung der Wohnungsnot und Senkung der Arbeitslosenrate auf 5%.
  - Ausweispflicht für Ausländische Arbeitnehmer am Arbeitsplatz, wobei aus diesem Ausweis die Arbeitsgenehmigung und die Anmeldung zur Krankenversicherung hervorzugehen hat.
  - Aufstocken der Exekutive (Fremdenpolizei, Kriminalpolizei), so wie deren bessere Bezahlung und Ausstattung zur Erfassung der illegalen Ausländer und zur wirkungsvolleren Kriminalitätsbekämpfung, insbesondere des organisierten Verbrechens.
  - Sofortige Schaffung eines ständigen Grenzschutzes (Zoll, Gendarmerie) statt Bundesheereinsatz.
  - Entspannung der Schulsituation durch Begrenzung des Anteils von Schülern mit fremder Muttersprache in Pflicht- und Berufsschulklassen mit höchstens 30%; bei einem mehr als 30%igen Anteil von fremdsprachigen Kindern Einrichtung von Ausländer-Regelklassen.
  - Entspannung der Schulsituation durch Teilnahme am Regelunterricht nur bei ausreichenden Deutschkenntnissen (Vorbereitungsklassen).
  - Kein Ausländerwahlrecht bei allgemeinen Wahlen.
  - Keine vorzeitige Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft.
  - Rigorose Maßnahmen gegen illegale gewerbliche Tätigkeiten (wie z.B. in Ausländervereinen und -klubs) und gegen Mißbrauch von Sozialleistungen.
  - Sofortige Ausweisung und Aufenthaltsverbot für ausländische Straftäter.
  - Errichtung einer Osteuropa-Stiftung zur Verhinderung von Wanderungsbewegungen.

Dieses rechtspopulistische Programm war mit der Idee Ewald Stadlers das vom Bekenntnis des wehrhaften Christentums spricht plötzlich abgewandert vom Deutschnationalismus. Obwohl, oder weil eine eben solche Aussage ihm 1992 den Landeshauptmann Kärntens kostete:

"Im Dritten Reich haben sie ordentliche Beschäftigungspolitik gemacht, was nicht einmal Ihre Regierung in Wien zusammenbringt."  
(Haider, Protokoll der Sitzung des Kärntner Landtages, 13. 6. 1991) (Zitat <http://www.doew.at/projekte/rechts/fpoe/fpoezitate.html>, abgerufen am 28.12.2011)

### 7.3 Vom Deutschnationalismus zum Österreich-Patriotismus:

Sowie in den anderen Demokratien, in denen in den 80ern die Rechte am Vormarsch war, war auch in Österreich davon auszugehen, dass das Abhandenkommen der bis dahin klassischen Parteienbindung ein Grund für den Aufstieg der FPÖ war.

Die Attraktivität wurde allerdings auch damit begründet, dass Haider die angeblichen Tabus publik machte und das auszusprechen, wofür sich der „Kleine Mann“ interessiert und was er denkt.

„...wo die Menschen nicht mehr ihre Meinung frei sagen dürfen und wo nur noch hinter vorgehaltener Hand gesagt werden darf, bzw. jeder bestraft wird, der nicht das sagt, was die Regierung gerne hören will“, das auszusprechen was sich sonst niemand zu sagen traut“(Zitat Fröhlich-Steffen 2004 S.282)

Damit war der Punkt der Anti-Establishment-Partei ein durchaus erfolgreicher Zugang zu den Wählern. Auch die sozialen und geopolitischen Veränderungen in den 80ern und frühen 90ern mit den Modernisierungsverlieren erhöhte das Wählerpotential der FPÖ. Sein Anti-Elitarismus, die Volksnähe und die verkrusteten politischen Verhältnisse brachten ihm seine ersten Erfolge(Vgl. ebd.). Allerdings veränderte Haider die Ausrichtung der FPÖ, so war zuerst die Klientel der VP für seine ersten Erfolge ausschlaggebend. In den 90er Jahren entdeckte er allerdings die klassischen sozialistischen Wählerschichten, bei denen die Globalisierungsangst eine nicht unerhebliche war.

In diesem Zusammenhang muss erwähnt werden, dass die ÖVP mit Außenminister Alois Mock schon in den 80ern pro Europäisch und für den Beitritt Österreichs zur EU (damals EG) war. Die Änderung der Parteilinie der SPÖ weg vom Österreichpatriotismus hin zur EU in den 1990ern eröffnete Haider erst diese Konfliktlinie. Denn von keiner anderen Partei wurde dieses Thema mehr entsprechend besetzt. Einziges Thema im beginnenden Koalitionsstreit war die Sicherheitspolitik, die die ÖVP unter Bundesparteiobmann Schüssel mit der NATO beantwortete, die SPÖ aber an der Neutralität festhielt. Die österreichische Identität war bei beiden Großparteien kein immanentes Thema mehr, auch aus dem Grund, weil man die Bevölkerung für ein positives Votum hin zur EU bewegen wollte (Vgl. Gingrich 2002, S:86).

So versuchte er die Zuwanderung als Gefahr für die nationale Homogenität zu definieren und die Heterogenität als Grund für die Auflösung der gewohnten politischen und gesellschaftlichen Strukturen zu verkaufen. Was ihm hervorragend gelang. Denn die Auflösung des Ost-West-Konflikts, der Beitritt zur EU und die angeblich daraus resultierenden Folgen wurden als Gefahr für die nationale Identität verkauft. Dieser neue „Patriotismus“ der FPÖ war allerdings kein positiv besetztes Gefühl sondern ein Spiel mit der Angst der Bürger. Diese wurde mit einem Anti-Internationalismus, Anti-Europäismus und Fremdenfeindlichkeit definiert. Kulturell homogene Österreicher, also laut FPÖ mit selber Kultur, Sprache, Religion und Sprache mussten sich mit dem „Wir“ Gefühl gegen die Immigrantenhorden wehren, die anscheinend versuchten die Kontrolle über den Staat zu erlangen. Dazu zählen auch die EU-Institutionen und der angebliche Verlust der eigenen Souveränität und der Verlust des Nationalstaates (Vgl. Fröhlich-Steffen S.283), wobei die FPÖ bis Anfang der 90er das Wort „Nation“ nicht einmal ausgesprochen hatte, sondern nur von einer Kulturnation sprach und Haider selbst sie als Missgeburt bezeichnete:

"Das wissen Sie ja so gut wie ich, dass die österreichische Nation eine Missgeburt gewesen ist, eine ideologische Missgeburt. Denn die Volkszugehörigkeit ist eine Sache, und die Staatszugehörigkeit ist die andere Sache." (ORF-Inlandsreport, 18. 8. 1988) (<http://www.doew.at/projekte/rechts/fpoe/fpoezitate.html>, abgerufen am 29.12.2011)

1989 verlangte Haider außerdem noch den Nationalfeiertag in Staatsfeiertag umzubenennen. Renans Definition von einer Nation aus dem 19. Jahrhundert war immer noch ausschlaggebend für die deutschnationale Ideologie: Kultur, Geschichte, Sprache und Religion (Vgl. Renan 1898: Was ist eine Nation).

Aussagen wie diese müssen in diesem Zusammenhang in Erinnerung gerufen werden:

An die Adresse ehemaliger Waffen-SS-Männer bei deren Treffen in Krumpendorf/Kärnten 1995: "Und das ist für mich letztlich auch der Grund, warum ich glaube, dass man auch ein Gegengewicht setzen muss, denn sonst würden wir wirklich in einer Welt von Chaoten leben, und dafür habt Ihr letztlich nicht gekämpft und auch Euer Leben riskiert, sondern dass die jüngeren Generationen und die Jugend eine Zukunft in einem Gemeinwesen hat, in dem auch Ordnung, Gerechtigkeit und Anständigkeit noch Prinzipien sind. [...] Es gibt nämlich keines [gemeint ist ein Argument gegen Waffen-SS-Veteranentreffen, Anm.], außer dass man sich ärgert, dass es in dieser Welt einfach noch Menschen gibt, die einen Charakter haben und die auch bei größtem Gegenwind zu ihrer Überzeugung stehen und ihrer Überzeugung bis heute treu geblieben sind."

(zit. nach: Protokoll einer Vernaderung. Schnell-Info der FPÖ, Folge 30/96, S. 10 ff.) (Zitat: [www.doew.at/projekte/rechts/fpoe/fpoezitate.htm](http://www.doew.at/projekte/rechts/fpoe/fpoezitate.htm), abgerufen am 29.12.2011)

1995 war die offizielle Linie - im Gegensatz zu dem Zitat und der später wieder hervortretenden Ideologie - der FPÖ allerdings schon am Wendepunkt hin zum Österreichpatriotismus, diese Wende erklärte Haider dementsprechend:

Wir schleppen bis zu einem gewissen Grad eine deutschnationale Tradition mit, aber durch das neue Wählerpotential ist das ursprüngliche, 220.000 Wähler ausmachende Potential der FPÖ zur Minderheit geworden. Daher kann man mit Fug und Recht sagen: Eine starke österreich-patriotische Profilierung der FPÖ wird in Zukunft notwendig sein.“ (Zitat Fröhlich-Steffen S.287)

Im Parteiprogramm äußerte sich das dementsprechend:

„ „Der Österreichpatriotismus äußert sich als Wille zur Eigenständigkeit und Zusammengehörigkeit der Österreicher.“ Das historische und kulturelle Erbe Österreichs berechtige, so Kapitel III, zu stolz auf die Leistungen der ÖsterreicherInnen, die Traditionen und Errungenschaften des Landes und der daraus erwachsende Patriotismus verpflichteten zu einer selbstbewussten österreichischen Politik und „zu Widerstand gegen die kulturelle Verflachung, gegen die stets stärker werdenden Bestrebungen, Traditionen zu verunglimpfen und Österreich mutwillig herabzusetzen““ (Zitat Fröhlich-Steffen S.287).

Dies hatte laut Sickinger(2004) und Morrow(2000) einige Auswirkungen in der Außenwirkung der Partei. Die Brüche mit einigen Parteitraditionen öffnete der FPÖ neue Wählergruppen, Weg vom Deutschnationalismus hin zum „Superpatriotismus“(Morrow 2000 S.54) sowie der Öffnung hin zu konservativen Kircheneinrichtungen erlaubten Haider eine neue konservative Wählerschicht anzusprechen.

Den Höhepunkt hatte dabei mit Sicherheit der Wahlkampf 1999 als er eine abgewandelte Version des Wahlkampfes von Josef Klaus 1970(„ein echter Österreicher“) veränderte und mit Thomas Prinzhorn gemeinsam „zwei echte Österreicher“ darstellte.

Zusammengefasst waren nicht nur die Öffnung der eigenen Partei und Strategie von Bedeutung, sondern auch der Fehler der Großparteien, Haider mit dem Patriotismus ein Wahlkampfthema zu überlassen, dass in Zeiten der Veränderung ein Gefühl der Sicherheit vermittelte. „Enttäuschte Wähler“ der Großparteien hatten plötzliche eine „österreichpatriotische“ Alternative (Pelinka/Wodak 2002, S:222).

Auch wenn die FPÖ damit innerhalb von 14 Jahren ihren Wahlerfolg beinahe verdreifachen konnte, von 9,84% 1986 auf 26,9% 1999 und ihre Wähler statt nur 32% plötzlich zu 70% hinter der Nation Österreichs standen, war dies inhaltlich keine dramatische Veränderung des Identitätskonzeptes. Denn im Gegensatz zum Gros der Österreicher lehnten sie die Neutralität und die bis heute als Errungenschaft der österreichischen Politik angesehen Sozialpartnerschaft strikt ab. Ein anderer Fokus lag in den 90ern auf dem Schlechtreden der Osterweiterung 1999 formulierte man das auf Plakaten demensprechend populistisch: “Ja zu Österreich heißt Nein zur Osterweiterung“.

Dabei wurde allerdings nicht nur gegen die Osterweiterung sondern auch gegen die anderen EU Mitglieder Stimmung gemacht, indem Haider in der Rhetorik immer Wir gegen Sie formulierte, als Österreich gegen den Rest der EU (und den Beitrittskandidaten).

Dies war ein gelungener Strategiewechsel in der öffentlichen Wahrnehmung, allerdings knüpfte die FPÖ damit nur an die Xenophobie und Globalisierungsangst der Wähler an und verstärkte sie(Sickinger 2004, S: 314.)

Auch bei genauerem Lesen des damaligen Parteiprogramms merkte man die Zweideutigkeit zwischen öffentlicher Wahrnehmung und Gesinnung heraus, da darin zu lesen war, dass die ÖsterreicherInnen mehrheitlich zur „deutschen Volksgruppe“ und „Kulturgemeinschaft“ gehören. Die Wahrnehmung der Österreicher bzgl. des immer noch hochgehaltenen

Deutschnationalismus wurde bis zum Antritt der Regierung Schüssel I von den Wählern nicht wahrgenommen. Dies änderte sich danach allerdings rasant.

#### **7.4 Die Identitätspolitik in der Koalition Schüssel I:**

Mit dem Verlangen des Bundespräsidenten Klestil, nur unter der Bedingung einer Präambel des Regierungsprogramms die zur Einhaltung der Menschenrechte und zur Europäischen Integration die Koalition zu gestatten, bzw. mit der Ablehnung von Kabas und Prinzhorn als Minister durch den Bundespräsidenten begann die schwarz-blaue Koalition.

Die gleich darauffolgenden Sanktionen der EU-14 und die einhergehende diplomatische Isolation Österreichs rief heftige Kritik und Unverständnis innerhalb der Bevölkerung Österreichs hervor. Als logische Konsequenz kritisierten die beiden Regierungsparteien ÖVP und FPÖ die Sanktionen und schafften damit eine Loyalisierung der Bevölkerung mit den beiden Parteien. Der „Märtyrereffekt“ (Pelinka 2002b, S:44) wurde allerdings nur der VP von den Wählern zugestanden und als einziges Opfer der Sanktionen angesehen. Dies hat natürlich auch mit dem Wahlkampf und der Anti-EU-Rhetorik der FPÖ in den Wahlkämpfen zuvor zu tun.

Infolge der Sanktionen schaffte es die VP sich als Österreichpartei zu deklarieren und damit der FPÖ, die ohne Haider - der Landeshauptmann Kärntens blieb- den Status der Patrioten abzulaufen. Dies hatte mit Sicherheit auch damit zu tun, dass die erfahreneren Regierungspartei, die VP, international weniger isoliert war und es damit schaffte sich medienwirksam mit den EU- 14 anzulegen, und die EU-Euphorie der Kanzlerpartei in einen österreichischen pro-EU-Kurs umzuwandeln. Dies entsprach auch der Stimmungslage.

Auch wenn die Mehrheit der Österreicher die Sanktionen als ungerecht empfand, wurde der Beitritt zur Union immer noch als richtig empfunden.

Eben dieses kritischere Auftreten des Koalitionspartners gegenüber der EU und die Regierungserklärung erschwerten der FPÖ sich als einzige patriotische Partei zu vermarkten. Die Regierungserklärung sowie das Koalitionsabkommen erschwerten außerdem die Gegnerschaft der EU-Integration medial wirksam zu verkaufen.

Insbesondere das Koalitionsabkommen mit dem Bekenntnis zur EU-Osterweiterung, der Integration in die Union und die damit verbundene außenpolitische Kontinuität zwangen die Freiheitlichen zu einer politischen Kehrtwende(vgl. Fröhlich-Steffen 2004, S.289)

Die Formulierung des Programms nahm der FPÖ als „kleiner“ Koalitionspartner den Wind aus den Segeln:

*„Die Zusammenarbeit der Koalitionsparteien beruht auf ein Bekenntnis zur Mitgliedschaft Österreichs in der Europäischen Union“*(Zitat: Präambel des Regierungsprogramms 2000)

Sowie die folgenden Deklaration:

*„Österreich neu regieren heißt: Europa erweitern und die Welt mitgestalten[...] Österreich hat jetzt wieder eine historische Chance: Die Erweiterung der Europäischen Union. [...] Die Erweiterung bringt uns sowohl ökonomische Vorteile wie auch neue gesellschaftliche und kulturelle Bereicherungen.“*(Zitat: Regierungserklärung 9.2.2000)

Mit diesen beiden Aussagen, die von der FPÖ als Koalitionspartner unterstützt werden mussten und von den eigenen Ministern verhindert eine Ablehnungshaltung gegenüber den Themen, die sie in den 10 Jahren zuvor von Wahlsieg zu Wahlsieg eilen ließ.

Innerparteiliche Querelen waren die logische Konsequenz. Auch wenn die Regierungsmitglieder selbst dem oben zitierten zustimmten, eröffnete sich eine Opposition in der Partei selbst. Landespolitiker gingen in direkte Opposition mit den Bundesministern der Partei und die Streitereien, die öffentlich ausgetragen wurden, zerstörten das Image der Partei bei einem Großteil der Wählerschaft. Denn einerseits den Österreichpatriotismus, der für die FP hauptsächlich darin bestand eine Anti-EU Haltung einzunehmen und andererseits bei supranationalen Verhandlungen mit am Tisch zu sitzen funktionierte nicht und kam als nicht authentisch an.

Eine Gegenoffensive, die öffentliche Wahrnehmung wieder in den für sie richtigen Blickwinkel zu stellen war das Anti-Temelin-Volksbegehren, bei dem der damals zurückgetretene Parteivorsitzende und Landeshauptmann von Kärnten Haider versuchte ein Veto gegenüber dem Beitritt Tschechiens zu erzwingen. Dabei und mit einigen anderen Aussagen brachte der Kärntner Landeshauptmann die FP-Regierungsmitglieder des Öfteren in Erklärungsnot.(Vgl. Fröhlich-Steffen 2004, S:290)

Die zuvor erwähnten Aussagen einiger anderer Landespolitiker zeigte nach langer Zeit wieder die ideologisch tief verwurzelte Meinung der FP Mandatäre auf:

Bei der Aschermittwochrede 2002 kam es von Haider zur Aussage gegen den Chef der jüdischen Kultusgemeinde Ariel Muzikant:

"Ich verstehe überhaupt nicht, wie einer, der Ariel heißt, so viel Dreck am Stecken haben kann"(Zitat <http://www.news.at/articles/0202/10/27902/dreck-stecken-prozess-nachrede>, abgerufen am 29.12.11)

Im Mai darauf erklärte Wolfgang Jung, „er glaube nicht an eine österreichische Nation. Nach seiner eigenen Nationalität gefragt, sagte er, er fühle sich als Deutscher.“(Zitat Fröhlich-Steffen 2004, S.290) Ewald Stadler setzte einige Wochen später den Nazi-Faschismus mit der Besetzung der Alliierten gleich. Als die FPÖ also in ein Umfragetief kam erkannte man die deutschnationale Ideologie der Partei und den verschobenen Blick auf die Geschichte.

Kurz darauf wurde innerhalb der FPÖ der deutschnational motivierte Knittelfelder Putsch gegen die Bundespartei Spitze durchgeführt, der die eigenen Regierungsmitglieder zum Rücktritt zwang und Neuwahlen durch den Kanzler hervorrief. Dieser Wahlkampf endete mit einem Desaster der FPÖ und der Rückeroberung der konservativen Stimmen durch die ÖVP. Das Ergebnis mit 10,01% war für die Partei verheerend. Allerdings gingen sie daraufhin mit der VP, die 42% der Stimmen erlangte, erneut eine Koalition ein.

Durch die dauernden Rücktritte der FPÖ Minister und die innerparteiliche deutschnationale Opposition entzweite sich die Partei allerdings zusehends und gipfelte in dem Austritt vieler und der Neugründung des BZÖ, des Bündnis Zukunft Österreich. Die Regierungsmitglieder und einige andere prominente FPÖ Mandatäre wechselten mit Jörg Haider in die neue Partei, die daraufhin weiter an der Regierung blieb.

Das BZÖ blieb zwar weiterhin eine populistische Partei, allerdings nicht im selben Ausmaße rechtspopulistisch, geschweige denn rechtsextrem, denn die meisten radikalen Elemente verblieben in der FPÖ, die nach einem Interimsvorsitz von Hilmer Kabas mit H.-C. Strache einen neuen Bundesparteiobmann fand.

Mit dem BZÖ kam Haider bei den darauffolgenden NR-Wahlen zwei Mal in den Landtag, verstarb aber stark alkoholisiert bei einem Autounfall Ende 2008 in Kärnten wo er vom BZÖ beinahe als Landesheiliger instrumentalisiert für den Landtagswahlkampfsieg 2009 als schon Verstorbener sorgte. Kurz darauf vereinigte sich das BZÖ wieder mit der FPÖ in Kärnten

unter dem Namen FPÖ, Freiheitliche Partei Österreichs. Das BZÖ wird aller Voraussicht nach bei den nächsten NR Wahlen in der Bedeutungslosigkeit verschwinden.

## 7.5 Strukturelle Gründe für den Erfolg der FPÖ:

Um den Erfolg der FPÖ unter Haider zu verstehen, muss man die innenpolitischen als auch die außenpolitischen Faktoren ab 1990 sehen:

Ab Beginn der zweiten Republik war die österreichische Politik eine Konsenspolitik und Konkordanzpolitik.

*„An die Stelle permanenter Konflikte und auch gewaltsamer Auseinandersetzungen trat ein prinzipiell auf Konsens, Stabilität und Konfliktvermeidung ausgerichtetes Verhalten.“*  
(Schowanec, 2008, S. 42)

Die Machtausübung wurde zwischen der ÖVP und der SPÖ mit abwechselnden Regierungen und Koalitionen bestimmt. Diese wechseln sich in mehr oder weniger regelmäßigen Abständen ab, kontrollieren sich gegenseitig und erreichen mit den verschiedenen Großen Koalitionen bis 1990 eine Zustimmung von gemeinsam über 90% bei den NR-Wahlen.

Diese Konkordanzdemokratie wirkt sich auf die ganze Bevölkerung aus. Vom Bildungssystem über den Verfassungsgerichtshof bis zu den Banken und der verstaatlichten Industrie wurde alles von diesen beiden Parteien in gegenseitiger Kontrolle in einem Proporzsystem über die Parteiliten gelenkt und bestimmt. Die Entscheidungsfindung bei Gesetzen wurde oft außerparlamentarisch, von den Sozialpartnern des ÖGB, der Arbeiterkammer bzw. der Wirtschaftskammer und der Industriellenvereinigung ausgehandelt und das Ergebnis nahezu gleich im Nationalrat beschlossen.

Diese Konkordanzdemokratie, deren Parteien Zustimmung in der Bevölkerung bis Anfang der 1990er gemeinsam über 90% der Bevölkerung erreichten erzielte eine für westliche Demokratien unüblich hohe Zahl an Parteimitgliedern und Stammwählern. (Vgl. Schowanec, 2008, S. 42f)

Diese extreme Organisationsdichte erlaubte eine Vernetzung in der Bevölkerung, die beinahe jeden Bereich des Lebens in die Parteienpolitik integrierte und somit ein klassisches duales System von Einfluss- und Interessenssphären nach sich zog. Auch wenn die FPÖ beinahe

gleich lang wie die Großparteien existierte konnte sie aufgrund der NS Vergangenheit ihrer Funktionäre vor der Parteiübernahme Haiders nie in dieses Konkordanzsystem eindringen.

Mit dem Untergang des Sowjetreiches veränderte sich auch in Österreich dieses bipolare Denken und mit dem Eintritt in die EU 1995 und somit hin zu der kapitalistischen Weltordnung veränderte den Grundgedanken über die Österreichische Neutralität nachhaltig. Die Neutralität, die eines der wichtigsten Identifikationspunkte der Bevölkerung mit dem Staat war und nach wie vor ist, wurde von SPÖ und ÖVP in Frage gestellt (siehe oben).

Diese Veränderungen im weltpolitischen Geschehen und die damit einhergehende Globalisierung, sowie die neuen „Völkerwanderungen“ aus dem Osten erzeugten einen neuen Modernismus. Die ökonomischen, strukturellen und technologischen Fortschritte innerhalb kürzester Zeit erzeugte bei den Menschen Unbehagen. Modernisierungsverlierer, die es in der Konkordanzdemokratie zuvor praktisch nicht gab, empfanden nun Angst und Unsicherheit vor der Zukunft, soziale Nachteile und ökonomisch rasant vor sich gehender Wandel erzeugten Identitätsfragen bis hin zu Aggressionen gegen das politische Umfeld. Diese Stimmung in der Bevölkerung verstand Jörg Haider perfekt zu instrumentalisieren. Ebenso wie die Verdrossenheit gegenüber Politikern und dem politischen System wusste Haider das „ehrwürdige“ Auftreten der Politiker für sich selbst zu verändern.

Die Art des Auftretens, mit Reden im Dialekt ohne Anzug und als Anti-Establishment-Partei gegenüber den „verkrusteten“ Proporz vorzugehen waren eine ebenso erfolgreiche Art wie seine dauernde Medienpräsenz durch Ausrutscher ins rechtsextreme Eck. Diese wurden weiter oben ausführlich dargestellt.

Mit der Hinwendung der Großparteien zur EU fand Haider für die FPÖ mit dem Österreichpatriotismus und dem „Kleinen Mann“ eine Nische, die genügend Spielraum ließ um zur dritten Kraft im politischen System aufzusteigen.

*„Die FPÖ ist die Betreiberin und die Nutznießerin einer „Wende“ genannten Veränderung – und bietet denen eine Plattform, die Opfer dieser „Wende“ zu werden drohen.“ (Pelinka 2002a, S. 11)*

*Die Exklusionspolitik der FPÖ, Anti-Eliten und Anti-Ausländer und Anti-EU wurden die identitätsstiftenden Faktoren für die Modernisierungsverlierer und vermittelten ein Gefühl von nationaler Sicherheit. (Frölich-Steffen, 2004, S. 283)*

Haiders Erfolgsrezept zusammengefasst:

- Die innenpolitischen Rahmenbedingungen: das Ende der klassischen Parteienbindung, die Ermüdung der Bevölkerung von der Konkordanzdemokratie als auch die politischen Skandale. Damit einher geht die Politikverdrossenheit, die die FPÖ gewinnbringend versteht auszunützen.
- Die außenpolitischen Rahmenbedingungen zur Postmoderne: der Zusammenbruch der Sowjetunion einhergehend das Ende der bipolaren Weltordnung, der Vormarsch des Kapitalismus und der Globalisierung, Außerdem die Europäische Integration mit der einhergehenden Individualisierung, der Öffnung der Grenzen und durch diese Faktoren entstandene <cleavage> der Ausländerfrage.
- Der Haider-Faktor: sein politisches Talent, sein charismatisches Auftreten und seine mediale Inszenierung haben Interesse an der Politik erzielt, die zuvor nicht denkbar waren, die auch nicht-deutschsprachige für seine Politik begeisterten, und sie somit zur FPÖ - Wählerschaft machten.

*„die überwiegende Mehrheit [...] der neuen FPÖ-Wähler[wurden] von der Protestorientierung der Partei oder der Person des BPO, nicht aber wegen ihrer Verpflichtung gegenüber der formalen FPÖ-Ideologie angezogen. [...]Es liegt der Schluss nahe, dass der Stellenwert (bzw. die Artikulierung) der FPÖ-Ideologie seit spätestens den 60er Jahren eng verknüpft war, mit dem Ziel, die geeignetste Strategie zur Erringung politischer Macht zu finden.“ (Luther K. R., 2006, S. 377)*

Aus diesem erklärt sich:

- Die außergewöhnliche strategische Adaptations- und Wandlungsfähigkeit der FPÖ:  
*„Kurzum die entscheidende Konstante dieser. wäre demnach, dem Prinzip des Opportunismus folgend, Inhalte ständig auf neue, zu gewinnende Wählerschichten und taktische Überlegungen abzustimmen.“ (Heinisch, 2004, S. 251) (Vgl. Hamitoglu 2010 S.67)*

Diese vier Faktoren sind nach der Neugründung des BZÖ und dem Ausfall Haiders als Parteichef kurz obsolet geworden, nach der Übernahme der FPÖ unter Strache und der Neuorientierung der Partei wurde aber wieder auf die alten Stärken zurückgegriffen.

H.C: Strache positionierte sich in der Folge allerdings anders als Haider dies tat. Wo er seine persönlichen Schwerpunkte setzt und wie er versucht tiefer in die politische Landschaft Österreichs vorzudringen. Gerade das Zitat Kurt R. Luthers, dass die FPÖ als Ziel den Wahlerfolg seit den 60ern als Parteilinie darstellt und dafür die Prinzipien hinten

anstellt, um sie bei einem Erfolg umzusetzen erklärt die politische Anpassungsfähigkeit der Partei.

## **7.6 Die Neupositionierung der FPÖ unter HC Strache:**

Nach der Übernahme der FPÖ durch Strache veränderte sich die öffentliche Wahrnehmung und Positionierung der FPÖ nochmals leicht, aber entscheidend. Auch wenn in den darauffolgenden Jahren immer wieder Aussagen aus der Richtung der FPÖ über Ausländer im generellen kommen, hat sich die Parteilinie auf eine bestimmte Ausländergruppe, den Moslems eingeschossen. Mit Sprüchen wie „Daham statt Islam“, „Abendland in Christehand“ oder „Pummerin statt Muezin“ positionierte sich die Partei als Verteidiger der christlichen Kultur. Neben diesem Fokus auf und der Kreation eines Freund-Feind-Schemas, das später behandelt wird öffnete die Strache-FPÖ sich auch für Immigranten, und dabei augenscheinlich auf Immigranten mit starkem Nationalismus bezüglich der Heimatländer. Österreicher mit Migrationshintergrund aus Serbien und Kroatien sind mittlerweile eine der stärksten und kontinuierlichsten Wählergruppe der FPÖ.

Auch wenn man seinen politischen Aussagen nicht zustimmen muss, kann man trotz allem beobachten, dass Strache es schafft, die Jugend wieder für Politik zu interessieren. Die Art und Weise soll nun durchleuchtet werden:

### **7.6.1 Selbstinszenierung und Persönlichkeitskult:**

Nach der Abspaltung des BZÖ 2005 und seinem Antritt als Bundesparteiobmann war die Chance groß, dass die FP wieder in den Gefilden verschwindet, in der sie vor Haider war. Doch sein Stil und die mediale Unterstützung verschaffte ihm innerhalb kurzer Zeit erfolgreich politisches Gehör. Sein Stil ähnlich dem Haiders nach 1986, jung, dynamisch, rhetorisch gut und volksnah. Die Medienwirksamkeit erlangte er wie zuvor Haider durch polarisierende Aussagen.

Die Volksnähe zeigte sich unter anderem in seinen zahlreichen Discobesuchen, seinen öffentlichen Urlaube in Ibiza und Mallorca. Sein gutes Aussehen und das moderne Styling

machten ihn innerhalb kürzester Zeit und untypisch für einen relativ unbekanntem Politiker, zu einem Massenmagneten. Seine Vermarktungsmethoden waren und sind seit Beginn sensationell und überzeichnen wie bei Haider die Ideologie dahinter. So war sein erster Song, der Strache Rap populär, doch seine zweite musikalische Variante „Viva HC“ war laut dem Lehrer Mitnik bei den Jugendlichen im Gegensatz zum Strache-Rap ein voller Erfolg. Zwar war der Text nicht sehr radikal, aber brachte eine gewisse Grundidee in die Köpfe der Jugend. Insbesondere der Wiener Jugend. Nachzulesen ist der ganze Text auf [www.hcstrache.at](http://www.hcstrache.at), aber kurz zusammengefasst erklärt sich HC, wie Stra-Ché Österreichs als Revolutionär gegen die Elite, gegen Multikulti, Konzerne sowie für Heimat und Kultur, die er mit der deutschen Sprache gleichsetzt zurückerobert.

Der HC-man Comic mit dem Titel: „Der blaue Planet – „HC’s Kampf für Freiheit und gegen eine zentrale EU“ ist im Stile der Asterix gegen Rom Comics auf 62 Seiten illustriert. Das Vorwort muss auch dabei erwähnt werden : *„Das vorliegende Heft ist keine Parteiwerbung. Keine EU-Propagandaschrift. Und auch keine öde Belehrung über die Europäische Union. Also keine ausgemachte Brüsselei. Worum geht es dann? Um politische Bildung und Info, die nicht langweilig ist.“* Der Kampf gegen die Brüssel-Bürokratie sowie der als apokalyptisch überzogene Multikulti-Alptraum Wiens werden darin nur durch den HC-Man gerettet. In den Medien wurde er besonders wegen den SS Runenzeichen auf Seite 35 des Heftes kritisiert.

Im darauffolgenden Wahlkampf hatte die FPÖ zum ersten Mal die Mehrheit bei den Erstwählern. Diese Mischung zwischen Retter-Image und Verteufelung des politischen Systems, sowie der einhergehende Zugewinn bei den Jungwählern ist demokratiepolitisch äußerst umstritten, ganz besonders, da er die Jugend in einer gewagten Weise weg von der Konsenspolitik und damit dem gewachsenen friedlichen Zusammenleben führen könnte und damit langfristig sein Freund-Feind Schema auf offene Ohren stößt.

### 7.6.2 Der Aufbau eines Freund- Feind-Schemas:

Auf verschiedensten Plakaten und in seinen Reden proklamiert Strache immer wieder ein WIR Gefühl, dass er mit seinen Anti-Thesen erklärt:

Wir fleißigen Inländer, die faulen kriminellen Ausländer

Wir christliches Abendland; die bösen muslimischen Hassprediger

Wir brave Österreicher gegen die bösen afrikanischen Drogendealer

Wir hart arbeitenden Österreicher gegen die faulen Europäer(z.B. Griechenland)

Ganz besonders hat er es dabei auf Moslems abgesehen, die er immer mehr in seine Rhetorik einbaut (auch, weil eine der größten Wählergruppen der FPÖ die serbischen Nationalisten sind). Ein Zitat vor der NR Wahl 08, erklärt dies genauer:

*„Viele anständige Menschen sind zugewandert und haben sich integriert. Polen, Ungarn, Kroaten, auch Serben. [keine (muslimischen) Bosnier, Anm. des Red.] Wir sind europäische Brüder, weil wir nicht europäisiert werden wollen“* (Der Standard, 28.9.2008, S:4).

### 7.6.3 Islamophobie als zentraler Wahlkampfpunkt:

Die oben erwähnte christliche Erziehung und die schon unter Haider passierte Hinwendung der FPÖ zur Kirche findet in der ideologischen Verwurzelung der FPÖ und der Rhetorik ihrer Mitglieder nun ein Ventil für deren gehegten Rassismus. Auch wenn selten aber doch ein judenfeindliches Kommentar über die Lippen eines FPÖ Mandatars wie zum Beispiel vom Vorarlberger Landesobmann Egger vor den LT Wahlen 2009 kommt, der Hanno Loewy, den Direktor des Jüdischen Museums Hohenems als:

*"Exil-Juden aus Amerika"* (<http://www.news.at/articles/0934/10/249348/exil-jude-amerika-vorarlberger-fpoe-obmann-egger-eklat>, abgerufen am 31.12.2011)

bezeichnete. Die neue Gruppe der attackierten ist nun bei den Moslems zu suchen. Selbst der Vorsitzende der jüdischen Kultusgemeinde, Ariel Muzikant stellte dies 2009 fest: *„früher sagte man Juden, heute Muslime“*.



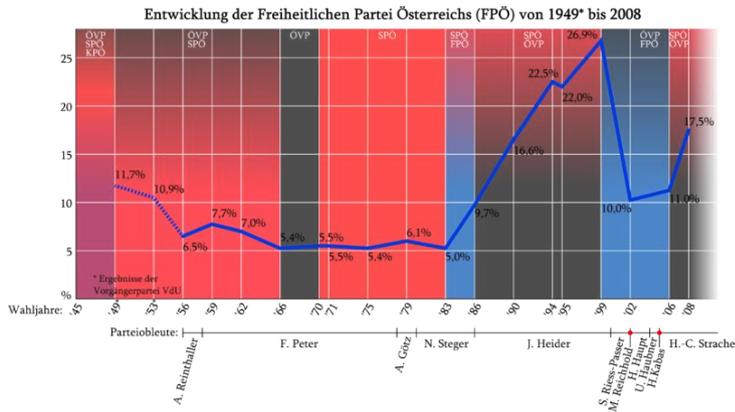
Seit dem Richtungswechsel der Partei gegen die Muslime sind vielzählige radikale Kommentare aus den Reihen der FPÖ zu entnehmen:

Die später wegen Verhetzung verurteilten Aussagen Susanne Winters und ihres Sohnes

*„Im Rahmen des Gemeinderatswahlkampfes hatte sie vor einem Jahr beim Neujahrstreffen behauptet, der islamische Prophet Mohammed habe den Koran im Rahmen epileptischer Anfälle geschrieben und wäre – weil er ein sechsjähriges Mädchen heiratete – „im heutigen System ein Kinderschänder“. Als Fazit riet sie, „den Islam dorthin zurückzuwerfen, wo er hergekommen ist: jenseits des Mittelmeeres“* (Zitat: [http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/446266/Winter-verurteilt\\_Muss-Religion-beleidigen-duerfen,abgerufen,am31.12.2011](http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/446266/Winter-verurteilt_Muss-Religion-beleidigen-duerfen,abgerufen,am31.12.2011))

Diese Aussagen wurden zwar nicht wie befürchtet zu einem großen Wahlsieg in Graz umgewertet, aber die Zugewinne waren doch immerhin eine Verdoppelung auf über 10%. Somit kann man auch sagen, dass seine Mitstreiter in der FPÖ anhand dieses Beispiels auf Linie sind, und seine neue Linie stützen.

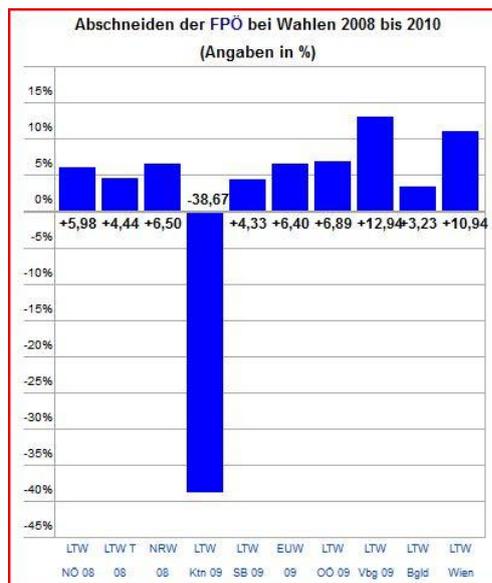
## 7.7 Resümée:



(Grafik

aus:

[http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/thumb/2/27/Fpoe\\_nationalratswahl.png/800px-Fpoe\\_nationalratswahl.png](http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/thumb/2/27/Fpoe_nationalratswahl.png/800px-Fpoe_nationalratswahl.png), abgerufen am 28.12.2011)



[http://de.wikipedia.org/wiki/Freiheitliche\\_Partei\\_%C3%96sterreichs](http://de.wikipedia.org/wiki/Freiheitliche_Partei_%C3%96sterreichs)

Wie die Grafik oben anzeigt und auch andere Wahlergebnisse der FPÖ bei den Nationalratswahlen und den anderen Zugewinnen bei den Landtagswahlen seit 2008 zeigen einen deutlichen Trend nach oben. Strache monierte 2010, dass er Kanzler werden wolle und dies scheint neuesten Umfragen im Jänner 2012 nicht unmöglich. Denn die FPÖ ist seit der Krise, typisch für rechtspopulistische Parteien klar im Aufwind. Schlussendlich muss noch erwähnt werden, dass HC Strache und NR Barbara Rosenkranz seit ihrer Kandidatur auch die

Aufhebung des Verbotsgesetzes auf ihre Fahnen geschrieben haben. Mit einer versteckten Formulierung wollen sie dies den Menschen verkaufen:

Die FPÖ trage das Wort "Freiheit" im Namen und stelle Bürgerrechte an die Spitze ihrer Forderungen, sagte Rosenkranz am Mittwoch im Ö1-Morgenjournal. *"Ist man für Meinungsfreiheit, dann wird es nicht anders gehen, als dass man absurde, skurrile, verwerfliche Meinungen zulässt"*.

(Zitat Die Presse: <http://diepresse.com/home/politik/hofburgwahl/543760/Rosenkranz-fuer-Aufhebung-von-NSVerbotsgesetz->)

Langfristig wird die FPÖ unter Strache wieder in die Regierungsverantwortung kommen. Laut derzeitigen Umfragen liegt die FPÖ an Kopf an Kopf mit der SPÖ an Platz eins in der Wählergunst und damit wird es generell schwierig sie aus der Regierungsverantwortung heraus zu halten. Natürlich ist es möglich, dass die VP wieder mit der FPÖ in eine Koalition geht. Ob die Freiheitlichen dabei wieder so abstürzen werden wie bei der ersten schwarz-blauen Regierung bleibt abzuwarten.

## 8. Hypothesen:

- ❖ Wenn Alle Rechten Parteien der von mir behandelten Länder sich aus den übriggebliebenen Politikern des Nazi-Regimes des zweiten Weltkrieges entwickelten dann mussten sie eigene Rekrutierungs- und Jugendakademien starten um langfristig partizipieren können und um das nationalistische Gedankengut weiterzuentwickeln um langfristig zum germanischen Volk zurückzukehren.

Diese Hypothese ist zum Großteil unrichtig. Der Vlaams Belang möchte zwar zum Germanischen Volk zurückkehren, setzt sich aber mehr für ein Großniederland ein als für ein Großdeutschland. Es waren keine wichtigen Kollaborateure bei der Gründung des Vlaams Block führend. Auch wenn ein Großteil aus Vorfeldgruppen kommt, und dort gebildet wird, hat der VB eine Jugendakademie.

Beim Front National sind einige Vichy-Funktionäre bei der Gründung dabei gewesen, auch Mitglieder der Waffen SS, Antisemiten und Anitzionisten waren am Anfang tonangebend. Bei den Franzosen hat sich die FN mit dem „Club de Horloge“ einen rechten Verein, der sie personell als auch ideologisch unterstützt und Absolventen der Grandes Ecoles versucht für den FN zu gewinnen. Aber ein Zusammenschluss mit Deutschland ist für einen FN Wähler und Nationalisten heute sicherlich kein Thema.

Bei der Dänischen Volkspartei ist diese Hypothese ein totaler Fehlgriff. Sie gründete sich 1995 aus einer populistischen Partei und hat mit dem Deutschen Reich nichts zu tun. Es ist eine dänische nationalistische-Partei. Die „Dänische Vereinigung“ ist eine wichtige personelle Grundlage und Akademie. Im Wahlkampf gegen den €-Beitritt starteten sie aus plakativen Gründen ihren Wahlkampf am Jahrestag des deutschen Einmarsches, um gegen den € Stimmung zu machen.

Die FPÖ hat sich aus Mitgliedern der Waffen SS und der SA gegründet. Sie sah und sieht sich immer noch als Verteidiger der Wehrmachtssoldaten und verklärt in regelmäßigen Abständen die Gräuel des Nazi-Regimes. Mit dem Versuch bei der letzten Bundespräsidentenwahl das Verbotsgesetz als Wahlkampfthema zu machen hat sich verdeutlicht wie ihre Meinung zur Vergangenheit ist.

- ❖ Wenn das Wählerpotential klar bei der schlecht gebildeten Arbeiterschicht liegt, die kein Interesse an Politik hat, und sich von den jeweiligen Arbeiterparteien nicht repräsentiert fühlen, dann wechseln sie in den ausgewählten Ländern nicht weiter nach links, sondern nach rechts.

Diese Annahme ist zu einem großen Teil richtig, mit Ausnahme des Vlaams Belang. Dort ist die Wählerschicht nicht so dramatisch bei Arbeitern zu suchen, sondern der Grund für die Wähler ist wirklich die Haltung des VB zur Unabhängigkeit Flanderns und dem offen ausgetragenen Feindseligkeiten gegenüber Ausländern. Im Vergleich zu den anderen Parteien ist dementsprechend auch der Wahlerfolg bei Parlamentswahlen nur regional konzentriert.

Die FPÖ hat sich bzgl. der Wählerschicht hauptsächlich unter Haider gewandelt, so war sie bis zu Beginn der 90er im Kampf um die Wählergunst klar auf Konfrontationskurs mit der VP und den Konservativen. Mit Beginn der 90er wurde der Fokus allerdings auf die SPÖ-nahen Arbeiter gelegt um dort Stimmen zu lukrieren. Dies hat sich mittlerweile nur dahin geändert, dass Strache auch die Jugend für sich entdeckt hat.

Die Dänische Volkspartei ist im Kampf um die Wählergunst auch eher im sozialistischen Lager zu finden, Mogens Camre ist genauso ein Beispiel für die Nähe der Wähler beider Richtungen wie die Wahlergebnisse vor 2011. Denn die Konservativen und die DF konnten gleichzeitig gewinnen, während die politische Linke an Stimmen verlor.

Ähnliches trifft auch auf den FN zu, eher im Arbeiterumfeld für Stimmen zu werben. Allerdings ist die Sicherheitspolitik des FN und seine Aussagen gegenüber Ausländern auch bei den Konservativen nicht unbeliebt und M. Le Pen deswegen ein durchaus gefährlicher Gegenspieler für Präsident Sarkozy bei den kommenden Wahlen.

- ❖ Wenn Die Mandatare entweder aus dem Rechten oder dem Arbeitermilieu gekommen sind, dann sind sie entweder von der Entnazifizierung betroffen gewesen, oder haben ein Problem damit gehabt, dass das „Deutsche Reich“ untergegangen ist und somit ihre Familie etwas dabei verloren hat.

Beim Vlaams Belang ist dies allein schon aufgrund der drei Vorsitzenden der Flamen erklärbar, alle drei kommen aus einer ehemaligen Paramilitärischen Organisation, die einer der politischen Nachkommen der Frontpartei war und im 2. Weltkrieg durchaus mit den deutschen sympathisierte und zusammenarbeitete.

Bei der FPÖ ist dies mit den Nationalräten augenscheinlich darzustellen. Mehr als 30% aller FPÖ Mandatare sind bekennende Burschenschaftler. Auch bei FPÖ-Chef Strache sowie den vorherigen Parteiobmännern ist dies klar feststellbar. Vor Haider waren alle bei SA oder SS und, er selbst Sohn eines bekennenden Nazis. Strache selbst ist Enkel eines vertriebenen Sudetendeutschen und schlagender Mittelschüler.

Beim Front National ist dies nicht von der Hand zu weisen, waren doch bei der Gründung verschiedenste Kollaborateure dabei. Dass diese mit der Niederlage gegen die Alliierten auch persönliche Verluste hinnehmen musste scheint logisch.

Die DF ist dabei erneut vollkommen auszunehmen, da sie sich erst 1995 gründete und im klar von Deutschland abgegrenzt sieht und den nationalistischen Gedanken skandinavisch und dänisch und nicht deutsch ansieht.

## 9. Persönlicher Schlusskommentar:

An den vier aufgezeigten Parteien sollten die regionalen Unterschiede und die Geschichte der einzelnen Länder aufgezeigt werden. Auch wurden nur die extremen und international als extrem und nationalistisch angesehen Parteien betrachtet.

Die internationale Sichtweise ist mit Sicherheit politisch motiviert, um diese vier, VB, FN, DF und FPÖ zu isolieren. Im Gegensatz zum Front National und Vlaams Belang, denen ein politischer Cordon sanitaire entgegenweht und sie damit isoliert haben die DF und die FPÖ direkt auf die Politik Dänemarks und Österreichs Einfluss genommen. Gerade bei der DF wurde das augenmerklich dargestellt, weil bei ihr die Art und Weise in Europa eine unvergleichliche ist. Auch wenn die FPÖ prozentuell stärker in der Regierung vertreten war, zumindest in den Jahren 2000-2002, konnte sie ihre Politik nicht so drastisch umsetzen, da der Koalitionspartner mit der Regierungserklärung dem Ganzen eine effektiven und funktionalen Riegel vorgeschoben hat. Die Betonung der Menschenrechte, sowie die Integration in die EU als auch die Anerkennung der damals kurz bevorstehenden Osterweiterung haben der FPÖ den Wind aus den Segeln genommen.

Vielleicht gerade weil die Dänische Volkspartei anfangs nicht direkt in der Regierungsbank saß und deswegen eine derartige Erklärung nicht für notwendig erachtet wurde, konnte sich das „blackmail-potential“, das die DF während der Minderheitsregierung in der ersten „gemeinsamen“ Koalition und später hatte, richtig ausleben. Die Verletzung der Menschenrechte hinsichtlich Asyl sowie Familienzusammenführung, der Umgang mit dem Islam und der darauffolgende Karikaturenstreit sowie die erneuten Grenzkontrollen gegenüber der EU waren dabei nur die Spitze des Eisberges.

Sollte wieder einmal eine dieser vier Parteien in eine Regierung kommen, können derartige Auswüchse vor jeder wichtigen Wahl als zukünftig gegeben angenommen werden, insofern es nicht zu einer Regierungserklärung wie der unter Schüssel I kommt. Diese hatte nicht nur zur Folge, dass die FPÖ entzaubert wurde, sondern schlussendlich auch, dass sie sich innerlich spaltete zwischen reaktionären, deutschnationalen Extremen und konstruktiven Kräften. Der FPÖ und das BZÖ. Die Attacke von Anders Breivik in Norwegen hat die Bevölkerung in diesem Fall zwar aufmerksamer gemacht, aber in dieser medial schnelllebigen Zeit, in der die chamäleonartige Veränderungskraft der Rechtspopulisten enorm ist scheint der Vorfall nur ein kurzes Stimmungstief für die politische Rechte in Europa zu sein. Die FPÖ reagiert auf die Aussage ihres Mandatars Königshofer, dass dessen „Terror mit der Fristenlösung

gleichzusetzen“ sei zwar mit seinem Parteiausschluss, aber seine politischen Ansichten sind mit dieser Aussage nicht zu ersten Mal aufgefallen.

Auch die erst kürzlich aufgedeckten Terrorakte des letzten Jahrzehnts in Deutschland des Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) weisen auf die Widererstarkung der radikalen Rechten hin. Auch wurden diesbezüglich schon Verbindungen zur NPD ausgeforscht.

Die Gefahr von der radikalen Rechten, die nicht nur wie die FPÖ via gewalttätigen Plakaten Angst verbreitet, sondern mittlerweile auch zu Mord greift ruft eine schlimme Ära Europas in Erinnerung. Die Terrorwarnung von radikalen Rechten Elementen gegen Integrationsstaatssekretär Kurz am 26.1.2012 muss als nächster Schritt in diese Richtung in Österreich gesehen werden.

Man muss beinahe froh sein, dass diese Gräueltaten noch rechtzeitig entdeckt wurden, wer weiß, wie sich die Situation in Deutschland in 10 Jahren entwickelt gehabt hätte.

Denn mit der Fraktion ITS ( Identität – Tradition - Souveränität ) wurde 2007 zwar nur für kurze Zeit aber immerhin zum ersten Mal halbwegs erfolgreich eine Fraktion im EU Parlament gebildet und die internationale Vernetzung der Rechten gestärkt. Dass diese nicht lange gehalten hat scheint zwar ein glücklicher Zustand, doch die Parteien haben sich untereinander entsprechend gut vernetzt.

Dies sieht man nicht nur bei den Besuchen der Parteichefs untereinander, HC Strache bei der Lega Nord oder den serbischen Nationalisten, sowie dem Chef des Vlaams Belangs Filip Dewinter beim Aschermittwochstreffen in Ried im Innkreis. Auf dem er ein Zitat von sich ließ, dass in dem von mir, in der Arbeit aufgezeigten Zusammenhang, eine klare Botschaft darstellt und die Vernetzung der radikalen Europas aufzeigt:

*"Liebe deutsche Österreicher, liebe europäische Freunde", begann Dewinter seine Ansprache. Er betonte die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit der europäischen Rechte zum Erhalt der eigenen Kultur. Er sehe keine Rechtsextremen im Saal, sondern "nur Patrioten, die extrem stolz auf ihre Heimat sind", so Dewinter. Angesichts dessen sei er "stolz ein Extremist zu sein". "*

(Zitat: <http://www.oe24.at/oesterreich/politik/Rechtsextremer-Dewinter-bei-FPOe-Politveranstaltung/480872>, abgerufen am 4.1.2012)

Auch zeigt das Wiener Programm der ITS auf, was die radikalen Parteien in Belgien(VB), Bulgarien(Kalizija Ataka), Frankreich(FN), Großbritannien(UK Idenpendence Party), Italien (Alternative Sociale & Fiamma Tricolore) Österreich(FPÖ), Rumänien(Partidul Romania Mare) für politische Ideen haben:

Die Schaffung eines Europas der freien und unabhängigen Nationen im Rahmen eines Staatenbundes souveräner Nationalstaaten

- Die Abkehr von allen Versuchen, eine Verfassung für einen zentralistischen europäischen Superstaat zu schaffen.
- Die klare Absage an schrankenlose Ausweitung der europäischen Integration auf geographisch, kulturell, religiös und ethnisch nicht-europäische Gebiete Asiens und Afrikas wie etwa der Türkei.
- Den effektiven Schutz Europas gegen Gefahren wie etwa den Terrorismus, aggressiven Islamismus, Supermacht-Imperialismus und wirtschaftliche Aggression durch Niedriglohnländer.
- Einen sofortigen Einwanderungsstopp in allen Staaten der europäischen Union auch im Bereich des sogenannten Familiennachzugs.
- Eine pro-natalistische Familienpolitik, die die Förderung des Kinderreichtums der europäischen Völker in der traditionellen Familie bezweckt.
- Den solidarischen Kampf der europäischen Völker gegen die sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Globalisierung.
- Die Wiederherstellung der sozialen Systeme in den Mitgliedstaaten der Union und soziale Gerechtigkeit für die europäischen Völker.

(Zitat: OTS: [www.ots.at/presseaussendung.php?schluessel=OTS\\_20051114\\_OTSO051&ch=politik](http://www.ots.at/presseaussendung.php?schluessel=OTS_20051114_OTSO051&ch=politik))

Gerade die „pronatalistische Familienpolitik“ der „traditionellen Familie“ (gegen Einwanderung und Homosexuelle), sowie der „Supermacht-Imperialismus“ (gegen USA), sind versteckte Hinweise auf die die am Beginn der Arbeit definierten Klassifizierungen der politischen Rechtsextremen. Dass von „europäischen Völkern“, „geographisch, kulturell, religiös und ethnisch nicht-europäische“ Länder sowie vom „zentralistischen europäischen

Superstaat“, dem „sogenannten Familiennachzugs“ gesprochen wird ist dabei betrachtet alles andere als versteckt.

Die internationale Vernetzung sowie der nationale Einfluss der Rechtspopulisten und Rechtsextremen sind meiner Meinung nach also nicht wie auf Franck Deckers Cover über Populismus nicht das nützliche Korrektiv, sondern eine Gefahr für die Demokratie, auch wenn sie durchgehend mit populistischen Forderungen wie direkter Demokratie oder Abschaffung des Klientelismus durchaus demokratische Werte verkaufen wollen.

Schlussendlich denke ich, dass ich in dieser Diplomarbeit dargestellt habe, warum die politisch aufstrebende Rechte durchaus gefährlich ist und weshalb sie nicht nur in politikwissenschaftlicher Hinsicht unter Beobachtung bleiben müssen.

Langfristig werden allerdings weder Gegenpopulismus und keine Regierungsbeteiligung den Aufstieg der Rechten verhindern. Es wird nur die verstärkte politische Bildung der Jugendlichen und einer einhergehenden größeren direkten Politikbeteiligung der Bevölkerung funktionieren. Außerdem darf der Einfluss der Medien bei ihrem Aufstieg nicht vergessen werden und deren Prinzip des „Bad News is Good news“ sollte einer staatstragenden Perspektive weichen, denn mittlerweile gelten Medien durchaus schon als vierte Gewalt im Staat.

## 10. Literaturverzeichnis:

Alemann, Ulrich von: Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland. Opladen, 2003. S. 11

Betz, Hans-Georg(1994), Radical Rights-Wing Populism in Western Europe, London.

Blomqvist, Paula/Chistoffer Green Pederson(2002), Defeat at Home? Issue-ownership and Social Democratic Support in Scandinavia, Paper presented at the annual meeting of the American Poitical Science Association in Boston, August 29-September 1, 2002.

Bremer, Hans-Hagen(2008): Le Pen in Nöten. In: Tagesspiegel 04.05.2008. URL: <http://www.tagesspiegel.de/politik/art771.2524638>, abgerufen am 15.3.2009

Butterwege, Christoph(2002): Rechtsextremismus, Freiburg im Preisgau/Zürich/Wien  
Decker, Frank(2000): „Skandinavien: Fortschrittspartei und Neue Demokratie“ In: Ders.:Parteien unter Druck. Der neue Rechtspopulismus in den westlichen Demokratien. Opladen,S: 127-138

Decker, Frank(2006): Die populistische Herausforderung. Theoretische und Ländervergleichende Perspektiven. In: Frank, Decker(Hrsg.): Populismus Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv? VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.

Deklaration „Verantwortung für Österreich – Zukunft im Herzen Europas“, Präambel des Regierungsprogramms von ÖVP und FPÖ, hg. Vom Bundespressdienst des Bundeskanzleramts, Wien 2000.

Der Falter 41/2008, S.6f

Der Standard 2.6.2009, S.7

Der Standard <http://derstandard.at/1318726256070/FPOe-im-Hohen-Haus-Koenigshofers-Nachfolger-Von-der-Tankstelle-in-den-Nationalrat>, abgerufen am 04.01.2011

der Standard: <http://derstandard.at/1323222718299/130-V-Leute-in-der-NPD-doch-keiner-verriet-die-Terroristen-der-NSU>, abgerufen am 04.1.2011)

Dettko, Dieter(2006): Geleitwort. In: Greven, Thomas; Grumke, Thomas(Hrsg.): Globalisierter Rechtsextremismus? Die extremistische Rechte in der Ära der Globalisierung. VS Verlag, Wiesbaden.

Die Presse, Printausgabe 23.1.2009, S.1

Dolderer, Winfried(1989):Deutscher Imperialismus Und belgischer Nationalitätenkonflikt, Die Rezeption der Flamenfrage in der deutschen Öffentlichkeit und deutsch--flämische Kontakte1890-- 1920.Kassel: Verlag Kasseler Forschungen zur Zeitgeschichte.

Finks, Jos(1978): Der Nationalismus in Flandern, Geschichte und Idee. Vaterstetten: Arndt-Verlag.

Fischer, Torben(2009): „Eigen volk eerst“ – rechtspopulistische Diskursstrategien am Beispiel des belgischen Vlaams Belang. Studienarbeit, Grin Verlag, Halle-Wittenberg.

Frölich-Steffen, Susanne(2004): Die Identitätspolitik der FPÖ: Vom Deutschnationalismus zum Österreich-Patriotismus. In: ÖZP 2004/3, Nomos Verlag, S.281-296

Gauthier, Elisabeth(2004): >>Front National<<, flexibler Kapitalismus und Krise der Politik, In: Bischoff,Joachim; Dörre, Klaus; Gauthier, Elisabeth; u.a.:(Hg.): Moderner Rechtspopulismus, Ursachen, Wirkungen, Gegenstrategien, VSA Verlag Hamburg. S.45-70.

Geden, Oliver(2006): Diskursstrategien im Rechtspopulismus. Freiheitliche Partei Österreichs und Schweizerische Volkspartei zwischen Opposition und Regierungsbeteiligung. Wiesbaden: VS Verlag.

Geden, Oliver(2006): Diskursstrategien im Rechtspopulismus. Opladen: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Gingrich, Andre(2000): A Man for All Seasons: An Anthropological Perspective on Public Representation and Cultural Politics of the Austrian Freedom Party, in: Anton Pelinka/Ruth Wodak(Hg.): The Haider Phenomenon in Austria, New Brunswick, 67-91.

Goul Andersen, Jørgen(2003), *The General Election in Denmark, November 2001*, in: *Electoral Studies* 22, S.153-193.

Grumke, Thomas; Wagner, Bernd(Hg.)(2002): Handbuch Rechtsradikalismus. Personen – Organisationen – Netzwerke vom Neonazismus bis in die Mitte der Gesellschaft-. Opladen

Hamitoglu, Seda (2010): Wahlmotive junger FPÖ-WählerInnen – eine empirische Erhebung unter Wiener SchülerInnen anlässlich der Nationalratswahlen 2008. Diplomarbeit Uni Wien, 2010

Hartleb, Florian(2006): Rechts-und Linkspopulismus im westeuropäischen Vergleich – Zur strukturellen und inhaltlichen Bestimmung eines eigenständigen Parteientypus. In: Uwe

Backes und Eckhardt Jesse(Hrsg.): Gefährdungen der Freiheit. Extremistische Ideologien im Vergleich. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht. S.105-146.

Hecking, Claus(2003). Das politische System Belgiens. Opladen: Verlag Leske + Budrich.

Hecking, Claus(2006). Das Parteiensystem Belgiens. In: Oskar Niedermayer, Richard Stöss und Melanie Haas(Hrsg.): Die Parteiensysteme Westeuropas. Wiesbaden: VS Verlag.

Hecking, Claus(2007): Extrem in der Mitte. In: Financial Times Deutschland. 05.06.2007.

URL: <http://www.ftd.de/politik/europa/:agenda-extrem-in-der-mitte/209187.html>  
(12.11.2011)

Heinisch, Reinhard. 2004. Die FPÖ - Ein Phänomen im internationalen Vergleich. 2004, Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Bd. 33, S. 247-260.

Holtmann, Everhard; Krappidel, Adrienne; Rehse, Sebastian(2006): Die Droge Populismus. Zur Kritik des politischen Vorurteils. VS Verlag, Wiesbaden.

<http://diepresse.com/home/politik/hofburgwahl/543760/Rosenkranz-fuer-Aufhebung-von-NSVerbotsgesetz->

<http://www.demokratiezentrum.org/bildstrategien/personen.html?index=16&dimension=>,  
abgerufen am 28.12.2011

<http://www.doew.at/projekte/rechts/fpoe/fpoezitate.html>, abgerufen am 28.12.2011

<http://www.europaspiegel.de/index/artikel53/page4/1>, abgerufen März 2009

<http://www.oe24.at/oesterreich/politik/Rechtsextremer-Dewinter-bei-FPOe-Politveranstaltung/480872>, abgerufen am 4.1.2012

<http://www.tagesschau.de/ausland/lepen104.html>, abgerufen am 10.11.2011

[http://www.zeit.de/2004/13/Marine\\_Le\\_Pen](http://www.zeit.de/2004/13/Marine_Le_Pen), am 18.03.2004 abgerufen am 10.12.2011

<http://www.zeit.de/2010/51/Frankreich-Marine-Le-Pen>, 17.12.2010 abgerufen am 29.11.2011

Hussain, Mustafa(2002), *Islam, media and minorities in Denmark*, in: *Current Sociology* 48 (4), S.95-116. OTS: [www.ots.at/presseaussendung.php?schluessel=OTS\\_20051114\\_OTs0051&ch=politik](http://www.ots.at/presseaussendung.php?schluessel=OTS_20051114_OTs0051&ch=politik), abgerufen März.2009

Ivaldi, Gilles/Swyngendouw, Marc(2006): Rechtsextremismus in populistischer Gestalt: Front National und Vlaams Blok. In: Frank, Decker(Hrsg.): Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv? VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden. S.121-143.

Jacobs, Dirk/Swyngendouw, Marc (2002): The Extreme-Right and Enfranchisement of Immigrants: Main Issues in the Public "Debate" on Integration in Belgium. In: JIMI/RIMI Vol. 3 Nr.3-4(2002). S.329-344.

Jann, Werner(1995): Politikfeldanalyse. In: Dieter Nohlen(Hrsg.): Wörterbuch Staat und Politik. Neuausg. der 3. Aufl. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung.

Jean-Marie Le Pen. Der große Verlierer.In: Handelsblatt. 23.04.2007 URL: <http://www.handelsblatt.com/politik/international/der-grosse-verlierer/1258205.html>, abgerufen am 17.11. 2011

Jun, Uwe(2006): Populismus als Regierungsstil in westeuropäischen Parteiendemokratien: Deutschland, Frankreich und Großbritannien, In: Frank, Decker(Hrsg.): Populismus Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv? VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.

Karpantschov, René(2002), Populism and Right Wing Extremism in Denmark 1980-2001, Sociologisk, Rapportserie 4/2002, Department of Sociology, University of Copenhagen.

Lachauer, Chloé(2005): Die dunkle Seite Europas – Rechtsextreme auf dem Weg zum politischen Akteur? Netzwerkbildung der Rechten in der Europäischen Union. Tectum Verlag, Marburg.

Lipset, Seymour Martin(1981), Political Man. The social Basis of Politics, Baltimore.

Luther, Kurt Richard. 2006. Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) und das Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ). In: Dachs, Herbert (Hrsg.). Politik in Österreich. Das Handbuch. Wien : Manz, 2006a, S. 364-388.

McHale, Vincent(1983): Political Parties in Europe, The Greenwood Historical Encyclopedia of the World's Political Parties, West Port: Greenwood Press.

Minkenberg, Michael(1998): Die neue radikale Rechte im Vergleich, Opladen, Westdeutscher Verlag

Minkenberg, Michael(1998): Die neue radikale Rechte im Vergleich, Opladen

Mitnik, Philipp(2010): Die FPÖ – eine rechtsextreme Partei? Zur Radikalisierung der Freiheitlichen unter HC-Strache. Lit Verlag Wien

Morrow, Duncan(2000). Jörg Haider and the new FPÖ: beyond the democratic pale? In: Paul Hainsworth(Hg.): The Politics of the Extreme Right. From the margins to the mainstreams, London/New York, 33-63.

Mudde, Cas(2000): The Ideologie of the Extreme Right. Manchester: Manchester University Press.

Mudde, Cas(2007): Populist radical right parties in Europe. Cambridge: Cambridge University Press.

Nielsen, Hans Jorgen(2004): Er danskere fremmedfjendske? Udlandets syn på debatten om invandrere 2000-2002, Aarhus.

Pelinka Anton(2002a). Die FPÖ im internationalen Vergleich. Zwischen Rechtspopulismus, Deutschnationalismus und Österreich-Patriotismus, in: conflict & communication online, <http://www.cco.regener-online.de>, 1(1).

Pelinka Anton(2002c): The FPÖ in the European Context, in: Anton Pelinka/Ruth Wodak(Hg.):The Haider Phenomenon in Austria, New Brunswick, 213-230.

Pelinka, Anton(2002b). Österreich und Europa. Wie „westlich“ ist die österreichische Demokratie? Die “EU-Sanktionen“ aus politikwissenschaftlicher Sicht, In: Waldemar Hummer/Anton Pelinka(Hrsg.):Österreich unter EU-Quarantäne. Die „Maßnahmen der 14“ gegen die österreichische Bundesregierung aus politikwissenschaftlicher und juristischer Sicht. Chronologie, Kommentar, Dokumentation, Wien, 23-48.

Poguntke, Thomas: Parteiorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland: Einheit in der Vielfalt? S. 253. In: Gabriel, Oscar W./Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard (Hrsg.): Parteiendemokratie in Deutschland. Opladen, 2002

Priester, Karin(2008): Populismus als Protestbewegung. In: Alexander Häusler(Hrsg.): Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien. Wiesbaden: VS Verlag. S.19-36.

Rechte Politik dominiert dänisches Euro-Referendum, World Socialist Web Site, 23.9.2000, <http://www.wsws.org/de/2000/sep2000/daen-s23.shtml>

Regierungserklärung des Bundeskanzlers Wolfgang Schüssel vom 9. Februar 2000: „Österreich neu regieren“, in: Parlamentskorrespondenz Nr. 57 der XXI.GP, 9. Februar 2000.

Rydgen, Jens(2006):“ Vom Wohlfahrtschauvinismus zur ideologisch begründeten Fremdenfeindlichkeit. Rechtspopulismus in Schweden und Dänemark. In: Frank Decker(Hrsg.): Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv? VS Verlag für Sozialwissenschaften Wiesbaden, 165-190

Sartori, Giovanni(2005): Parties and party systems. A framework for analysis. 1. Aufl. Colchester: ECPR Press.

Schiedel, Heribert(2007): Der rechte Rand – Extremistische Gesinnungen in unserer Gesellschaft, Wien: Edition Steinbauer.

Schmidt, Jochen(2003): Der Front National und Jean-Marie Le Pen. In: Werz, Nikolaus(Hrsg.): Populismus. Populisten in Übersee und Europa. Leske+ Budrich, Opaten.

Schowanec, Gerald (2010). 2008. Politische Kultur und Demokratie in Österreich nach 1945. Diplomarbeit Uni Wien, 2008.

Sickinger, Hubert(2004). Jörg Haider, in: Österreichische und jüdische Identität. Projektbericht des Projekts Nr.9934 des Jubiläumsfonds der Österreichischen Nationalbank unter der Leitung von Anton Pelinka, Wien, 310-426.

Spremo, Miroslav (2010): Die Rolle des Vlaams Belang und der Front National im flämisch – wallonischen Konflikt, Seminararbeit Uni Innsbruck

Süddeutsche Zeitung, Printausgabe, 29.5.2002

Swyngedouw, Marc(1998): The Extreme Right in Belgium: Of a Non-existent Front National and an Omnipresent Vlaams Block. In: Betz, Hans-Georg(Hrsg.)/ Immerfall, Stefan(Hrsg.): The New Politics of the Right, Neo-Populist Parties and Movements in Established Democracies. New York: St.Martin's Press.

Till, Felix(2009): Der Front National im Zeichen des Populismus – Werdegang und Ausblick. Studienarbeit, Grin Verlag, Halle-Wittenberg.

Treude, Michael(1996): Zweisprachigkeit in Belgien, Forschungsbericht, Historische und juristische Perspektiven. Veits-Höchheim: Wissenschaftlicher Verlag A.Lehman

Volquardsen, Ebbe(2007): Gründe und Ursache für den Erfolg der Dänischen Volkspartei – Vom Aufstieg der Dänischen Volkspartei und seinen politischen Folgen. Studienarbeit, Grin Verlag, Berlin.

Wiesendahl, Elmar: Parteien. Frankfurt am Main, 2006. S. 6.

Zank, Wolfgang(2006): „In der Festung Dänemark“ In: Die Zeit, 9.März 2006

Zinell, Adelheid(2007): Europa-Konzeptionen der Neuen Rechten. Unter besonderer Berücksichtigung Frankreichs, Italiens und Belgiens. Frankfurt am Main: Peter Lang Verlag.

Zur Zeit, 23/1999, S.12

Zur Zeit, Edition Band 7: Neue Männer braucht das Land – Heinz Christian Strache im Gespräch mit Andreas Mölzer; Wien 2006

# CURRICULUM VITAE

## **Persönliche Angaben**

Name	Kurt Otto Gerstmayr
Wohnanschrift	3352 St. Peter/Au, Graf Segur - Platz 2
Geburtstag	6.Februar 1985
Geburtsort	Waidhofen/Ybbs
Staatsbürgerschaft	Österreich
Religion	römisch-katholisch
Familienstand	ledig
Eltern	Kurt u. Edith Gerstmayr
Beruf der Eltern	Fleischermeister Buchhalterin

Geschwister	Katrin (31 Jahre); Stefan (24 Jahre)
Telefon	0650/6219855
E-Mail	Kurt.Gerstmayr@gmx.at

## **Ausbildung**

- ab 2004 Studium der Politikwissenschaft an der Universität Wien (Abschluß mit Magister Herbst 2011)
- 1995 bis 2004 Stiftsgymnasium in Seitenstetten
- 1991 bis 1995 Volksschule in St.Peter/Au

## **Berufliche Erfahrung**

- Juni 2011: Gründung einer Importfirma für Maßbekleidung: [www.DiTauri.eu](http://www.DiTauri.eu)
- Seit SoSe 2011 Diplomarbeit: Rechtspopulismus in Westeuropa: Ursachen, Wirkungen und Gegenstrategien
- Sommer 2010, Feb.2011: Ferialarbeit SKF Steyr
- Nov. 2007 bis Juni 2009 Freelancer an der Kanadischen Botschaft Wien

- Jänner bis März 2008: Wahlkampfmanagement in Wr. Neustadt, Schwechat und Korneuburg bei den Landtagswahlen in Niederösterreich
- Februar 2008: Praktikum bei der Industriellenvereinigung: Abteilung Medien
- Ausarbeitung einer Demokratieumfrage für die Universität Havard
- September 2006: Praktikum in der ÖVP Bundespartei: Abteilung "Presse und Medien" bis zur NR - Wahl
- Juli 2006: Ferialarbeit bei Firma SKF Steyr
- September 2005: Praktikum in der ÖVP Bundespartei: Abteilung "Politik"
- Juli 2005: Ferialarbeit bei Firma Feigl
- April bis September 2005 Freier Mitarbeiter bei IFES Wien

## Sprachen

- |   |   |
|---|---|
| <ul style="list-style-type: none"> <li>• Deutsch</li> <li>• Englisch</li> <li>• Französisch</li> <li>• Latein</li> <li>• Italienisch</li> <li>• Spanisch</li> <li>• Arabisch</li> </ul> | <p>Muttersprache</p> <p>11 Jahre Schulkenntnisse inkl. Sprachkurs in London (2000) und 3 Monate Kalifornien</p> <p>5 Jahre Schulkenntnisse, 1 Jahr Erasmus</p> <p>7 Jahre Schulkenntnisse</p> <p>3 Jahre Schulkenntnisse</p> <p>Halbjähriger Aufenthalt Herbst 2006 in Spanien inklusive Sprachkursen</p> <p>1 Jahr klassisches Arabisch 2005</p> |
|---|---|

## **Auslandsaufenthalte**

- Bosnien u. Herzegovina: Dez. 2010, Empirische Forschung bzgl. des Genozids 1993 in Trojan nahe Foča
- Frankreich: 2009/10 10 Monate Erasmus auf la Réunion
- Kalifornien: Juli 2008 bis September 2008
- Zypern: Ostern 2007, 2 Wochen Exkursion mit Prof. Gerlich zur Feststellung der politischen Lage
- Osteuropa: Sommer 2007, Polen, Litauen, Lettland, Schweden, Dänemark, Norddeutschland
- Barcelona: Oktober 2006 bis Februar 07, November 2008
- Griechenland: Februar 2004, Kulturreise
- London: Jeweils 15 Tage, 1997 sowie 2000 inkl. Kursen

## **Weitere Kenntnisse**

- Gute PC-Kenntnisse
- CIFE „Lehrgang zum EU-Experten in zwei Semestern“ an der Akademie für Evangelisation
  - inklusive einwöchiger Exkursion nach Brüssel
  - mit Auszeichnung abgeschlossen
- Halbjähriger „Medienkurs mit Vision“ an der Akademie für Evangelisation
  - mit Auszeichnung abgeschlossen

## **Sonstige Aktivitäten**

- 2010/2011 Ehrenamtliche Mitarbeit am interkulturellen „Meet your neighbours“ der ÖJAB zur Unterstützung von Straßenkindern in Ouagadougou
- 2007/2009/2011 Wahlkampf bei ÖH Wahlen, Uni Wien
- Tauchen: Open Water, la Réunion 2010
- Segelschein Level 1, la Réunion 2010
- Golf: Tunierreife 2009, Zell am See, Golfschule David Shaw
- 2007/2008: Teilnahme am ÖCV-Mentoring-Programm
- 2007/08: Stockwerksprecher im Studentenheim Haus Niederösterreich1
- 5 Jahre Schülervvertretung
- 2003 Mitgestaltung am Memorial im KZ Gusen mit Prof. Witzany-Durda
- von 1997 bis 2004 Kapitän des Basketball-Schülerligameisters
- Seit 2010 beim FC Mistelbach
- 2003 Landesauswahl Fußball Niederösterreich
- 2000 Landesmeister Fußball U19
- seit 1998 Vereins-Fußball